Editorial

Kurz nach dem Erscheinen des Heftes 67 der *Mitteilungen* erfuhren wir vom Tod unseres Gründungsmitglieds und langjährigen Vereinsvorsitzenden und Vorstandsmitglieds Prof. Dr. Günter Benser, der am 27. März 2025 im 95. Lebensjahr verstarb. Niemand hat wie Günter Benser die Geschicke und die Entwicklung des Förderkreises gestaltet und geprägt. Der Nekrolog des Vorstandes versucht das in Worte zu fassen, was gesagt werden muss, um seinem Wirken annähernd gerecht zu werden. Die Schwerpunktsetzung dieses Heftes dürfte ihm, der sich besonders mit den Antifa-Ausschüssen, den Jahren zwischen 1945 und 1949 und mit der Geschichte der DDR zeitlebens befasst hatte, gefallen. Die *Miszelle* von *Jörg Wollenberg* über „Das Kriegsende in Lübeck und Holstein und dessen verdrängte Folgen" hat uns der Autor mit der ausdrücklichen Bemerkung zugesandt, er bewege sich hier auf Günter Bensers Spuren. Ein deutlicher Bezug zur DDR-Geschichte zeigt sich ebenso in der Rubrik *Aus den Archiven: Eckhard Müller* stellt den von ihm bearbeiteten „Nachlass der Historikerin Wilfriede Otto" vor, und Birgit *Kmezik / Alexandra Willkommen* machen uns mit der „Überlieferung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts" bekannt. Den schon in Heft 67 angekündigten Briefwechsel zur SAPMO zwischen Dr. Gregor Gysi und nunmehr dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, *Wolfram Weimer*, können wir nun dokumentieren. Dass *Elvira Eytzinger-Hotze* das im Aufbau befindliche „Archiv der Arbeiter*innen und Gewerkschaftsbewegung im Raum Nürnberg" präsentiert, freut uns ebenso, war doch diese Region bisher wenig bei uns präsent.

„Punks, Skinheads, Gruftis und der Generationenkonflikt in der DDR", damit befasst sich die Quelle aus dem Zentralrat der FDJ vom Februar 1988, die von Siegfried Prokop analysiert und erläutert wird. Der *Vortrag* von *Gisela Notz*, gehalten im März 2025 im Rahmen der auch von uns mitgestalteten gemeinsamen Vortragsreihe der SAPMO, erinnert an „Das ‚Internationale Jahr der Frau' 1975" und dessen recht unterschiedliche Diskussionen, Gestaltungen und politische Auswirkungen in beiden deutschen Staaten und stellt die Fragen, was geblieben und was immer noch zu leisten ist. Auch die *Buchbesprechungen* widmen sich in zwei Rezensionen von *Günter Wehner* und *Holger Czitrich-Stahl* aktueller Literatur zur Geschichte und Historiografie der DDR.

In diesem Jahr führte der Förderkreis seine jährliche, dieses Mal die 34. Jahresmitgliederversammlung durch. Sie stand natürlich im Zeichen des Gedenkens an Günter Benser. Es gab kleinere Veränderungen im Vorstand, aus dem Uwe Michel ausschied und in den Andreas Grunwald und Michael Klein neu eintraten. Uwe Michel danken wir herzlich für die geleistete Arbeit, den beiden „Neuen" sagen

wir auch an dieser Stelle „herzliches Willkommen“. Näheres im Protokoll der 34. Jahresmitgliederversammlung. Partnerin des *Interviews* mit Holger Czitrich-Stahl und *Rainer Holze* war für das neue Heft das Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Mitteilungen *Marga Voigt*.

Die USPD hinterließ in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gewichtige Spuren besonders zwischen 1917 und 1922 als linkssozialistische und radikaldemokratische Alternative zur SPD und ihrer „Burgfriedenspolitik“ nach 1914. Ihre weiteren Auswirkungen reichten in den linken Flügel der 1922 wieder geeinten SPD und in die KPD hinein. Wir freuen uns, von *Hilke Hammer* für die Rubrik *Aus der Forschung* einen Werkstattbericht über „Die ‚Frauenfrage‘ in der Medienpolitik der USPD“ veröffentlichen zu können. *Gerhard Engel* schließt mit seiner Rezension thematisch direkt hieran an.

Neu in diesem Heft ist der Abdruck zweier Leserzuschriften, und wir wünschen uns, wenn das zu einer festen Rubrik werden könnte, und rufen darum erneut dazu auf, uns nicht mit guten Hinweisen, Kritik oder Debattenbeiträgen zu verschonen.

Die Redaktion wünscht eine anregende Lektüre!

Inhalt

Editorial 1

Aus den Archiven

Vorstellung des Nachlasses von Wilfriede Otto (1933-2015) NY 4658 im Bundesarchiv 7
Eckhard Müller

Der Nachlass von Theodor Bergmann im Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH): Überblick und Perspektiven 11
Milan Mentz

Die Überlieferung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen DDR im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts 23
Birgit Kmezik / Alexandra Willkommen

„Organisch gewachsen" – das AAG als lokales Archiv der Arbeiterbewegung in Nürnberg 31
Elvira Eytzinger-Hotze

Brief Dr. Gregor Gysi, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Wolfram Weimer, zu den Entwicklungen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), und Antwortschreiben vom 21. Juli 2025 34

Interview

Interview mit Marga Voigt 40
Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze

Besondere Zeitdokumente

Punks, Skinheads, Gruftis und der Generationenkonflikt in der DDR 44
Siegfried Prokop

Vortrag

Teure Kaffeekränzchen oder Beitrag zur Emanzipation.
Das Internationale Jahr der Frau 1975 im geteilten Deutschland
Gisela Notz 51

Aus der Forschung

Die ‚Frauenfrage' in der Medienpolitik der USPD. Theorie und
Praxis. Werkstattbericht zum Promotionsprojekt
Hilke Hammer 58

Miszelle

Das Kriegsende und seine verdrängten Folgen vor 80 Jahren –
nicht nur in Lübeck und Holstein
Jörg Wollenberg 64

Aus dem Vereinsleben

Wir trauern um Prof. Günter Benser (12.1.1931 – 27.3.2025)
Nekrolog 70

Protokoll der 34. Jahresmitgliederversammlung 72

Leserbriefe

Paderborner Archiv der Arbeiterbewegung
Peter Mönnikes 76

Ergänzungen eines Rezensenten zu Klaus Leesch: Eduard Bernstein
Hartmut Henicke 79

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Éric Pineault: Die soziale Ökologie des Kapitals. Dietz, Berlin 2025
Jürgen Wasem-Gutensohn 81

Peter Pistorius: Rudolf Breitscheid 1974-1944. Kampf um Wahrheit und Macht. Schüren Verlag, Marburg 2024
Holger Czitrich-Stahl 83

Wilhelm Wehner – Anarchist, Syndikalist, Antimilitarist, Freigeist und Naturfreund. Initiative gegen das Vergessen Schweinfurt (Hrsg.). Verlag Rudolph Druck, Schweinfurt 2025
Eveline Linke 86

Hartfrid Krause: Die Genossinnen in der USPD. USPD-Frauen in leitender Stellung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2015
Gerhard Engel 88

Siegfried Prokop: Das Doppelte Deutschland. Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht Ära (1950-1970). trafo Verlag, Berlin 2024
Günter Wehner 91

Doppelrezension:
Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949-1990. Hamburg 2023
Christina Morina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren. München 2023
Holger Czitrich-Stahl 92

Drei sensationelle Vorfälle passierten zwischen dem 11. und 23. Mai 1960: der Gipfel der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in Paris am 16. Mai, auf dem Kremlchef Nikita Chruschtschow die atomare Abrüstung und die Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands vorschlagen wollte; das Mega-Erdbeben am 22. Mai in Chile, bei dem die Erdkruste auf tausend Kilometern aufbrach sowie das Auftauchen des gefangenen SS-Offiziers Adolf Eichmann in Israel am folgenden Tag. Drei Ereignisse, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun hatten. Die langjährige Auslandskorrespondentin Gaby Weber stieß bei ihrer Recherche auf den kausalen Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen, den drei Kreisen nahe am Abgrund.

Zweimal verklagte sie den Bundesnachrichtendienst sowie das Bundeskanzleramt auf Akteneinsicht. In das Historische Archiv der Deutschen Bank, in dem sie die Unterlagen über die israelische Atombombe fand, gelangte sie nur über den Gerichtsweg.

Laut offizieller Geschichtsschreibung war die Sowjetunion für die deutsche Teilung und das Wettrüsten verantwortlich. Doch es war die Eisenhower-Administration, die im Mai 1960 mit Provokationen den sowjetischen

Vorschlag eines Atomwaffen-Stopps und ein Ende des Kalten Krieges verhinderte. Sie wollte den jungen Bonner Staat als Bollwerk gegen den Kommunismus wieder „kriegstüchtig" machen. Sie störte sich nicht daran, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer und seine rechte Hand Hans Globke (Kommentator der Nürnberger Rassengesetze) die israelische Atombombe finanziell und technologisch ermöglichten – vorbei an Parlament und Öffentlichkeit.

Die Buchmacherei
ISBN 978-3-9826199-3-4
248 Seiten
16,00 €
www.diebuchmacherei.de

Aus den Archiven

Vorstellung des Nachlasses von Wilfriede Otto (1933-2015) NY 4658 im Bundesarchiv

Der Nachlass der Historikerin Wilfriede Otto wurde nach ihrem Tod 2015 von ihrem Ehemann Prof. Dr. Helmut Otto und ihrer Tochter Sabine Liebe an die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv übergeben und 2021 dem Bundesarchiv übereignet.

Wilfriede Otto studierte bei Walter Markov und Ernst Engelberg an der Karl-Marx-Universität Leipzig, wurde 1957 Assistentin bei Walter Bartel und promovierte dort 1964. Danach wurde sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED (IML), und 1990 am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) in Berlin.

In ihrem Nachlass NY 4658 sind neben persönlichen Dokumenten, Manuskripte, Gutachten, Korrespondenzen, Zeitzeugenberichte, Interviews und umfangreiche Materialsammlungen zu ihren Forschungsschwerpunkten überliefert. Dazu gehörten ab 1990 vor allem die Themen Opfer, Protagonisten und Strukturen des Stalinismus in der SBZ/DDR, die „Waldheimer Prozesse“ 1950, Repressalien gegen Funktionäre der KPD und SED, das Wirken des MfS zur Herrschaftssicherung der SED und zu Leben und Wirken der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke und Wilhelm Zaisser.

An eigenständigen Publikationen sind vor allem ihre Broschüren zu den „Waldheimer Prozessen“ von 1950 und zur Zwangsarbeit in Workuta, ihre Dokumentation „Interne Dokumente der SED zum 17. Juni 1953“ und insbesondere ihre Biografie über Erich Mielke zu nennen. Zuletzt arbeitete sie gemeinsam mit Helmut Müller-Enbergs an einer Biografie über Wilhelm Zaisser, die sie aber nicht mehr zu Ende bringen konnte.

In der Bestandsgruppe persönliche Dokumente befinden sich Belege und Zeugnisse aus Wilfriede Ottos Schul- und Studienzeit, ihr Autorreferat bei der Verteidigung ihrer Dissertation „Zur politischen Funktion des Geschichtsunterrichts an den westdeutschen Schulen in der Periode des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus und der Remilitarisierung des Bonner Staates (1949-1955)“ an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Erinnerungen an Walter Bartel, eine Auswahlliste ihrer Publikationen ab 1990, die Broschüre „Die DDR zweimal gelebt“, über das Kolloquium 2015 zur Erinnerung an Wilfriede Otto und weitere Nachrufe.

Über ihre Tätigkeit beim IML ab 1964 sind nur Splitter überliefert, u. a. Statistiken zur Mitgliederentwicklung der KPD ab 1932 und der SED 1946/47 und zur Mitgliederbewegung der SED in Grund- und Abteilungsorganisationen 1952-

1961 und 1975-1979. Ein Notizheft beinhaltet Aufzeichnungen von Lektionen leitender Kader des ZK der SED in den 70/80er-Jahren, u. a. zur Mikroelektronik und zur Sicherheitspolitik. Ihre wissenschaftlichen Studien schlugen sich bis 1989 vor allem in Zuarbeiten zu Kollektivarbeiten wie dem „Biographischen Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Berlin 1970, nieder.

Die friedliche Revolution im Herbst 1989 war für Wilfriede Otto auch in der wissenschaftlichen Arbeit ein Neuanfang. Am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung (IfGA) war sie Mitbegründerin der Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus". Sie ermittelte schriftliche Quellen und knüpfte enge persönliche Kontakte zu Betroffenen. Die überlieferten Unterlagen aus dieser Tätigkeit belegen Schicksale von Häftlingen im GULAG-Lager Workuta, Repressionen gegen Mitglieder der KPD und SED und gegen Sozialdemokraten. Vorträge und Artikel von Wilfriede Otto zum Stalinismus, Befehle und Direktiven der SMAD zu den Internierungslagern des NKWD in der SBZ sind ebenfalls zu finden.

Eng damit verbunden sind ihre Zuarbeiten für Entscheidungen der Schiedskommission der PDS zur Rehabilitierung von ausgeschlossenen SED-Mitgliedern, ihre Expertisen für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" und die Zuarbeiten für die PDS-Bundestagsfraktion in den Debatten zu Novellierungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und zur Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes.

Ihre eigentliche Forschungsarbeit widerspiegelt sich in umfangreichen Materialsammlungen. Erstens über die „Waldheimer Prozesse" 1950. In acht Akteneinheiten sind u. a. eine Bibliografie, Dokumentationen zu den Prozessen, Listen über Todesurteile, Hinrichtungsprotokolle, ein Typoskript über Heinrich Koplowitz (1885-1950) mit Lebensdaten, Anklageschrift und Verwerfung seiner Revision, Kurzbiografien der durch die SED eingesetzten Richter, Korrespondenz von Wilfriede Otto mit Fragen an die Waldheim-Richter und ihr Vortrag vor der Enquete-Kommission des Bundestages 1993 mit dem Thema „Waldheim"-Sublimat 1950/1993 sowie ihre Korrespondenz mit Mitgliedern des Waldheim-Kameradschaftskreises dokumentiert. Des Weiteren enthalten die Akten Stellungnahmen bzw. Gutachten von Wilfriede Otto als Zeugin und Sachverständige zu den Prozessen gegen ehemalige „Waldheim-Richter" nach 1992.

Zweitens sind Unterlagen über die Schicksale von deutschen Kriegsgefangenen und Häftlingen im GULAG-Lager Workuta vorhanden. Sie beinhalten Gesprächsprotokolle, Lebensläufe, Erinnerungsberichte von Betroffenen von stalinistischen Repressalien bzw. von Angehörigen von NKWD-Opfern vor 1945, von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT)-Verurteilte nach 1945, zu Unrecht in der DDR-Verurteilte. Weiterhin findet man darin Dokumente zur Entnazifizierung in der SBZ und zur Rolle der Justiz in der DDR, Berichte über die sowjetischen

Internierungslager in der SBZ/DDR, das russische Strukturschema des GULAG, Anträge auf Rehabilitierungen von Urteilen sowjetischer Militärtribunale (SMT), Rehabilitierungsunterlagen bzw. Bescheinigungen, zumeist in Russisch, und Vorschläge für ein Rehabilitierungsgesetz. Enthalten sind Vollmachten für Wilfriede Otto zur Einsicht in Untersuchungsakten und eine Chronik über den Gefangenenaufstand in Workuta 1953. 1996 begleitete Wilfriede Otto eine Delegation ehemaliger Häftlinge nach Workuta. Der Vortrag von L.P. Kopalin, Leiter Abteilung ausländischer Staatsbürger bei der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation zur Rehabilitierung zu Unrecht repressierter deutscher Bürger in Halle 1995, gibt Aufschluss über die rechtlichen Grundlagen zur Rehabilitierung in Russland. Eine Akte beschäftigt sich konkret mit der Rehabilitierung des KPD-Funktionärs Paul Scholze, der während des 1. Weltkrieges und in der Novemberrevolution zu den Revolutionären Obleuten gehörte.

Drittens folgen Materialsammlungen zur Geschichte der KI, KPdSU vor 1945 und zum Spanischen Bürgerkrieg. In diesen sind u. a. enthalten: ein Dienstbericht an Stalin über die Aktiengesellschaft „Wostwag“ 1935, Kopien mit Auszügen aus der russischen Kaderakte von Hermann Remmele im RGASPI Moskau und Befehle von März 1937 der III. Internationalen Brigade.

Viertens befinden sich weiter Materialsammlungen über Repressionen und innerparteiliche Opposition in der SED, gegenüber ehemaligen Sozialdemokraten in der SED und gegenüber Mitgliedern der KPD-West ein. Informationen u. a. zu Leo Bauer, Franz Dahlem, Rudolf Herrnstadt, Bernhard und Ibolya Steinberger, Paul Merker, Ernst Wollweber, Hans und Elfriede Schrecker, ein Manuskript von Jochen Czerny über Mitglieder der KP(Opposition) in der SED, ungarische Dokumente zum Fall Noel Field in Übersetzung.

Die Repressionen der SED gegen ehemalige Sozialdemokraten in der SBZ werden anhand von Briefen von Herbert Wehner an Hermann Kreutzer, Präsident des Bundes der Mitteldeutschen 1973, 1981 und 1983 angesprochen. In diesem Zusammenhang stehen dazu die Stellungnahme von Wilfriede Otto zu den Prozessunterlagen der Anklage „Kreutzer gegen die PDS“, der Entwurf einer Niederschrift über das Gespräch zwischen Lothar Bisky und Hermann Kreutzer und Heinz Gerull 1999, das Fazit des Kurt-Schumacher-Kreises, Berlin 2001, zu fünf ergebnislosen Gesprächen mit der Führung der PDS zur Wiedergutmachung von Verbrechen der SED gegenüber Sozialdemokraten sowie ihre Vorschläge zum weiteren Dialog.

Zu den Repressionen der SED gegenüber Funktionären der KPD-West nach 1948 wie Alfred Drögemüller, Erich Jungmann, Wilhelm Kirschey, Kurt Müller, Martin Muschkau, Fritz Sperling und Wili Prinz hat Wilfriede Otto ebenfalls Unterlagen zusammengetragen.

Fünftens zur Geschichte der SBZ/DDR finden sich viele Kopien aus russischen

Akten der SMA Sachsen zum Polizeiaufbau in Sachsen, Artikel zur stalinistischen Struktur der SED und der DDR, zu den Machtkämpfen in der SED 1951/52, zur Stalin-Note 1952, zur II. Parteikonferenz der SED 1952, zu den Ereignissen am 17. Juni 1953 und die Wende in der Außenpolitik der UdSSR 1953 und 1956 in ihrer Wirkung auf die SED und die DDR. Die erstmaligen Dokumentationen der Niederschrift des Gesprächs Nikita S. Chruschtschows mit John F. Kennedy am 3./4. Juni 1961 in Wien sowie des Schreibens des Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) zum pioniertechnischen Ausbau der Staatsgrenze der DDR vom 14. September 1961 durch Wilfriede Otto sind in dieser Bestandsgruppe ebenso wie ihre Artikel zu Ansätzen einer kritischen Geschichtsaufarbeitung im Jahre 1956, zur Verfassungsdebatte 1968 und über die SED 1989 zwischen Crash-Kurs und Revolution sowie ihre Texte von Biografien für die Publikation „Wer war wer in der DDR?“ und Materialien der Bezirksleitung Halle der SED vom November 1989 enthalten.

Sechstens sind Unterlagen zur Rolle und zum Wirken des MfS in seinen Untersuchungshaftanstalten, Dokumente von ehemaligen Häftlingen des MfS vorhanden. Zugleich finden sich in diesen Materialsammlungen auch Vernehmungsprotokolle der Gestapo von Georg Schumann 1944 und von Herbert Wehner 1937 und 1945 des NKWD in Moskau.

Siebentens sind umfangreiche Materialsammlungen zu Leben und Wirken von Erich Mielke und Wilhelm Zaisser vorhanden. Insbesondere sind dabei Unterlagen zum Mord an zwei Polizeioffizieren auf dem Bülow-Platz in Berlin 1931, zum Schicksal des Zeitzeugen Hans Diener und das Buchmanuskript von Fritz Nicolaus Platten mit dem Titel: „Das Schweizer Gastspiel von Heinz Neumann oder vom Züricher Regen in die Moskauer Traufe. Der Polizistenmord beim Bülow-Platz mit seinen fatalen Folgen und die immer noch offene Frage: waren Erich Ziemer und Erich Mielke die Mörder von Anlauf und Lenck? Mit Dokumentenanhang 1998“, mit Anmerkungen von Wilfriede Otto und Interviews zur Rolle Mielkes im Spanischen Bürgerkrieg zu nennen.

Vorhanden sind die Entwürfe der Kapitel 1 bis 3 der Wilhelm Zaisser-Biografie von Helmut Müller-Enbergs für Zeit von 1893-1932 aus den Jahren 2008 und 2010 und von Wilfriede Otto die Kapitel 4 bis 13 für die Jahre 1932-1958 aus den Jahren 2012/2013 mit einem Anhang von 35 Dokumenten, einer Chronologie und aufgefundenen Befehlen, Richtlinien und Dienstanweisungen. Ebenso sind Kopien aus dem RGASPI Moskau zur Rolle und der Beurteilung Zaissers im Spanischen Bürgerkrieg, an der Antifa-Schule während des 2. Weltkrieges in der UdSSR und Berichte von Quellen aus der DDR an das Ostbüro der SPD 1947-1953/54 überliefert.

Die Teilnahme von Wilfriede Otto an zahlreichen nationalen und internationalen Tagungen und Konferenzen zur Geschichte der DDR und zum Stalinismus

ist ebenfalls umfangreich im Nachlass dokumentiert. Ihre Beiträge auf den Tagungen flossen in zahlreiche Sammelbände sowie Zeitschriften ein. 2001 erhielt sie von der Europäischen Akademie Otzenhausen eine Anerkennungsurkunde für hohe wissenschaftliche Verdienste um die Erarbeitung deutsch-deutscher Geschichte und für die Erforschung der DDR-Geschichte.

Aus der Vielzahl ihrer wissenschaftlichen Korrespondenzpartner seien u. a. genannt Werner A. Ablaß, Bernhard A. Bayerlein, Helmut Bärwald, Bernd Bonwetsch, Renate und Kuno Böttcher, Werner Eberlein, Helmut Müller-Enbergs, Kurt Finker, Karl Wilhelm Fricke, Herbert Goldhammer, Siegfried Grundmann, Wladislaw Hedeler, Horst Hennig, Stefan Heym, Hermann Kreutzer, Wolfgang Leonhard, Ulrich Mälert, Frank Mielke, Martin Muschkau, Mike Schmeitzner, Gerhard Schürer, Jörn Schütrumpf, Wolfgang Schwanitz, Fritz Strelitz, Heiner Timmermann, Wolfgang Veith, Hermann Weber und Bodo Wegmann.

Im Nachlass waren auch 57 Hörkassetten, Interviews über Erich Mielke und Wilhelm Zaisser, u. a. mit Heinz Juch, Kuno Böttcher (Schwiegersohn von W. Zaisser), Ibolya Steinberger, Hans Modrow, Gerhard Schürer, Zeitzeugenberichte zu den „Waldheimer Prozessen" 1950, zum GULAG Workuta und Vorträge bei Themenabenden der „Hellen Panke" in Berlin. Diese sind inzwischen digitalisiert und im Bestand NY 4658-Ton zugänglich.

Eckhard Müller

Der Nachlass von Theodor Bergmann im Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH): Überblick und Perspektiven

Als Theodor Bergmann am 12. Juni 2017 starb, ging mit dem 101-Jährigen der letzte bis dahin noch lebende Zeitzeuge der „alten" Weimarer Arbeiter:innenbewegung: Bergmann hatte, sowie mehrere seiner Brüder, seit den späten 1920er-Jahren dem Umfeld der KPD-Opposition (KPO) angehört. Die Jahre der NS-Diktatur erlebte der jüdische Kommunist im Exil. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland begann er eine akademische Karriere als Agrarwissenschaftler, die ihn bis zu einer Professur an der Universität Hohenheim führen sollte. Dazu unternahm er eine Vielzahl an Forschungs- und Studienreisen in alle Teile der Welt – vor allem aber nach Indien und China. Ferner betätigte sich Bergmann in seinen späteren Lebensjahren auch zunehmend als Geschichtsforscher und arbeitete auf diesem Gebiet insbesondere zur KPO. Bis wenige Monate vor seinem Tod publizierte er unermüdlich und trat mit Vorträgen, in Zeitzeugengesprächen oder auf politischen Veranstaltungen in Erscheinung.

Im Verlauf seines Jahrhundertlebens sammelte Bergmann einen äußerst umfangreichen Bestand an Dokumenten zusammen, der Auskunft über die biografischen Stationen, Forschungsarbeiten und politischen Haltungen des selbsternannten „kritischen Kommunisten" gibt. Diese Unterlagen gingen an das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH),[1] wo seit Ende 2024 ihre Erschließung läuft.

Der folgende Beitrag soll – nach einem kurzbiografischen Abriss über die Person Theodor Bergmann – einen Überblick über Umfang, Zusammensetzung und Inhalt des Nachlasses verschaffen und diesen dabei in seiner Bedeutung sowohl für die FZH und ihr Archiv als auch die Forschung im Allgemeinen einordnen. Außerdem wird das methodische Vorgehen bei der Erschließung umrissen. Die Verzeichnung ist noch nicht abgeschlossen; es handelt sich dementsprechend um einen Zwischenbericht.

Vita eines „kritischen Kommunisten"

Theodor Bergmann wurde am 7. März 1916 als siebtes von acht Kindern des Rabbiners Julius Jehuda Bergmann und seiner Frau Hedwig, geborene Rosenzweig, in Berlin geboren. Zur Enttäuschung des Vaters schickte sich keines seiner Kinder an, in seine Fußstapfen zu treten. Vielmehr hatten die älteren Geschwister sich unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs radikal politisiert: von links-sozialdemokratisch bis dezidiert kommunistisch.[2] Theodor wurde in jungen Jahren stark von seinen Brüdern beeinflusst; insbesondere von Alfred, dem er 1928 in die KPO bzw. deren Jugendorganisation folgte.[3]

Die Gruppe der „Rechtsabweichler" KPO opponierte gegen die Stalinisierung der KPD und zeichnete sich ferner, wie Theodor Bergmann später geradezu schwärmerisch resümierte, durch eine „nüchterne Analyse des deutschen Faschismus" (welche maßgeblich auf Überlegungen August Thalheimers[4] beruhte) sowie Forderungen nach innerparteilicher Demokratie und der Aufrechterhaltung überparteilicher Massenorganisationen aus.[5] National von den Stalin-kritischen

1 Kirsten Schaper: Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, in: Mitteilungen 65, März 2024, S. 15–19; Angelika Voß-Louis: Das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Von Arbeiterbildung bis Zwangsarbeit, in: Auskunft. Mitteilungsblatt Hamburger Bibliotheken 22 (2002), Nr. 3, S. 284–310.

2 Theodor Bergmann: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiografie eines kritischen Kommunisten, 3., akt. u. erg. Aufl., Hamburg 2016, S. 10; Loren Balhorn: „Mit Marxismus die Welt verstehen". Gespräch mit einem kritischen Kommunisten: Theodor Bergmann (1916–2017), in: Arbeit – Bewegung – Geschichte (2020), Nr. 1, S. 96–139, hier S. 98.

3 Balhorn, Gespräch, S. 98.

4 Martin Kitchen: August Thalheimer's Theory of Fascism, in: Journal of the History of Ideas 34 (1973), Nr. 1, S. 67–78.

5 Bergmann, Autobiografie, S. 17.

Parteigrößen Heinrich Brandler und August Thalheimer angeführt, blickte die Gruppe auf internationaler Ebene vor allem auf den profilierten KPdSU-Ökonomen und Theoretiker Nikolai Bucharin, der ab 1928 Widerstand gegen Stalins Kurs einer forcierten Landwirtschaftskollektivierung anführte.[6]

Mit dem Machtantritt der NSDAP geriet die jüdische (und in weiten Teilen kommunistische) Familie Bergmann bald ins Visier der neuen Machthaber. Theodor verließ am 8. März 1933 seine Heimat Berlin, via Saarbrücken und Frankreich nach Palästina. Am Tag zuvor, seinem 16. Geburtstag, hatte die SA der Familie in ihrer Wohnung einen ersten Besuch abgestattet. Theodors Bruder Alfred wurde wenig später ins Konzentrationslager Esterwegen deportiert, woran sich noch weitere Haftaufenthalte in den Lagern Sonnenburg und Brandenburg an der Havel anschlossen.[7] Theodor arbeitete derweil in der Nähe von Jaffa als Landwirt.[8] Es folgten weitere Exilstationen in Prag und Stockholm. Die längste Zeit im Exil verbrachte Theodor Bergmann in Schweden (vom Herbst 1938 bis zum März 1946), wo er auch mit diversen KPO-Genoss:innen zusammentraf, darunter seinem Bruder Josef.[9] Etliche Angehörige der erweiterten Familie Bergmann-Rosenzweig hatten es rechtzeitig ins Ausland geschafft – viele von ihnen nach Palästina, wo sie nach Gründung des Staates Israel 1948 meist blieben.[10] Nicht so Alfred Bergmann: Nach seiner Entlassung aus deutschen Konzentrationslagern war er zwar Anfang 1934 in die Schweiz emigriert, wurde jedoch im April 1940 von den dortigen Behörden ergriffen und an der Grenze zu Deutschland ausgewiesen, wo die Gestapo ihn bereits erwartete, verhaftete und mutmaßlich wenig später ermordete.[11]

Im Frühjahr 1946 kehrten Theodor und Josef Bergmann zurück nach (West-) Deutschland. Hier beteiligten sich die Brüder an der Gründung der KPO-Nachfolgegruppe „Arbeiterpolitik“ sowie an gewerkschaftlichen Aktivitäten. Theodor immatrikulierte sich zudem an der Universität Bonn, wo er 1947 sein neun Jahre zuvor in Prag begonnenes Studium der Agrarwissenschaften abschloss.[12] Er lernte

6 Marjan Britovšek: Der Endkampf mit Stalin im Jahre 1929, in: Theodor Bergmann/Gert Schäfer (Hrsg.): „Liebling der Partei“ – Nikolai Bucharin. Theoretiker und Praktiker des Sozialismus, Hamburg 1989, S. 61–70.

7 Bergmann, Autobiografie, S. 31 f.; Bescheinigungen der Direktoren der staatl. Konzentrationslager in Sonnenburg, 8.1.1934, Brandenburg (Havel), 24.12.1933, in: FZH Archiv BA 008, 33.

8 Bergmann, Autobiografie, S. 32 f.

9 Ebd., S. 43 f.

10 So etwa die Brüder Arthur, Felix und Ernst David Bergmann.

11 Willi Gautschi: Geschichte des Kantons Aargau 1803–1953, Bd. III, Baden 1978, S. 409–411. Zu den Einzelschicksalen der erweiterten Familie Bergmann-Rosenzweig siehe ferner Theodor Bergmann: Sozialisten – Zionisten – Kommunisten. Die Familie Bergmann-Rosenzweig – eine kämpferische Generation im 20. Jahrhundert, Hamburg 2014.

12 Bergmann, Autobiografie, S. 74; vgl. Ausweiskarte Deutsche Technische Hochschule Prag, 1936; Ausweiskarte und Studienbuch der Rheinischen Wilhelm-Friedrichs-Universität Bonn, 1946, in: BA 008, 1, Bd. I; Prüfungszeugnisse beider Hochschulen; Diplomurkunde, in: BA 008, 8.

außerdem die sieben Jahre ältere Gewerkschaftssekretärin und Arbeitsgerichtsbeisitzerin Maria „Gretel" Steinhilber kennen, die er wenig später heiratete und in deren Heimatstadt Stuttgart sie sich gemeinsam niederließen.[13] Anfang der 1950er-Jahre arbeitete Theodor Bergmann für einige Zeit als ungelernter Metallarbeiter und unternahm – gemeinsam mit Gretel – erste Studienreisen.[14] 1955 schloss er eine Promotion über Probleme der schwedischen Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule Stuttgart-Hohenheim ab.[15] 1962 reiste er zum ersten Mal für einen längeren Forschungsaufenthalt nach Indien und Südasien, gefolgt von einem fast einjährigen Aufenthalt an der Südküste der Türkei als UN-Beauftragter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).[16] Danach trat er eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hohenheim an.[17]

Mit Beginn des israelisch-arabischen Sechstagekriegs 1967 unterstrich Bergmann seinen Selbstanspruch als „kritischer Kommunist": Er übte zwar Kritik am israelischen Präventivkrieg, bestätigte jedoch den jüdischen Staat in dessen Recht auf friedliches Fortbestehen.[18] Auch scheute er sich nicht, israelbezogenen Antisemitismus „angeblich besonders radikale[r] Linke[r]" als solchen zu benennen und explizit zu verurteilen.[19]

1968 folgte Bergmanns Habilitation (sowie eine weitere Forschungsreise nach Indien).[20] Zwei Jahre später besuchten er und Gretel erstmals die Sowjetunion, 1971/72 folgte eine ausgedehnte Forschungsreise nach Australien mitsamt zusätz-

13 Bergmann, Autobiografie, S. 68, 77 f.; Balhorn, Gespräch, S. 112.

14 Theodor Bergmann: Bericht über Forschungsreisen nach Jugoslawien, 1953/1955, in: BA 008, 63. Eine erste Jugoslawienreise hatte das Paar bereits 1949 unternommen, unmittelbar nach Beginn des Tito-Stalin-Konflikts. Vgl. ders., Autobiografie, S. 82, 95.

15 Theodor Bergmann: Wandlungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Schweden. Tendenzen und agrarpolitische Maßnahmen, Hamburg 1955; Bestätigung Promotion/Doktorurkunde, Universität Hohenheim, 1955/1956, in: BA 008, 8.

16 Bergmann, Autobiografie, S. 112–122; vgl. ders.: Reisebericht Indien/Südasien, 1962–1963, in: BA 008, 74.

17 Bergmann, Autobiografie, S. 122 f.; vgl. Korrespondenzen und andere Dokumente zu Theodor Bergmanns Anstellungsverhältnissen an der Universität Hohenheim, in: BA 008, 37.

18 Theodor Bergmann: Wirtschaftliche und soziale Probleme im Nahen Osten, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 18 (1967), Nr. 7, S. 385–391; vgl. Mario Kessler: Theodor Bergmann. Kommunistischer Kritiker des Sowjet-Kommunismus (1916 bis 2017), in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) (Hrsg.): Zeigeschichte in Hamburg 2017, Hamburg 2018, S. 89–107, hier S. 98.

19 Bergmann, Autobiografie, S. 133. Diesen Standpunkt sollte er zeitlebens öffentlichkeitswirksam beibehalten, was seine Isolation von mehreren politischen Gruppen und Akteur:innen mindestens begünstigt haben dürfte. Vgl. ders.: Der Antisemitismus und die Linke, in: Sozialismus 22 (1995), Nr. 2, S. 63.

20 Bergmann, Autobiografie, S. 124; vgl. Habilitationsschrift ders.: Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern, Frankfurt am Main 1967; Venia Legendi Agrarpolitik der Universität Hohenheim, 1968/1971, in: BA 008, 8; Bericht über Forschungsreise nach Indien, 1968–1969, in: BA 008, 63.

lichen Aufenthalten in Neuseeland, Indien, Mexiko, Japan, Israel und Tansania.[21] Diese Reisen waren für Theodor Bergmann nicht nur vor beruflich-wissenschaftlichem Hintergrund von Relevanz: Er knüpfte hier auch intensive Kontakte zu akademischen Kolleg:innen und politischen Genoss:innen aus allen Teilen der Welt, mit denen er nicht selten über Jahrzehnte hinweg in engem und regelmäßigem Austausch blieb.

1973 ernannte die Universität Hohenheim Bergmann zum außerplanmäßigen Professor.[22] Als Lehrender bis zu seiner Emeritierung 1981 betreute er zahlreiche Promotionsverfahren und genoss unter vielen Studierenden ein hohes Ansehen.[23]

1978, nach dem Tode Mao Zedongs, unternahm Bergmann eine erste Reise nach China – ein Land, dass schon bald darauf ihn wie kein Zweites fasziniert zu haben schien.[24] Sein engagiertes Interesse intensivierte sich noch mit den Politik- und Wirtschaftsreformen Deng Xiaopings Mitte der 1980er-Jahre, in denen er den Grundstein einer „Sozialistischen Marktwirtschaft" zu erkennen glaubte; eine Hoffnung, an der er zeitlebens festhielt und damit unter einigen Linken für Irritation sorgte.[25] Bergmann reiste bis ins hohe Alter von 97 Jahren insgesamt 17 Mal ins „Reich der Mitte".[26]

Ab Mitte der 1970er-Jahre widmete er sich außerdem intensiv dem Studium der KPO-Geschichte, unter anderem gemeinsam mit seinem ehemaligen Exilgenossen Erwin Gräff.[27] Diese Forschungen mündeten 1987 in der Monografie „Gegen den Strom"; der bislang einzigen umfassenden wissenschaftlichen Aus-

21 Bergmann, Autobiografie, S. 138–151; vgl. ders.: Berichte über Forschungsreisen nach Israel/Tansania, 1971, Mexiko/Japan/Australien/Neuseeland/Indien, 1971–1972, in: BA 008, 63.

22 Kessler, Theodor Bergmann, S. 96; vgl. Urkunden über Verleihung außerplanmäßiger Professur der Universität Hohenheim, 1973, in: BA 008, 8; Oberamtsrat Universität Hohenheim, Verwaltung an Theodor Bergmann, 20.8.1973, in: BA 008, 37.

23 Kessler, Theodor Bergmann, S. 96 f.; Gleichzeitig findet sich auch teils verständnislose Kritik an seiner gelegentlich barschen Art, ihm unliebsame Diskussionen zu unterbinden, was einige seiner Schüler:innen als eklatanten Widerspruch zu seinem erklärten Anspruch, ein undogmatischer und ergebnisoffen-reflektierter, intellektueller Marxist zu sein, erlebten. Vgl. hierzu etwa Bericht über einen Zwischenfall in der Vorlesung von Privatdozent Dr. Th. Bergmann: „Agrarpolitik in den Ländern außerhalb der EWG" am Dienstag, den 15.10.1968, von 12 h c.t. – 13 Uhr im Seminarraum des Institutes für Agrarpolitik und Sozialökonomie des Landbaus, 3 S., sowie „Württembergisches Wochenblatt für Landwirtschaft" vom 25.3.1978, Editorial, in: BA 008, 37.

24 Bergmann, Autobiografie, S. 168–174.

25 Kessler, Theodor Bergmann, S. 101 f.; vgl. Theodor Bergmann: Sozialistische Marktwirtschaft. China auf dem Weg der Reformen, in: Sozialismus 19 (1993), Nr. 5, S. 55–58; ders.: Auf dem langen Marsch. Chinas Weg in die sozialistische Marktwirtschaft, Hamburg 1996; ders.: Deng Xiaoping – Tod eines erfolgreichen Reformkommunisten, in: ebd. 24 (1997), Nr. 3, S. 41–43; ders.: Rotes China im 21. Jahrhundert, Hamburg 2004. Noch in seinem Todesjahr erschien eine Monografie Bergmanns, in der er diese These erneut formulierte: Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen, Hamburg 2017.

26 Kessler: Theodor Bergmann, S. 97; vgl. BA 008, 30, 51 und 75, Bd. II.

27 Vgl. Korrespondenz mit Erwin und Greta Gräff, 1971–1996, in: BA 008, 29.

einandersetzung mit der Geschichte der deutschen „Rechtsabweichler“ seit Karl Hermann Tjadens soziologisch geprägter Untersuchung von 1964.[28] Ab den 1980er-Jahren tat Bergmann sich außerdem durch die (Mit-)Organisation verschiedener Symposien hervor.[29]

1994 verstarb Gretel, nach vierjähriger Krankheit. Ihr Tod beendete 48 Jahre der Partnerschaft, an die ihr Witwer noch oft würdigend erinnerte.[30] Theodor Bergmann jedoch setzte sein Leben noch mehr als zwei Jahrzehnte fort – und blieb unermüdlich: 1990 wurde er Mitglied der PDS, als deren Landessprecher in Baden-Württemberg er zeitweise sogar amtierte, und trat zudem als Ehrenvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg sowie als Referent und Zeitzeuge in der allgemeinen Bildungsarbeit in Erscheinung.[31] Bis kurz vor seinem Tod 2017 im hohen Alter von 101 Jahren sprach er noch in Schulen oder bei politischen Kundgebungen.[32]

Der Bestand

Das Archiv der FZH übernahm im Jahr 2004 eine erste Lieferung von Theodor Bergmann. Hierbei handelt es sich um Archivmaterial zur Geschichte der KPO und deren Dachverband Internationale Vereinigte Kommunistische Opposition (IVKO), der Gruppe Arbeiterpolitik, Briefwechsel zwischen August Thalheimer, Heinrich Brandler und weiteren politischen Funktionären sowie Material aus dem politischen Umfeld dieser Organisationen.[33]

Bereits ein Jahr zuvor hatte die FZH die KPO/IVKO-Sammlungen vom Kopenhagener Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv (ABA) als Depositum übernommen, die ebenfalls Materialien von und über Theodor Bergmann enthielten.[34] Diese (hier als „Teil A“ bezeichneten) Anteile des Bergmann-Nachlasses sind mittlerweile weitgehend sortiert und inhaltlich erfasst. Sie bilden, gemeinsam mit einer Vielzahl an kleineren Beständen unterschiedlicher Herkunft, das sogenannte

28 Theodor Bergmann: „Gegen den Strom“. Die Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987, (2., rev. und erw. Aufl. ebd., 2001); Karl Hermann Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964.

29 Etwa 1988 zum 1938 in der UdSSR hingerichteten und exakt 50 Jahre später rehabilitierten Nikolai Bucharin. Die meisten der betreffenden Tagungsbeiträge erschienen ein Jahr später als Sammelband: Bergmann/Schäfer, Liebling der Partei.

30 Bergmann, Autobiografie, S. 217–221; vgl. ders.: Rundschreiben zum Tod von Gretel, in: BA 008, 40; ders.: Nachruf. Zum Tod von Gretel Bergmann, in: Sozialismus 20 (1994), Nr. 3, S. 51.

31 Kessler, Theodor Bergmann, S. 104.

32 Vgl. etwa Unterlagen zu Fragerunden bei Schulbesuchen, 2012–2014, in: BA 008, 16; Bericht über Schulbesuch Bergmanns von Jens Breitschwerdt, 2015, in: BA 008, 80.

33 FZH Archiv D 19-1.2.1.

34 D 19-1.1.4.

KPD(O)/IVKO-Archiv an der Forschungsstelle.[35]

In diesem Beitrag geht es jedoch um „Teil B“: den persönlichen Nachlass.[36] Dieser ging nach Theodor Bergmanns Tod als Schenkung an die FZH und ist ausgesprochen umfangreich: In 13 Umzugskartons geliefert, belegt er im Archiv fast zehn laufende Regalmeter. Des Weiteren zeichnet den Bestand eine hohe qualitative Vielfalt des Materials aus. Neben zahllosen persönlichen Unterlagen und amtlichen Dokumenten finden sich auch andere Quellengattungen immer wieder, weshalb im Folgenden eine exemplarische Auswahl kurz vorgestellt wird.

1. Korrespondenzen

Für einen Nachlass nicht gerade ungewöhnlich, finden sich in Bergmanns Ordnern und Mappen Zeugnisse eines teils intensiv und über Jahrzehnte hinweg geführten Schriftverkehrs. Sehr wohl von anderen Nachlässen unterscheidet sich hingegen der Umstand, dass die Korrespondenzen meist beidseitig erhalten sind – also auch die Schreiben enthalten, die Bergmann versandte (und nicht nur die, die er erhielt): Er schrieb zeitlebens auf Maschine und bewahrte Durchschläge von nahezu allen verfassten Schreiben sorgsam auf.

Herauszustellen sind hier der umfangreiche Briefwechsel mit Erwin und Greta Gräff[37] sowie die ebenfalls extensiven Korrespondenzen mit den Ex-KPO-Genoss:innen Richard Monden,[38] Heinz Ostrower,[39] Heinz Biermann[40] und Elisabeth „Lisa“ Hausen, deren bescheidene Witwenrente Bergmann in ihrem Auftrag mehr als ein Jahrzehnt lang an ihre Angehörigen auszahlte.[41] Weitere Korrespondenzpartner:innen waren Intellektuelle und Forscher:innen aus allen Teilen der Welt; insbesondere aus China,[42] Indien[43] oder Japan.[44] Ferner finden

35 D 19-1. Ergänzt wird dieser Bestand noch durch eine weitere Sammlung aus der Provenienz Rolf Beckers, D 19-2. Vgl. Kirsten Schaper: Das KPD(O)/IVKO-Archiv an der FZH, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2017, S. 108–113.

36 FZH Archiv BA 008 (Bergmann, Theodor).

37 BA 008, 29.

38 BA 008, 20.

39 BA 008, 21.

40 Korrespondenz mit Heinz Biermann, 1996, in: BA 008, 11.

41 Vgl. betreffende Korrespondenzen und Bankunterlagen, in: BA 008, 25.

42 Etwa Qiu Renzong (Bioethiker), 1994–1995, Yin Xuyi (Historiker), 1992–1995, in: BA 008, 38, Bd. II; Wang Guangmei (Politikerin und Witwe Lius Shaoqis), 1986, Jia Wenlin (Agrarökonom), 1987, in: BA 008, 51; Tan Xuewen (Agrarwissenschaftler), 2015–2016, in: BA 008, 11; Israel Epstein (Journalist und Revolutionär) in: ebd. und BA 008, 34.

43 Etwa Sobhanlal Datta Gupta (Politologe), 2015–2016, in: BA 008, 11; vgl. ferner 14 Korrespondenzpartner in: BA 008, 41, Bd. I.

44 Hier etwa die langjährige Korrespondenz mit dem Agrarwissenschaftler Hiroshi Yokogawa, 1975–1987, BA 008, 42; vgl. ferner 15 Korrespondenzpartner:innen im Zeitraum 1969–1987, in: BA 008, 41, Bd. II.

sich im Nachlass Briefwechsel mit den Angehörigen Nikolai Bucharins,[45] August Thalheimers[46] oder Isaac Deutschers.[47] Hinzu kommen umfassende Korrespondenzen mit Freund:innen, Verwandten sowie Redakteur:innen, Verleger:innen und Übersetzer:innen. Am (bislang) Umfangreichsten fällt der Schriftverkehr mit dem britischen Kommunismusforscher Mike Jones aus: Sie umfasst die Jahre 1994 bis 2017, innerhalb derer sich Jones und Bergmann eine vierstellige Anzahl an Briefen zukommen ließen, in denen sie sich über August Thalheimer, Clara Zetkin, Tito, Stalin oder auch zeitgenössisches Tagesgeschehen austauschten.[48]

Die Korrespondenz beschränkt sich zudem nicht auf solche, die der Nachlasser selbst führte: So befinden sich im Bestand etwa auch Hunderte von Feldpostkarten, die der spätere KPO-Aktivist Max Hammer während seines Einsatzes im Ersten Weltkrieg erhielt und versandte.[49]

2. Reiseberichte

Wie oben erwähnt, unternahm Theodor Bergmann eine Vielzahl von Studien- und Forschungsreisen, über die er meist akribisch Protokoll führte. Im Nachlass finden sich umfangreiche Berichte und Dokumentationen (schriftliche wie fotografische) insbesondere zu Reisen in „Entwicklungsländern", die der rastlose Agrarwissenschaftler über die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweg (und darüber hinaus) unternahm.[50]

3. Zeitungsausschnittsammlungen

Über Jahrzehnte hinweg sammelte Theodor Bergmann Zeitungsartikel zu China und Nordkorea,[51] Israel und Palästina,[52] Kuba,[53] Klimawandel und demografischen Entwicklungen[54] oder Wirtschaft und Politik[55] (um nur eine Auswahl der Themen zu nennen). Manche Sammlungen führte Bergmann kontinuierlich fort,

45 Korrespondenz mit Witwe Anna Larina Bucharina, 1990, in: BA 008, 12; ferner mit Tochter Swetlana Gurwitsch-Bucharina, 1992, in: BA 008, 38, Bd. II.
46 Korrespondenz mit Roy Thalheimer (Sohn von August Thalheimer), 2003–2011, in: BA 008, 22.
47 Korrespondenz mit Tamara Deutscher (Witwe von Isaac Deutscher), 1982–1983, in: BA 008, 31; Postkarte von ders., 1990, in: BA 008, 12.
48 BA 008, 23.
49 BA 008, 57. Von Hammer ist aus dieser Zeit außerdem noch ein handschriftliches Kriegstagebuch (in zwei Bänden) erhalten: BA 008, 56.
50 Etwa in BA 008, 28, 30, 36, 51, 63, 74 und 75.
51 BA 008, 43, Bd. I, 60, 64, 81 und 91.
52 BA 008, 55, 60, 81 und 83.
53 BA 008, 66, 55, Bd. II, 81 und 91.
54 BA 008, 43, Bd. II, 49 und 68.
55 BA 008, 43, Bd. III, 53, 60 und 81.

teilweise legte er aber auch erneut Sammlungen zu gleichen Themen an. Sortiert sind die Texte praktisch nie, dafür aber gelegentlich passagenweise unterstrichen oder mit handschriftlichen Bemerkungen versehen. Als enzyklopädisches Nachrichtenarchiv sind diese Sammlungen aufgrund ihrer unstrukturierten Zusammensetzung nicht geeignet. Sie gewähren dafür aber Einblicke in den Informationsalltag und die Rezeptionsmodi eines gebildeten, tages- und weltpolitisch interessierten und meinungsstarken Zeitzeugen.

4. Material zu Verwandten

Reichhaltiges Material findet sich auch zu Theodor Bergmanns erweiterter Familie und den dazugehörigen Einzelschicksalen: etwa kleinere Sammlungen zu seinen Brüdern Ernst David, Arthur, Felix, Alfred und Josef Bergmann.[56] Extensive Sammlungen bestehen zudem etwa zum 1938 in die USA emigrierten Onkel Willy Rosenzweig[57] sowie zu dessen Frau Irene (geborene Bittermann). Letztere bemühte sich jahrzehntelang (und schließlich mit Theodor Bergmanns Unterstützung) um eine Entschädigung für ihr 1938 „arisiertes" Familienhaus in Schwerin – ohne den gewünschten Erfolg. Die notariellen Auseinandersetzungen lassen sich aus den archivierten Dokumenten teils detailliert nachverfolgen.[58]

Am belangvollsten dürften jedoch die Unterlagen zum oben angerissenen Fall Alfred Bergmann sein.[59] Dieser war noch 1934 in die Schweiz emigriert und schloss an der Universität Basel sein Medizinstudium ab. Als kommunistischer Jude kam eine Rückkehr nach Deutschland für ihn nicht in Frage. Sein Aufenthaltsstatus in der Schweiz war jedoch prekär und eng an seine Angestelltenverhältnisse geknüpft: Da Schweizer Kliniken verpflichtet waren, bevorzugt Schweizer Ärzte einzustellen, musste er sich alle paar Monate aufs Neue um eine Existenzgrundlage bemühen. Dies belegen hunderte Absageschreiben von Kliniken sowohl in der Schweiz als auch im Ausland, an die sich der zunehmend verzweifelte Mediziner wandte.[60] Im April 1940 wurde er verhaftet und an der deutschen Grenze ausgewiesen, wo die Gestapo ihn bereits erwartete und, wenig später, mutmaßlich in Berlin ermordete.[61]

Obwohl sich Alfreds (und Theodors) Bruder Arthur Bergmann bereits seit 1948 darum bemühte, Licht ins Dunkel zu bringen, blieben die Hintergründe des Falls lange ungeklärt. Arthur und Theodor versuchten ab 1966 gemeinsam, auf juristischem Wege, Akteneinsicht zu erwirken, scheiterten mit diesem Vor-

56 BA 008, 5.
57 BA 008, 10.
58 BA 008, 9.
59 BA 008, 33 und 69.
60 BA 008, 33, Bd. I.
61 Bergmann, Autobiografie, S. 50.

haben allerdings.[62] Erst 1976 gab der kantonale Regierungsrat die betreffenden Akten erstmals heraus – an den Schweizer Historiker Willi Gautschi, der zwei Jahre später seine Rekonstruktion der Ereignisse veröffentlichte:[63] Der Direktor des Gesundheitswesens im Kanton Aargau, Rudolf Siegrist, schrieb im April 1940 an das örtliche Polizeikommando über „freches Auftreten" Alfred Bergmanns, der „zum mindesten ein gefährlicher politischer Wirrkopf" und vielleicht sogar „ein Spitzel" sei. Jedenfalls habe er sein „Aufenthaltsrecht in der Schweiz […] verwirkt".[64] Der zuständige Polizeikommandant Zumbrunn reagierte umgehend und ließ Bergmann verhaften.[65] Am Tag darauf folgte dessen folgenschwere Ausweisung.[66] Die Rechtswidrigkeit dieses polizeilichen Vorgehens hat Willi Gautschi betont.[67] Nach der Veröffentlichung seiner Forschungen wurde auch den Bergmann-Brüdern Arthur und Theodor Einsicht in die Akten gewährt – wobei Ersterer kurze Zeit später starb. Es bleibt fraglich, ob ihm die Dokumente eigenständig zu sichten noch vergönnt war.

Projekt der Erschließung und methodische Vorgehensweise

Die Erschließung des Nachlasses im Archiv der FZH läuft seit November 2024 und wird von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Der Prozess ist derzeit knapp zur Hälfte abgeschlossen, die Finalisierung ist für den Sommer 2026 angesetzt.

Die Verzeichnung erfolgt im Wesentlichen nach dem sogenannten Bär'schen Prinzip: Ich erfasse die Unterlagen größtenteils in der Reihenfolge, in der ich sie (in bestehenden Einheiten) vorfinde und versehe die angelegten Verzeichnungseinheiten (VZE) mit einer fortlaufenden Nummerierung (Numerus-Currens-Verfahren).[68] Neben arbeitsökonomischen Erwägungen sprechen zwei Gründe für diese Vorgehensweise: Zum einen ermöglicht sie eine flexible Anpassung der Erschließungstiefe – je nach historischem Wert, der den verzeichneten Dokumenten zuzuschreiben ist –, zum anderen soll so auch eine authentische interne

62 BA 008, 33, Bd. II und 69.

63 Protokoll des Regierungsrates des Kantons Aargau, 29.3.1976: Akten in Sachen Bergmann, Alfred, Dr., Herausgabe an Gautschi, Willi, Dr., Verfasser der Geschichte des Kantons Aargau 1885–1953, in: Staatsarchiv Aargau, RRB/1976/0669; Gautschi, Aargau, S. 409–413.

64 Der Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau an das Kantonale Polizeikommando, 18.4.1940, 3 S., Zitate auf S. 1, 3, in: FZH Archiv BA 008, 69.

65 Eidgenössische Fremdenpolizei an die kantonale Fremdenpolizei Zug, 24.4.1940, in: ebd.

66 Meldung von der Polizeistation Aarau, 21.4.1940; Polizeikommando Aargau, Kantonale Fremdenkontrolle an Eidgenössische Fremdenpolizei, Einreise & Aufenthalt, Bern, 30.4.1940, in: ebd.

67 Gautschi, Aargau, S. 411 f.

68 Vgl. Max Bär: Das K. Staatsarchiv zu Danzig, seine Begründung, seine Einrichtungen und seine Bestände, Leipzig 1912, S. 37 f.

Ordnung des Bestandes erhalten bleiben. Eine übersichtliche Neuordnung lässt sich schließlich noch nachträglich digital vornehmen, indem die erstellten Datensätze auf virtueller Ebene Klassifikationsgruppen zugeordnet werden, die stärker archivfachlichen Ordnungskriterien entsprechen.

In einigen Fällen divergiere ich von dieser Vorgehensweise und füge vorhandene Mappen zusammen, sortiere die enthaltenen Unterlagen chronologisch oder überführe einzelne Dokumente in bereits bestehende Verzeichnungseinheiten. Diesen Entscheidungen liegen stets Überlegungen nach inhaltlicher Sinnhaftigkeit und wissenschaftlicher Benutzbarkeit zugrunde.

Aus konservatorischen Gründen entnehme ich die Unterlagen ihren alten Mappen, Umschlägen, Ordnern oder Klarsichthüllen, befreie sie von rostanfälligen Metallteilen wie Heft- oder Büroklammern und bette sie in säurefreie, alterungsbeständige Archivmappen um.

Die (inhaltliche wie formale) Verzeichnung der Einheiten erfolgt in einer Excel-Tabelle, die für eine Übertragung der Daten in die Archivsoftware ACTApro formatiert ist. Dies soll perspektivisch eine öffentliche Recherche via Archivplan- und Volltextsuche ermöglichen.

Eine erschöpfende inhaltliche Erfassung des Nachlasses ist vor dem Hintergrund seiner Ausmaße nicht möglich. Gleichwohl bemühe ich mich, den Bestand in seinen Konvoluten deskriptiv präzise zu erfassen und alle Verzeichnungseinheiten mit prägnanten Stichworten zu versehen: Ich vermerke Korrespondenzpartner:innen, relevante Orte, behandelte Themengebiete sowie genauere Vermerke zu Quellengattungen und Entstehungszeiträumen. Dies soll eine möglichst barrierearme Benutzung der Materialien für Forschende und Interessierte aller Hintergründe ermöglichen.

Archivarische Bedeutung und Forschungsperspektiven, für die FZH und darüber hinaus

Der Nachlass Theodor Bergmanns gesellt sich im Archiv der FZH zu den Nachlässen weiterer zeitgeschichtlich relevanter Persönlichkeiten wie Esther Bejarano, Walther von Hollander oder Beate Uhse. Das reichhaltige Material zur KPO wie zur allgemeinen Kommunismusgeschichte, sowie auch zu Bergmanns eigener Vita, verorten den Bestand ferner zentral im seit den 1960er-Jahren bestehenden Themenschwerpunkt des Archivs zur Geschichte der Arbeiter:innenbewegung. Durch die Theodor Bergmanns weitverzweigtes Kontaktnetzwerk aus Forschenden, Intellektuellen und Zeitzeug:innen weltweit sowie seine eigenen Forschungsarbeiten zur KPO- und Kommunismusgeschichte beleuchtenden Konvolute kommt dem Nachlass des Weiteren eine hohe Bedeutung im allgemeineren Kontext wissensgeschichtlicher Perspektiven zu, die im Orbit der FZH (und darüber hinaus)

eine zunehmende Bedeutung erfahren.[69] Vor diesem Hintergrund lässt sich der Bestand auch zu transnational-verflechtungsgeschichtlichen Gewichtungen der Forschungslinie „Jüngere und jüngste Zeitgeschichte" befragen.[70] Konvolute zu seiner Verfolgung sowie der seiner Verwandten im Nationalsozialismus verankern den Bestand außerdem in der zentralen FZH-Forschungslinie „Der Nationalsozialismus und seine ‚zweite Geschichte'".[71]

Jenseits der FZH ist beispielsweise das Schicksal Alfred Bergmanns noch für die jüdische Migrations- bzw. Exilforschung relevant; der Fall lädt darüber hinaus auch zu Fragen nach dem Verhalten Schweizer Behörden im Umgang mit jüdisch-kommunistischen Immigrant:innen in der „neutralen" Eidgenossenschaft ein. Für Forschungen zu behördlichem Umgang mit antijüdischer NS-Verfolgung nach 1945 ist etwa auch der Fall Irene Rosenzweigs und ihrer Bemühungen um Entschädigung von Interesse.

Nicht zuletzt ist der Bestand für Forschende im Bereich der Historischen Kommunismusforschung lohnend. Die Materialien sind nicht nur vor dem Hintergrund von Bergmanns Forschungen und Vorarbeiten auf diesem Gebiet von Interesse, auch seine eigene Vita betreffend wartet im Nachlass Vieles quellenwerttechnisch auf: etwa bezüglich der (Spät-)Geschichte der KPO, solidarischer Praktiken (jüdisch-)kommunistischer Netzwerke im Exil oder des Umgangs mit kommunistischen Intellektuellen im Westdeutschland der Nachkriegszeit. Auch zur Erforschung innerkommunistischer Konflikte bietet Bergmanns exponierte Stellung als „kritischer Kommunist" Anknüpfungspunkte. Nach wie vor steht auch eine umfassende biografische Arbeit zu ihm oder einem seiner Angehörigen noch aus.[72] Es böten sich hier transnational-kollektivbiografische Zugriffe an, welche die individuellen Wege der Familie Bergmann-Rosenzweig in topografischen Exilstationen und politischen Netzwerkstrukturen untersuchen und miteinander verknüpfen. Dabei wäre allerdings zu bedenken, dass Nachlässe gewisse Fallstricke mit sich bringen: Die gezielte Zusammenführung (und Auslassung) der Materi-

69 Vortragsreihe: Erfahren, Erkunden, erkennen. Wissensgeschichtliche Perspektiven auf den Nationalsozialismus, in: ebd., https://zeitgeschichte-hamburg.de/veranstaltung-detail/vortragsreihe-17.html (abgerufen am 30.7.2025); Tagung. Von Aktivismus und Wissen(schaft). Wissensgeschichten der Neuen Sozialen Bewegungen, in: ebd., https://zeitgeschichte-hamburg.de/veranstaltung-detail/tagung-2.html (abgerufen am 30.7.2025).

70 Forschungslinie: Jüngere und jüngste Zeitgeschichte, in: ebd., https://zeitgeschichte-hamburg.de/Forschungslinie-juengere-und-juengste-Zeitgeschichte/articles/forschungsschwerpunkt-juengere-und-juengste-zeitgeschichte.html (abgerufen am 30.7.2025).

71 Forschungslinie: Der Nationalsozialismus und seine „zweite Geschichte", in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (FZH), https://zeitgeschichte-hamburg.de/forschungslinie-der-nationalsozialismus-und-seine-zweite-geschichte/articles/der-nationalsozialismus-und-seine-zweite-geschichte.html (abgerufen am 30.7.2025).

72 Hiervon ausdrücklich auszunehmen ist Theodors ältester Bruder Ernst David Bergmann, der in Israel als Chemiker wirkte und als solcher, maßgeblichen Einfluss auf das dortige Atomprogramm hatte.

alien durch das jeweilige Subjekt machen sie gewissermaßen zum Ergebnis einer künstlichen Quellenproduktion. Dies ist im Fall biografischer Annäherungen unbedingt besonders zu beachten.[73]

Dies, wie einleitend angekündigt, also ein Zwischenbericht. Die Erschließung geht intensiv voran und eine zeitnahe Zugänglichmachung der Bestände ist angestrebt.

Milan Mentz

Kontakt
Milan Mentz
Studentischer Mitarbeiter
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Beim Schlump 83, 20144 Hamburg
mentz@zeitgeschichte-hamburg.de

Die Überlieferung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen DDR im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts

1. Das Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten 1949-1999

Am 7. Oktober 1949 wurde die DDR in der sowjetischen Besatzungszone gegründet, Georg Dertinger, Generalsekretär der CDU, ihr erster Außenminister. Der Dienstsitz des „Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten" (kurz: MfAA) befand sich in Ost-Berlin in der Luisenstraße 54-56.

Der Staatssekretär im MfAA, Anton Ackermann, erließ am 18. Mai 1951 eine Sonderverfügung über die Errichtung eines Verwaltungsarchivs. Nicht mehr für den laufenden Geschäftsbetrieb benötigtes Schriftgut sollte an einer Stelle zentral gesammelt und gesichert werden. Auf Beschluss des Kollegiums des MfAA vom 30. März 1960 wurde das Verwaltungsarchiv Teil der neu gegründeten Abteilung Wissenschaftliches Archiv. Diese Abteilung umfasste insgesamt vier Arbeitseinheiten (Sektionen), nämlich: Wissenschaftliche Sektion, Sektion Pressedokumentation, Sektion Verwaltungs- und Dokumentenarchiv sowie Bibliothek. Erstmals wurden Absolventinnen und Absolventen der seit 1955 in Potsdam bestehenden Archivfachschule Franz Mehring vom MfAA eingestellt. Schließlich verlieh der damalige Innenminister Friedrich Dickel 1966 der Abteilung Wissenschaftliches Archiv den Status eines selbständigen Endarchivs. Das MfAA unterhielt neben

73 Vgl. hierzu Wilhelm Füßl: Übrig bleibt, was übrigbleiben soll. Zur Konstruktion von Biografien durch Nachlässe, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 37 (2014), Nr. 3, S. 240–262.

dem Ministerium für Staatssicherheit und dem Ministerium für Nationale Verteidigung nun ein eigenständiges Archiv. Für alle anderen Ministerien war das Zentrale Staatsarchiv in Potsdam das zuständige Endarchiv. Die Bezeichnung und Struktur der Abteilung Wissenschaftliches Archiv änderte sich in den folgenden Jahren mehrfach. Von 1981 bis zur Schließung des MfAA am 2. Oktober 1990 umfasste die Abteilung Archiv nur noch die Sektionen Außenpolitisches Archiv und Vertragsregister/Dokumentation.

Am 1. Januar 1967 wurde ein einheitlicher Aktenplan für das MfAA und für die Auslandsvertretungen der DDR eingeführt. Dieser Aktenplan beinhaltete auch einen Bewertungskatalog, auf dessen Grundlage das Schriftgut von 1949 bis 1979 entweder als dauerhaft aufzubewahrendes (Archivgut) oder als zeitwertiges Schriftgut bewertet wurde. Bereits im Archiv befindliches Schriftgut erfuhr eine nachträgliche Bewertung und einheitliche Erschließung nach den 1964 von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR eingeführten Ordnungs- und Verzeichnungsrichtlinien (OVR). Dabei wurde die vorhandene Aktenordnung aufgelöst und die Akten neuformiert. Nicht archivwürdiges Schriftgut vernichteten die Mitarbeitenden nach Ablauf der vorgesehenen Aufbewahrungsfrist. Gleichzeitig nahm das Archiv auch weiterhin die Aufgaben eines Verwaltungsarchivs wahr.

Das Außenpolitische Archiv selbst befand sich nicht im 1967 bezogenen Neubau des Außenministeriums am Marx-Engels-Platz (heute Schinkelplatz), sondern wurde 1969 im ehemaligen MINOL-Gebäude in der Straße Hinter dem Gießhaus 1–2 untergebracht. Die Benutzung war nur einem sehr limitierten Personenkreis gestattet, insbesondere Mitarbeitenden des Außenministeriums. Das Personal des Instituts für Internationale Beziehungen und der Akademie für Staat und Recht konnte ebenfalls das Archiv auf Antrag nutzen. Nach den ersten freien Wahlen im März 1990 war im Sommer für wenige Wochen eine uneingeschränkte Benutzung möglich. In Vorbereitung der sich abzeichnenden Wiedervereinigung erließ der damalige DDR-Außenminister Markus Meckel am 12. bzw. 21. Juni 1990 eine Weisung zur Sicherung dienstlichen Schriftguts und zur geordneten Übergabe an das Archiv. Im Zuge dieser Weisung berichteten die Auslandsvertretungen über die voraussichtlichen Mengen. Darunter waren zahlreiche Auslandsvertretungen, die keine Abgabe oder auszusonderndes Schriftgut nur im geringen Umfang ankündigten. Bis zur Einstellung der Tätigkeit des MfAA am 2. Oktober gelangte dienstliches Schriftgut im größeren Umfang aus der Zentrale in das Archiv.

Im Zuge der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurde das Archiv in die neu eingerichtete Verwaltungs- und Abwicklungsstelle des Auswärtigen Amts eingegliedert. Die Mitarbeitenden waren in den darauffolgenden Monaten mit der Übernahme, Sicherung und Registrierung von ca. 800 laufenden Metern (kurz: lfm) Schriftgut beschäftigt, das im Hauptgebäude des Ministeriums verblieben

war bzw. aus dem Ausland nach und nach eintraf. Die Auslandsvertretungen übersandten vor allem verwaltungstechnisches Schriftgut. Unterlagen insbesondere der Politischen Abteilungen waren nur in Ausnahmefällen darunter. Das Schriftgut der an den Botschaften bestehenden Studentenabteilungen, Handels-, wissenschaftspolitischen- und verkehrspolitischen Abteilungen sowie der Militärattachés wurde nicht an das Archiv übersandt. Die Zuständigkeit für diese Abteilungen lag bei den jeweiligen Fachministerien. Das Schriftgut befindet sich heute im Bundesarchiv.

Mit Beschluss über den Abriss des Gebäudes des Außenministeriums am damaligen Marx-Engels-Platz wurde das noch dort gelagerte Schriftgut 1993 in die Liegenschaft in der Straße Hinter dem Gießhaus überführt. Darunter befand sich auch eine Sammlung von beglaubigten Kopien völkerrechtlicher Verträge und Ressortabkommen der ehemaligen Ministerien, die ursprünglich die Sektion Vertragsregister/Dokumentation verwahrte. Im Archiv befand sich bereits eine länderbezogene Sammlung abgelaufener bilateraler Verträge. Weiteren Zuwachs erhielt es durch die Übernahme von Urschriften der völkerrechtlichen Verträge der ehemaligen DDR aus dem Büro des Ministerpräsidenten Lothar de Maizière. Aus den nachgeordneten Einrichtungen des MfAA gelangten kaum Akten in das Archiv. Eine Ausnahme bildeten Unterlagen des Schülerinternats Otto Winzer und des Betriebs Technische Versorgung und Objekterhaltung (TVO). Ein Teil der Akten aus dem Schülerinternat befindet sich heute auch im Bundesarchiv ebenso wie die Akten des Dienstleistungsamtes für Ausländische Vertretungen (DAV).

1994 wurde die Überlieferung des MfAA formal in das Politische Archiv des Auswärtigen Amts integriert. Nach mehrjähriger Schließung war damit eine wissenschaftliche Benutzung unter Beachtung der gesetzlichen Schutzfristen nach Bundesarchivgesetz wieder möglich. 1995 erfolgte der Umzug des Archivs in einen Teil der Räumlichkeiten des ehemaligen Erweiterungsbaus der Reichsbank, des zukünftigen Dienstsitzes des Auswärtigen Amts. Mit dem Umzug des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts im Jahre 2000 nach Berlin wurde das MfAA-Archiv endgültig auch räumlich Teil des Politischen Archivs.

2. Die M-Bestände im Politischen Archiv

Das Archivgut des MfAA und das noch nicht bewertete dienstliche Schriftgut bilden im Politischen Archiv die sogenannten M-Bestände, erkennbar an der vorangestellten Sigle „M“ in der Bestandsbezeichnung. Von den insgesamt ca. 3.000 lfm sind 1.050 lfm – in der Archivtektonik als sogenanntes „Zentralarchiv“ subsumiert – als Archivgut bewertet und erschlossen. Das Zentralarchiv umfasst mehrere Teilbestände, deren Akten zwischen 1949 und 1979 entstanden sind. Eine Ausnahme bilden die beiden Teilbestände M 1 LS-A und M 1 G-A, deren Akten

zum Teil erst Ende der 1980er-Jahre schließen. Diese beinhalten Sitzungsprotokolle des Kollegiums des MfAA sowie Akten, deren Vertraulichkeitsgrad erloschen war. Sie wurden jedoch aufgrund ihres Inhalts im damaligen Archiv zeitnah nach Eingang von sogenannten „Politischen Mitarbeitern", den Diplomaten des MfAA, und nicht von Archivarinnen und Archivaren verzeichnet sowie räumlich getrennt von den anderen Akten gelagert. Die Bestände des Zentralarchivs sind vollständig digitalisiert und können online in der Rechercheanwendung invenio eingesehen werden.

Das noch nicht bewertete dienstliche Schriftgut aus der Zeitperiode 1980 bis 1990 umfasst ca. 1.900 lfm und untergliedert sich in Überlieferungen aus der Zentrale (abgekürzt und durchnummeriert als „M 10" ff.) sowie aus den Auslandsvertretungen (Sigle „MAV"). Diese Akten können ebenfalls in invenio recherchiert werden. Dazu wurden die in Papierform vorhandenen Abgabeverzeichnisse in Datenbanken übertragen. Die Akten selbst sind noch nicht digitalisiert. Eine Einsichtnahme in jene Unterlagen ist nur im Lesesaal möglich.

3. Sammlungsbestände des MfAA-Archivs im Politischen Archiv – Bildarchiv, Nachlässe und wissenschaftliche Arbeiten

Das ehemalige Bildarchiv umfasst nach Ländern geordnete Einzelfotos und Fotoalben zu Staats- und Regierungsbesuchen, zu Akkreditierungen von ausländischen Botschafterinnen und Botschaftern sowie Porträtaufnahmen von Personen der Leitungsebene des MfAA. Das Bildarchiv des MfAA ist im Politischen Archiv im Sammlungsbestand S 15 abgelegt. Hierzu gehören auch ca. 500 großformatige Farbfotos, die zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit der Auslandsvertretungen von der Hauptabteilung Information in den 1980er-Jahren in Auftrag gegeben wurden. Sie zeigen beispielsweise den Alltag in der DDR, das Wohnungsbauprogramm und sowie Gedenkjahre und dazu veranstaltete Feierlichkeiten. Darunter befinden sich auch Fotos von offiziellen Besuchen der Außenminister und Außenministerinnen anderer Länder in der DDR. Dieser Bestand war ursprünglich auf Karteikarten verzeichnet und wurde durch analoge Listen ergänzt. Aus urheberrechtlichen Gründen ist eine Benutzung noch nicht möglich.

Es sind insgesamt sechs Nachlässe in unterschiedlicher Qualität überliefert. Der umfangreichste Nachlass ist von Außenminister Otto Winzer mit 101 Aufbewahrungseinheiten (AE), gefolgt von Botschafter Gerhard Korth (27 AE), Staatssekretär Günter Kohrt (16 AE), Emmi Koenen, Widerstandskämpferin gegen das NS-Regime und Schwägerin von Botschafter Bernhard Koenen (4 AE) sowie Fritz Stude, Abteilungsleiter im MfAA (2 AE) und des stellvertretenden Ministers Michael Kohl (1 AE), wobei letzterer nur Karikaturen enthält. Wie die Nachlässe ins Archiv gelangten, ist nicht bekannt. Aktive Bemühungen zur Übernahme gab es

nicht, da das Archiv hier in Konkurrenz zum Parteiarchiv der SED stand. Heute sind die Nachlässe aus dem MfAA-Archiv alphabetisch in die bereits vorhandene Nachlass-Sammlung des Auswärtigen Amts einsortiert.

Die Sammlung S 14 umfasst Zweitschriften von Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationsschriften der Akademie für Staat und Recht, des Instituts für Internationale Beziehungen (IIB) sowie anderer Universitäten. Ursprünglich waren diese in der Bibliothek des MfAA überliefert und gelangten mit Auflösung der Bibliothek ins Archiv. Die Sammlung ist alphabetisch nach Autor bzw. Autorin erschlossen. Die Originale der an der Akademie für Staat und Recht eingereichten wissenschaftlichen Arbeiten befinden sich in der Universitätsbibliothek Potsdam.

4. Lücken und Kassationen in der Überlieferung der M-Bestände

Außenminister Markus Meckel erließ am 24. Mai 1990 ein generelles Vernichtungsverbot für Schriftgut. Diese Weisung galt auch für die Vernichtung von zeitwertigen Dokumenten im Archiv, deren Aufbewahrungsfrist bereits abgelaufen war. Größere Lücken weisen vor allem die überlieferten Aktenbestände der Leitungsebene, der Abteilung 1, der Abteilung für Journalistische Auslandsbeziehungen, des Parlamentsreferats, des Verschlusssachen-Archivs und des Personalbüros auf. Über den Umfang der Vernichtungen sind keine Aussagen möglich.

Aus der Leitungsebene, also Ministerbüro, Büros der Staatssekretäre sowie der stellvertretenden Ministerinnen und Minister und konkret aus dem Büro des ehemaligen Außenministers Oskar Fischer sind nach 1986 nur noch im geringem Umfang Dokumente überliefert. Dokumente des Ministerbüros Meckel kamen erst 1992 nachträglich ins Archiv. Die Überlieferung der Büros der stellvertretenden Ministerinnen und Minister, die bis April 1990 im Amt waren, weisen ebenfalls Lücken ab 1988 auf.

Vollständig vernichtet wurden die Unterlagen der Abteilung 1. Das Aufgabengebiet dieser Abteilung umfasste Planungen im Fall möglicher Auseinandersetzungen zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und der NATO. Des Weiteren gehörten Angelegenheiten der technischen Realisierung des INF-Vertrages auf dem Gebiet der DDR in den Zuständigkeitsbereich. Die fachliche Anleitung dieser Abteilung lag beim Ministerium für Nationale Verteidigung.

Das erst im Juni 1990 unter Minister Meckel neu geschaffene Parlamentsreferat hatte ebenfalls kein dienstliches Schriftgut an das Archiv übergeben. Die Abteilung für Journalistische Auslandsbeziehungen sonderte 1978 letztmalig an das Archiv aus. Im Frühjahr 1990 wurden Arbeitseinheiten dieser Abteilung in das Ministerium für Medienpolitik ausgegliedert. Zu den vernichteten Unterlagen zählt vor allem Schriftgut über akkreditierte und zeitweilig in der DDR tätige Journalisten.

Auch das Schriftgut des Internationalen Pressezentrums wurde vernichtet.

Außerhalb der Zuständigkeit des Archivs existierten sogenannte „Spezialarchive" für Personalakten und Verschlusssachen (kurz: „VS"), die sich im Hauptgebäude des MfAA befanden. Das VS-Archiv verwahrte das dienstliche Schriftgut mit Vertraulichkeits- und Geheimhaltungsgraden aus den einzelnen Arbeitseinheiten. Diese Einstufungen galten nur für einen bestimmten Zeitraum. Nach Ablauf wurden diese Dokumente in Rücksprache mit den verantwortlichen Arbeitseinheiten vernichtet bzw. herabgestuft und in die Arbeitseinheiten zurückgeben. Mit der Auflösung des VS-Archivs im August 1990 gelangten die noch vorhandenen eingestuften Dokumente in das Archiv. Es übernahm insgesamt 1.854 einzelne Dokumente, deren Geheimhaltungsgrad am 1. März 1991 aufgehoben wurde. Die ursprüngliche Dokumentenablage nach Arbeitseinheiten wurde später aufgelöst und die Schriftstücke zu länderbezogenen Akten neuformiert, verzeichnet und in Archivkartons verpackt. Diese Unterlagen bilden heute den Bestand M 3 und sind vollständig digitalisiert.

Die Personalakten des MfAA wurden zentral im Personalbüro geführt. Von den sogenannten „Nomenklaturkadern" sind diese nur teilweise überliefert. Bei Nomenklaturkadern handelte es sich um Mitarbeitende, deren Funktionen vom ZK der SED und Ministerrat der DDR bestätigt wurden. Die übrigen überlieferten Personalakten sind nicht in ihrem ursprünglichen Umfang erhalten geblieben. Der Ministerrat beschloss am 22. Februar 1990 die Verordnung über die Arbeit mit Personalunterlagen, die am 1. März 1990 in Kraft trat (vgl. Gesetzblatt der DDR, Teil 1, Nr. 11 vom 02.03.1990). Daraufhin wurden nicht mehr notwendige Unterlagen aus den Personalakten entfernt und den Mitarbeitenden in der Regel ausgehändigt. Eine Rekonstruktion des beruflichen Werdegangs ist anhand der überlieferten Personalakte oft nur lückenhaft möglich. Dokumente über zeitweilige Delegierungen in andere Behörden, z. B. an das Zentralkomitee der SED, an das Institut für Internationale Beziehungen aber auch Einsätze in der Leitungsebene fehlen oft. Die Personalakten von zeitweilig an den Auslandsvertretungen tätigen Mitarbeitenden anderer Behörden fehlen gänzlich, da diese nach Beendigung der Tätigkeit wieder an die delegierende Behörde zurückgegeben wurden. Ebenfalls fehlen die Unterlagen zu Ehemaligen, die in den frühen 1960er-Jahren bis Mitte der 1980er- Jahre ausgeschieden sind. Bereits im Archiv befindliche Personalakten von diesem Personenkreis wurden in den späten 1970er-Jahren vom Personalbüro zurückgefordert. Über deren Verbleib ist nichts bekannt.

Für das dienstliche Schriftgut aus den Jahren 1980 bis 1990 muss noch ein Bewertungskonzept erarbeitet werden, um die tatsächlich archivwürdigen Unterlagen zu ermitteln. Bisher wurde in diesen Beständen kaum kassiert. Eine Ausnahme bilden Finanzunterlagen der Auslandsvertretungen und der Protokollabteilung des MfAA, die im Rahmen einer Nachkassation bereits in den Jahren 2019 bis 2020

vernichtet wurden. Es handelte sich hierbei um Belege für einzelne Sachkonten.

5. Fazit: Die M-Bestände – klein, aber gut nachgefragt

Die M-Bestände machen mit ca. 3.000 lfm nur ungefähr ein Zehntel des Gesamtbestandes des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts aus. Sie sind komplett online in invenio recherchierbar. Die zwischen 1949 bis 1979 entstandenen Unterlagen (Zentralarchiv) sind digitalisiert und können direkt in invenio aufgerufen und eingesehen sowie im Volltext durchsucht werden. Die Digitalisierung der Akten weiterer M-Bestände kann erst nach deren Bewertung fortgesetzt werden. Forschende und Interessenten werden deshalb gerade für die Unterlagen der 80er-Jahre weiterhin einen Besuch im Lesesaal in nächster Zukunft einplanen müssen. Mit der Bereitstellung digitalisierter Akten der 50er- bis 70er-Jahre aus den M-Beständen stieg die Benutzung von Digitalisaten in invenio in den letzten drei Jahren kontinuierlich an. Gleichzeitig gehen durchschnittlich zwei Anfragen pro Woche mit speziellem Bezug zu den M-Beständen im Politischen Archiv ein. Wenngleich die 3.000 lfm MfAA-Bestände zu 40 Jahren DDR-Außenpolitik nur einen kleinen Teil des Gesamtbestandes ausmachen, ist das Interesse daran groß. Die Mitarbeitenden des Politischen Archivs laden daher ausdrücklich zur Recherche und bei Rückfragen zur Kontaktaufnahme ein.

Birgit Kmezik / Alexandra Willkommen

Anschrift:

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Kurstr. 36, 10117 Berlin
+49(30)1817-2179 | archiv.diplo.de

Quellenverzeichnis:

PA AA M 1-A/18069.
PA AA M 1-A/12997.
PA AA M 1-A/18073.
PA AA M 92/5948-90.
Bericht VLR Dr. Pretsch vom 18.10.1990, Gz. 117-251.00/VAS, in: PA AA B 118-REF. 117/783.
Ministervorlage Referat 117 vom 27.10.1990, [ohne Gz.], in: PA AA B 118-REF. 117/783.
Schreiben BMI vom 11.09.1990, Gz. IS 4-606 541, in: PA AA B 118-REF. 117/783.
Vermerk VLR I Waldner vom 04.08.1993, Gz. 117-251.00/VAS, in: PA AA B

118-REF. 117/4905.

Vermerk VLR Dr. Pretsch vom 05.01.1993, [ohne Gz.] in: PA AA B 118-REF. 117/4905.

Vermerk Geyer vom 13. 05.1997, Gz. 117-251.05/198, in: PA AA B 118-REF. 117/4905.

Schreiben Dr. Duisberg an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 02.12.1991, Gz: VAS-6-210.26/6, in: PA AA B 118-REF. 117/4905.

Hausmitteilung vom 27.06.1991, Gz: VAS-210.26./17, in: PA AA B 118-REF. 117/4905.

Bericht von Herrn Müller vom 23.08.1991, Gz: VAS-210.26./17, in: PA AA B 118-REF. 117/4905.

Informationen

Archivdokumente des Ministeriums für Internationale Angelegenheiten der Russischen Föderation (AA Moskau)

Scan der Akten unter
http://1917.mid.ru/archives/avprf/sekretariat-g-v-chicherina/opis-13/

Sekretariat Tschitscherin
Sekretariat Karachan
Sekretariat Litwinow
Verluste wegen Intervention
Archiv Krasin (Kommissar für Außenhandel)
Washingtoner Konferenz
Haager Konferenz (1922)
Genuaer Konferenz (1922)
Vertragsrechtliche Abteilung
Materialien über Intervention
Brester Frieden (1917-1918)
Moskauer Konferenz (1922)

Kommissariat der RSFSR [Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik]
Abt. Handelspolitik
Unterabteilung Internationales Wirtschaftsrecht
Restitution baltischer Länder

„Organisch gewachsen" – das AAG als lokales Archiv der Arbeiterbewegung in Nürnberg

Es sollte und darf nicht sein, dass lokale Dokumente der Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung in Nordbayern nur entweder das Schicksal zentraler Archivierung in hunderten Kilometern Entfernung oder aber das Schicksal einer Entsorgung erleiden. Dies dachte sich bereits eine Initiative im Jahre 1984 unter Federführung der lokalen SPD. Drei Jahre später erfolgte die Eintragung als Verein und bereits vier Jahre später – im Jahre 1991 – dessen Auflösung, ohne dass der Verein jemals wirklich in die Archivierung eingestiegen wäre. Der Vorsitzende Dr. Dieter Rossmeissl erläuterte dazu damals, „dass die Gründung des Vereins eine gut gemeinte Absicht gewesen sei, dass sich aber herausgestellt hat, dass dieser Verein nicht in der Lage ist, seine eigentlichen Aufgaben wahrzunehmen."[74]

Von Skepsis und Triebfedern

30 Jahre später war also durchaus Skepsis angebracht, als einige Aktive aus den DGB-Gewerkschaften ver.di, IG Metall und der GEW die Möglichkeit eines neuerlichen Versuchs berieten. Triebfeder waren Erlebnisse gerade altgedienter ehrenamtlicher Gewerkschaftsfunktionär*innen, dass Früchte ihrer eigenen früheren Arbeit keinerlei Resonanz im Hier und Jetzt mehr finden würden. Verlust an Finanzmitteln durch abnehmende Mitgliedszahlen führte oft zu Abmietungen und daraus resultierender Raumnot. Zu oft wurden dabei auch ganze Container meist unsortierter Archivalien unbesehen entsorgt.

Die Fusion von fünf Einzelgewerkschaften zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Jahr 2001 muss hier durchaus für viele Funktionär*innen als überdies nachhaltig traumatisierend beschrieben werden: Sie erlebten diese als Verlust ihrer alten Identität in den Ursprungsgewerkschaften der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) und der IG Medien – Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien).

Gewerkschaftsgeschichte zeichnet sich durch die Kontinuität in der Auseinandersetzung um gerechte Arbeits- und Lebensbedingungen aus. Auch erhebliche geschichtliche Brüche können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Behandlung des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, der Kampf um Entgelte, Arbeitszeit, aber auch andere soziale Fragen nie neu erfunden, sondern stetig weiterentwickelt werden. Mit anderen Worten: Es gibt keine Zukunft der Ge-

74 https://www.archivportal-d.de/item/NBP3KXPEOS65MLY764M7YERUHSXYPH5W

werkschaften ohne Bewusstsein für ein Lernen aus ihrer Geschichte.

Nürnberg und Nordbayern dürfen dabei als exponiertes Beispiel gewerkschaftlicher Kämpfe betrachtet werden. Industrialisierung aber auch Deindustrialisierung bzw. Transformationen finden hier über Jahrhunderte hinweg zentralen Widerhall. In Nürnberg eröffnete 1894 das erste Arbeitersekretariat deutschlandweit zur Beratung von Mitgliedern. Nürnberg stellte 1905 mit Helene Grünberg die erste weibliche hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin ein und 1919 wurde Nürnberg zur Geburtsstadt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) als Dach von damals 52 Einzelgewerkschaften.

Die Gründungsphase

Nach rund dreijähriger Bedenk- und Planungszeit entschlossen sich im Januar 2023 die Aktiven mit noch bangem Herzen zur Gründung des „Archiv der Arbeiter*innen und Gewerkschaftsbewegung Raum Nürnberg“ (AAG) in der Rechtsform eines gemeinnützig anerkannten eingetragenen Vereins.

Die Gründungsversammlung mit 70 Teilnehmenden unterstrich eindrucksvoll, wie sehr die Initiator*innen einen Nerv getroffen hatten. Auch lokale Medien berichteten ausführlich.

Die von Beginn an hohe Mitgliederzahl mit Beitragshöhen von 60 bis zu 240 € pro Jahr war als Fundament zur Anmietung geeigneter Räume und Beschaffung notwendiger Soft- und Hardware ausreichend. Mindestens ebenso wichtig war die professionelle Beratung durch die Schwesterorganisation „Archiv der Münchener Arbeiterbewegung e. V.“[75] oder dem Stadtarchiv Nürnberg. Bei Letzterem galt es selbstredend klarzustellen, dass das spezielle Sammlungsinteresse des AAG keineswegs in Konkurrenz zur Arbeit des Stadtarchivs steht, sondern niedrigschwelligen Zugang zur lokalen Gewerkschaftsgeschichte bewerkstelligen will.

Das bereits beschriebene Bedürfnis der Initiator*innen, aus der Geschichte heraus auch im Hier und Jetzt zu wirken, ist sowohl satzungsmäßig verankert, als auch konkreter Auftrag. Dieser setzt natürlich ein hohes Maß an öffentlicher Wahrnehmbarkeit und Präsenz voraus. Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen des AAG haben daher stets auch einen aktuellen Bezugspunkt.

Erfolgskritische Faktoren

Das AAG arbeitet bis dato rein ehrenamtlich, seine Finanzmittel setzen sich ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und privaten Spenden zusammen. Versuche einer Strukturförderung durch Kommunen oder Bezirke des Freistaates Bayern scheiterten bislang an auch dort knappen Kassen. Ebenso knappe Kassen hin-

75 https://www.arbeiterarchiv.de/

dern die Einzelgewerkschaften und den DGB trotz allen Wohlwollens an einer entsprechenden strukturellen Förderung. Immerhin haben mittlerweile zwei Gewerkschaften vor Ort die Erlaubnis ihrer Zentralverwaltungen bekommen, förderndes Mitglied zu werden.

Diese missliche finanzielle Situation führt natürlich zu einer strukturellen Überforderung der ehrenamtlich Aktiven: Kisten über Kisten mit überlassenem Archivgut warten in den Schwarzräumen auf ihre Erschließung. Die Arbeit am Feierabend und in der Freizeit gleicht daher oft der Arbeit des Sisyphos: Kaum ist ein Packen Archivalien ordentlich verarbeitet, verpackt und in der Software veraktet, kommt ein neuer schon nach ...

Drei Faktoren bleiben erfolgskritisch: Der finanzielle Rückhalt, die Kooperation mit lokalen Akteur*innen und die professionelle Aufbereitung der Archivalien.

Dauerhaft werden rund 10.000 € Mitgliedsbeiträge pro Jahr nicht genügen, den Verein mit der gebotenen Dynamik am Leben zu halten und weiter zu entwickeln: Die entgeltliche Beschäftigung einer Fachkraft für Archivwesen wenigstens in Teilzeit bleibt daher ein Ziel.

Unkomplizierter hingegen gestaltet sich die Zusammenarbeit mit außenstehenden Dritten. Gerade bei ehrenamtlicher Erschließung erweisen sich Hilfestellungen und Beratung durch Stadtarchiv Nürnberg, das Staatsarchiv Nürnberg oder das Museum Industriekultur als hilfreich und mutmachend.

Bei allen Schwierigkeiten erweist sich die ehrenamtliche Struktur andererseits aber auch als ausgesprochen produktiv: Die mühevolle Aufbereitung der Archivalien ermöglicht vielen einen bisher noch nie dagewesenen persönlichen Zugang, aus welchem organische Schlussfolgerungen gezogen werden, die im Idealfall in einer Veranstaltung münden. Dies wird absehbar etwa in der Aufbereitung des Kampfes um das AEG-Werk Nürnberg-Fürth vor 20 Jahren der Fall sein.

Das Nürnberger Arbeiter*innenarchiv AAG wird daher eben diese organische Entwicklung weiterentwickeln. Mit einigem Selbstbewusstsein nimmt es auch zur Kenntnis, bereits heute weiter und stabiler zu sein als der oben erwähnte missglückte erste Versuch der Gründung eines Gewerkschaftsarchivs in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts: Der Verein nimmt nämlich „seine eigentlichen Aufgaben“ mit großer Intensität wahr und beabsichtigt dies auch weiter zu tun.

Elvira Eytzinger-Hotze für den Vorstand

Archiv der Arbeiter*innen und Gewerkschaftsbewegung Raum Nürnberg e. V.
VNr: VR 202939 (Amtsgericht Nürnberg); c/o Ulli Schneeweiß / ver.di, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg; Mobil: 0179 7516152; www.aag-archiv.de; https://www.facebook.com/aag.archiv.nuernbergKontoverbindung: IBAN DE07 7605 0101 0014 8791 26 (Sparkasse Nürnberg)

Brief Dr. Gregor Gysi, kulturpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Bundestag an den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Wolfram Weimer, zu den Entwicklungen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), und Antwortschreiben vom 21. Juli 2025.

Dr. Gregor Gysi
Mitglied des Deutschen Bundestages
Kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE
Alterspräsident des 21. Deutschen Bundestages
Mitglied des Ausschusses für Kultur und Medien
Stellvertretendes Mitglied des Rechtsausschusses und des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft
Dr. Gregor Gysi, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Berlin
Dr. Gregor Gysi, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030) 227 – 72 700
Fax: (030) 227 – 76 700
Email: gregor.gysi@bundestag.de

Wahlkreis
Dr. Gregor Gysi, MdB
Brückenstraße 28
12439 Berlin
Tel: (030) 6322 – 4357
Fax: (030) 6322 – 4358
Email: gregor.gysi@wk.bundestag.de

Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien
Herr Staatsministerin Wolfgang Weimer
Willy-Brand-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 25. Mai 2025

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

gestatten Sie mir zunächst, Ihnen meine Glückwünsche zu Ihrer Ernennung zum Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu übermitteln. Ich freue mich auf eine streitbare und faire Zusammenarbeit im Ausschuss des Bundestages für Kultur und Medien und darüber hinaus.

Durch die vorgezogene Bundestagswahl und den damit verbundenen Regierungswechsel sind die Entwicklungen bei der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR - kurz: SAPMO - etwas in den Hintergrund getreten. Aus meiner Sicht sind zu den bekannt gewordenen Plänen für die Zukunft des Archivs noch eine Reihe von Fragen offen. Eventuell denken Sie auch über ein anderes Herangehen nach, weshalb ich Ihnen dankbar wäre, wenn wir zu diesem Thema ins Gespräch kämen.

Am 7. November 2024 erhielten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kuratoriums der SAPMO eine E-Mail des Präsidenten des Bundesarchivs, in der es heißt:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Kuratoriums hatte ich Ihnen ja bereits mitgeteilt, dass verschiedene organisatorische Änderungen der SAPMO in Erwägung gezogen wurden (siehe Protokoll der 34. Sitzung des Kuratoriums am 18. April 2024). Diese haben sich inzwischen konkretisiert und wurden zum 4. November umgesetzt. Sie erfolgen in vollem Einvernehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als unserer vorgesetzten obersten Bundesbehörde.

Im Folgenden möchte ich Ihnen diese Maßnahmen in ihren Grundzügen kurz vorstellen:
- In Lichterfelde wird eine neue Abteilung mit Namen "DDR (einschl. SAPMO)" eingerichtet. Neben den Aufgaben für das Archivgut der Stiftung übernimmt diese Abteilung auch die Verantwortung für die Verwaltung, Erschließung und Benutzung der zivilen staatlichen DDR-Überlieferung. Die bisher damit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ebenfalls der neuen Abteilung zugeordnet. Damit sind dann alle archivischen Unterlagen aus der Zeit der DDR mit Ausnahme der NVA und dem MfS in einer Abteilung zusammengefasst.

- Die Abteilungsleitung der neuen Abteilung, die zugleich das Direktorat der SAPMO innehaben soll, wird für eine Übergangszeit bis zu einer Neuausschreibung im kommenden Jahr die Vizepräsidentin I des Bundesarchivs, Frau Dr. Andrea Hänger, übernehmen. Eine frühere Ausschreibung, die intern erfolgen soll, ist leider aus personaltechnischen Gründen nicht möglich.
- Zeitgleich werden die Bibliotheksreferate der bereits bestehenden Abteilung "Grundsatz und Wissenschaft" zugeordnet. Die Verantwortlichkeit für die Bibliotheksbestände der Stiftung wird weiterhin bei der Direktorin/dem Direktor der SAPMO liegen.
Diese Vorhaben sind eingebettet in eine größere Organisationsänderung. So wird beispielsweise - in Entsprechung zur neuen Abteilung DDR (einschl. SAPMO) - eine Abteilung Deutsches Reich entstehen, in der die bisherigen Abteilungen BE (Bereitstellung) und PA (Personenbezogene Auskünfte) aufgehen werden. Damit nähert sich das Bundesarchiv seinem Ziel einer Konsolidierung in drei großen zeitlich abgrenzbaren Bereichen (Deutsches Reich, DDR, BRD) an. Dies soll die Verwaltung der Unterlagen, vor allem aber ihre Bereitstellung und Benutzung durch Öffentlichkeit und Forschung erleichtern.

Gerne erläutere ich Ihnen diese Maßnahmen auf der nächsten Kuratoriumssitzung eingehend. Schon jetzt möchte ich aber betonen, dass es sich dabei um rein organisatorische Änderungen handelt, die nicht den rechtlichen Status der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv oder die Position des Kuratoriums berühren. Sie ermöglichen uns aber - davon sind wir überzeugt -, die Interessen und Wünsche unserer Benutzenden noch besser zu erfüllen.

Für Rückfragen stehen ich und Frau Dr. Hänger gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Michael Hollmann"

Aus diesen Informationen ergeben sich für uns folgende Fragen:

1. Führt die Bildung eines „Archivzentrums DDR" in Berlin-Lichterfelde zu einer schleichenden Abwicklung der besonderen Rechtsstellung der SAPMO im Bundesarchiv, wie sie seit 1992 gilt? Bislang war sie als unselbständige Stiftung eine eigenständige Abteilung im Bundesarchiv. Dies wurde durch das „Gesetz zur

Neuregelung des Bundesarchivrechts“ vom 10. März 2017 (§§ 3,4)[1] und durch den „Änderungserlass der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über die Arbeit der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv vom 4. Mai 2022“[2] bestätigt. Zeigt die im Rundschreiben angekündigte Zuständigkeitenregelung für die SAPMO, dass sie von einer unselbstständigen Stiftung mit eigener Abteilung zu einem de facto in Referate aufgeteilten Bestandteil des Bundesarchivs wird, wenngleich mit einem weiterbestehenden Kuratorium?

2. Bedeutet die Bildung von Archivzentren, dass Bestände der SAPMO ungeachtet ihrer Provenienz auf verschiedene zuständige Abteilungen in Lichterfelde aufgeteilt werden, da hier ja die Bestände des Deutschen Reiches liegen?

3. Wird die bisherige einheitliche Struktur der SAPMO aufgelöst, indem Zuständigkeiten auf neue Abteilungen verteilt werden? Erfolgt eine Teil- oder vollständige Integration der SAPMO in die organisatorische Konstitution eines Archivzentrums DDR?

4. Welche Folgen haben diese tatsächlichen oder möglichen Änderungen auf die Zugänglichkeit des Archivguts?

5. Sind diese Veränderungen vereinbar mit dem am 29.12.1992 geschlossenen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der PDS, dem Bundesarchivrecht (Gesetz v. 10. März 2017) und dem Stiftungserlass (4.5.2022)?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gregor Gysi

[1] https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl117s0410.pdf%27%5D__1732449496461 [24.11.2024].

[2] https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/rechtsgrundlagen/erlass-ueber-die-errichtung-der-sapmo/ [24.22.2024].

Der Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

POSTANSCHRIFT Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Villemobler Straße 76, 53123 Bonn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Gregor Gysi
Platz der Republik 1
11011 Berlin

MinDirig'n Maria Bering
Ständige Vertretung des Leitenden Beamten (kom.)
HAUSANSCHRIFT Köthener Straße 2, 10963 Berlin
TEL +49 30 18 681 - 44350
PC-FAX +49 30 18 681 - 544350

E-MAIL K4@bkm.bund.de
INTERNET www.kulturstaatsminister.de

DATUM Berlin, den 21. Juli 2025

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

ich beziehe mich auf Ihr Schreiben an Herrn Staatsminister Dr. Weimer vom 25. Mai 2025. Wie von Herrn Staatsminister in seinem Antwortschreiben vom 11. Juli 2025 angekündigt, gebe ich Ihnen gerne eine ausführliche Rückmeldung auf Ihre fachlichen Fragen zu den auch die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) betreffenden organisatorischen Änderungen innerhalb des Bundesarchivs.
Einige wesentliche Punkte hat bereits der Präsident des Bundesarchivs, Herr Prof. Dr. Hollmann, in der erwähnten Nachricht vom 7. November 2024 an die Mitglieder des Kuratoriums der SAPMO ausgeführt. Ihre weitergehenden Fragen greife ich gerne in der Reihenfolge Ihres Schreibens wie folgt auf:

Zu 1.
Neben der in § 4 Abs. 1 Bundesarchivgesetz (BArchG) enthaltenen Festlegung der SAPMO als unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts im Bundesarchiv und der Regelung ihrer gesetzlichen Aufgaben in § 4 Abs. 2 enthält das BArchG keine konkreten Vorgaben zur organisatorischen Ausgestaltung der SAPMO. Entsprechend bestimmt § 4 Abs. 4 BArchG, dass organisatorische Einzelheiten der SAPMO von der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde geregelt werden. Vor diesem Hintergrund haben die organisatorischen Anpassungen, die das Bundesarchiv mit der Zustimmung meines Hauses Anfang November 2024 vollzogen hat, auch keinen Einfluss auf die Rechtsstellung der SAPMO. Diese ist im Einklang mit dem BArchG und der Erlasslage weiterhin eine unselbständige Stiftung des öffentlichen Rechts im Bundesarchiv, worauf auch schon

Prof. Hollmann entsprechend hingewiesen hatte. Veränderungen an den Beständen der SAPMO oder ein Zusammenlegen mit anderen Beständen waren mit der Umorganisation nicht verbunden. Die Funktion des Direktors bzw. der Direktorin der Stiftung wurde der Leitung der neuen Abteilung „DDR (einschließlich SAPMO)" übertragen. Diese Funktion ist weiterhin direkt dem Präsidenten des Bundesarchivs unterstellt.
Die audiovisuellen Bestände der SAPMO wurden auch schon vor der Umorganisation von der Abteilung FA (neu AV) verwaltet und sind dort für Benutzerinnen und Benutzer zugänglich. Weitere Aufgaben, wie z. B. die Digitalisierung im Rahmen der Bestandserhaltung oder der Magazindienst der Bibliothek, oblagen ebenfalls bereits anderen Abteilungen.

Entsprechend dem Masterplan zur künftigen Standortentwicklung des Bundesarchivs ist für die künftige Lagerung der Archivbestände eine Gliederung nach zeitgeschichtlichen Epochen vorgesehen, die Prof. Hollmann in seiner E-Mail vom 7. November 2024 ebenfalls bereits kurz skizziert hat:

- Unterlagen Deutsches Reich in Berlin-Lichterfelde,
- Unterlagen DDR in Berlin-Lichtenberg,
- Unterlagen Bundesrepublik Deutschland in Koblenz.

Die Bestände der SAPMO sind in diesem Kontext den Unterlagen aus DDR-Provenienz zugeordnet und sollen langfristig am Standort Berlin-Lichtenberg untergebracht werden. Mit Blick darauf wurde die Abteilung „DDR (einschließlich SAPMO)" eingerichtet.

Zu 2.
In Lichterfelde sind zurzeit die Bestände der zivilen Reichsbehörden, der zivilen staatlichen Stellen der DDR (ohne Ministerium für Staatssicherheit) sowie die Bestände der SAPMO untergebracht. Die Bestände der SAPMO verbleiben auch nach der Reorganisation separat entsprechend ihrer Provenienz. Eine Vermischung mit anderen Beständen ist in dieser Konstellation durch die räumliche Unterbringung und auch durch organisatorische Maßnahmen ausgeschlossen.

Zu 3.
Die Bestände der SAPMO bleiben ihrer Provenienz entsprechend separat. Lediglich die Bearbeitung der Bestände (Erschließungsarbeiten, Benutzungsanfragen, Digitalisierung) erfolgt in Organisationseinheiten, in denen auch Bestände anderer DDR-Provenienzen bearbeitet werden. Die Arbeit mit und an den Beständen der SAPMO wird weiterhin jährlich über den Tätigkeitsbericht dem Kuratorium detailliert vorgestellt.

Zu 4.
Die Organisationsmaßnahme zieht keine negativen Änderungen für die Zugänglichkeit des Archivgutes nach sich. Sie bleibt – wie bisher – erhalten und wird vielmehr sogar noch verbessert. Da die Organisationseinheiten in der neuen Struktur größer sind und entsprechend über größere Personalkapazitäten verfügen, kann auf Schwankungen im Arbeitsaufkommen besser reagiert werden. Durch die Priorisierung der Bearbeitungen können Benutzungsanfragen zu den SAPMO-Beständen schneller bearbeitet und die Wartezeiten für die Antragstellenden reduziert werden.

Zu 5.
Das in den gesetzlichen Regelungen zur Bildung der SAPMO aus dem Jahr 1992 enthaltene Ziel der Einrichtung einer unselbständigen Stiftung des öffentlichen Rechtes innerhalb des Bundesarchivs wird durch die Organisationsmaßnahme nicht eingeschränkt. Die dem Bundesarchiv zugeordneten Unterlagen, Materialien und Bibliotheksbestände zur deutschen Geschichte, insbesondere zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, bleiben separat und vollständig erhalten, werden auf Dauer gesichert, durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesarchivs nutzbar gemacht und durch die Übernahme entsprechender Nachlässe ggf. auch weiter ergänzt.
Ich hoffe, dass ich mit diesen Ausführungen verdeutlichen konnte, dass die organisatorischen Maßnahmen die Rechtsstellung der SAPMO und ihres Kuratoriums in keiner Weise beeinträchtigen. Letztlich kommt die organisatorische Weiterentwicklung des Bundesarchivs, wie geschildert, auch den Benutzerinnen und Benutzern der SAPMO zugute. Für die nächste Sitzung des Kuratoriums der SAPMO hat der Präsident des Bundesarchivs angeboten, die organisatorischen Maßnahmen eingehender zu erläutern.
Für eventuelle Rückfragen können Sie sich gerne an mich wenden.

Abschließend möchte ich an dieser Stelle der Vollständigkeit halber nicht unerwähnt lassen, dass der von Ihnen erwähnte Erlass über die Arbeit der SAPMO zum 16. Mai 2025 erneuert worden ist. Dies war erforderlich, weil aus dem Bereich der Archivgut abgebenden Stellen und anderen betroffenen Stellen zwei Vertretungen dauerhaft aus dem Kuratorium ausgeschieden sind. In diesem Zusammenhang wurde das Kuratorium – auch im Sinne der Verwaltungsvereinfachung – zusätzlich im Bereich der Vertretung durch den Deutschen Bundestag und durch die Bundesregierung proportional verkleinert. Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kuratoriums wurden darüber bereits informiert.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Bering
Ständige Vertretung des Leitenden Beamten (kom.)

Interview

Interview mit Marga Voigt

Marga Voigt ist gelernte Slawistin und wissenschaftliche Bibliothekarin. Sie hat sich als Editorin und Herausgeberin bzw. Mitherausgeberin einen Namen gemacht. So gab sie den Editionsband „Clara Zetkin. Die Kriegsbriefe (1914-1918), Berlin 2016" heraus und gemeinsam mit Jörn Schütrumpf den Editionsband „Clara Zetkin. Revolutionsbriefe (1919-1923), Berlin 2023". Gemeinsam mit Reiner Zilkenat begründete sie bei Edition Bodoni 2014 die Reihe „Zwischen Revolution und Kapitulation – Forum Perspektiven der Geschichte", und beide gaben als Band 1 die Arbeit von Henryk Skrypzak heraus: Als es „ums Ganze" ging. Gewerkschaften zwischen Revolution und Kapitulation. 1918-1933. Gemeinsam mit Rainer Holze erschien der Band 2: 1945 – Eine „Stunde Null" in den Köpfen? Zur geistigen Situation in Deutschland nach der Befreiung vom Faschismus, Buskow 2016. Sie ist Autorin des Clara Zetkin-Eintrags im 28. Band der Neuen Deutschen Bibliographie, Berlin 2024, S. 664-667. Marga Voigt ist langjähriges Mitglied unseres Förderkreises und gehört dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Zeitschrift seit dessen Gründung im Mai 2019 an.

Liebe Marga, wie bist Du zu unserem Förderkreis gekommen? Was hat Dich zu dessen Mitgliedschaft bewogen?

Um die Mitgliedschaft im Förderkreis bewarb ich mich, als ich mir selbst die Aufgabe gestellt hatte, die Briefe von Clara Zetkin zu edieren. Die Idee einer Clara Zetkin-Briefedition entstand einmütig unter den Referentinnen und Referenten auf dem internationalen Kolloquium der Rosa Luxemburg-Stiftung zu Ehren des 150. Geburtstages von Clara Zetkin: „Clara Zetkin in ihrer Zeit", unter der Leitung von Frau Prof. Setsu Ito aus Japan und Dr. Ulla Plener, an der ich im Jahr 2007 als Gast teilnahm. Ein Jahr darauf erschien der lesenswerte Konferenz-Band, herausgegeben von Ulla Plener in der Reihe: RLS Manuskripte 76. Und ich fragte die vielbeschäftigte Historikerin immer wieder, wenn ich sie auf den historischen Veranstaltungen im Rahmen der RLS traf, nach den Plänen um den Stand der Zetkin-Brief-Edition, denn ich würde mich gern an diesem Projekt beteiligen: Historisch-wissenschaftliche Arbeit liege mir und an Fleiß solle es nicht fehlen. Ulla Plener antwortete, keiner der Historiker fände Zeit, sie hätten alle ihre eigenen Projekte. Da wandte ich mich an den Bereich Geschichte der RLS mit meinem eigenen Vorschlag einer Clara Zetkin-Briefedition und stieß auf sachkundige Unterstützung, insbesondere bei Jörn Schütrumpf. Um fachliche Unterstützung bat ich dann bei den Historiker-Kollegen des Förderkreises, die mich als

Mitglied aufgenommen hatten. Ich fand sie ganz besonders bei Eckhard Müller und Ottokar Luban.

Von Anbeginn gehörst Du dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was veranlasste Dich, in ihm mitzuarbeiten?

Ich wurde von der Leitung des Förderkreises zur Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beirat eingeladen und schlug sie nicht aus. Ich wünschte mir einen intensiveren Austausch der Beiratsmitglieder untereinander, allerdings habe ich selbst auch nicht die Initiative dazu ergriffen.

Was sollte der Beirat Deiner Meinung nach leisten? Welche konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorschläge hast Du in diesem Kontext? Liegen aus Deiner Sicht Vorschläge aus den vorangegangenen Interviews vor, die Du hervorheben würdest?

Hervorheben möchte ich den Appell von Matthias Dohmen: Weitermachen! Die *Mitteilungen* sind ein Fachinformations-Blatt mit Schwerpunkt Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung und den neuesten Forschungen aus ihren Quellen: Ein Muss für die Forschung, ein Wegweiser für die Interessierten. Ohne Archive kein Gedächtnis und „Ohne Gedächtnis keine Zukunft", wie Bärbel Förster (Hrsg.) 2019 die Edition zum 20-jährigen Bestehen des Archivs Demokratischer Sozialismus bei der RLS nannte. Laut Internationalem Archivrat (gegr. 1948 mit Sitz in Paris) geht es um die bestmögliche Erhaltung, Pflege und Zugänglichkeit des archivalischen Kulturerbes der Welt. Ich meine, das Schriftgut der historischen nationalen Arbeiterbewegungen gehört dazu. „Archive rechnen sich nicht, aber sie zahlen sich aus", heißt es in dem RLS-Band. Bei der Durchsicht meiner Clara Zetkin-Briefdokumente für die Jahre nach 1923 bin ich in zwei Briefen auf den Namen der Künstlerfamilie Walkotte gestoßen und fand bei meiner Internet-Recherche nach dem Künstlerpaar nicht auf der Web-Seite eines Archivs, sondern bei Kotte Autographs zwei handschriftliche Briefe Clara Zetkins an die Genossin (Margarete) Walkotte (22.3.31) und den Genossen (Emil) Walkotte (24.2.1931) zu seinem 70. Geburtstag: https://www.kotte-autographs.com/de/autograph/zetkin-clara/#72978. Die beiden Briefe sind für 18.500 und 12.500 € zu erwerben.

Wie schätzt Du die „Mitteilungen" ein, wobei Du vor allem die beiden letzten Hefte 66 und 67 berücksichtigen solltest? Hast Du ggf. Verbesserungsvorschläge? Siehst Du Möglichkeiten für eine Verbreiterung des Kreises der Leserinnen und Leser?

Eindrücklich finde ich die Beiträge über GründerInnen und FörderInnen regionaler Archive zur Arbeiter- und Frauenbewegung, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern – speziell mit Gedenkorten – ein besonderes, nämlich historisches, Nachdenken ermöglichen über den Ort ihres Wohnens, ein Vertraut-Werden mit

seiner Geschichte und ein Wecken von Neugier auf aktive Menschen in ihrem historischen Kontext. Die Gewinnung neuer Leserinnen und Leser sehe ich auf dem gleichen Wege – zu ihnen gehen, sonst bleiben wir unter uns.

Du hast ja bereits zwei gewichtige Bände mit Briefen Clara Zetkins ediert und betreust auch die Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder. Was sind Deine Beweggründe, Dich gerade so intensiv mit Clara Zetkin zu beschäftigen?

Im Förderverein der Clara Zetkin Gedenkstätte bin ich Mitglied geworden nach einer Lesung von zwei Schauspielerinnen aus dem Briefwechsel von Rosa Luxemburg und Clara Zetkin in der Volksbühne, bei der mir bewusst geworden war, dass ich von Clara Zetkin als Mensch viel zu wenig wusste. Und die Lesung ihrer Briefe machte mich richtig neugierig auf sie. Da sprach ich Christine Gohsmann (Archiv der RLS), eine Förderin der eben gehörten Lesung, an und sie hat mich zu einer Veranstaltung des Clara Zetkin-Fördervereins nach Birkenwerder eingeladen. Das Vorhaben des Vereins, Clara Zetkins Werk in deren letztem Wohnsitz in Deutschland, der Gemeinde Birkenwerder, öffentlich und zugänglich zu erhalten, hat mich beeindruckt und seitdem bin ich gern dort Mitglied und tätig. Eben das ist die Konsequenz meiner wissenschaftlichen Arbeit, für die ich Verantwortung fühle: das Wissen, was ich erworben habe, mit den Menschen zu teilen, die ebenfalls zu Clara Zetkin forschen, die ich an den Orten, wo Clara Zetkin wirkte, treffe oder die anderenorts zu meinen Lesungen aus Clara Zetkins Briefen kommen.

Berühren möchte ich die Menschen und ermutigen, im Streben nach Veränderung im eigenen Leben, nach Gleichberechtigung und Gleichverpflichtung, nach sozialem Zusammenhalt. Ich möchte mit meinen Lesungen den Menschen Helferin sein bei der Suche nach Verbündeten, mit denen gemeinsam sich die eigene Welt lebenswerter machen lässt, wie es Clara Zetkin tat: Netzwerke knüpfen im Leben, im Kampf für Veränderungen in der Gesellschaft, wenn man sich ein gemeinsames politisches Ziel setzen und erreichen will. Inzwischen haben wir Clara Zetkin-Forscherinnen und -Forscher und national und international vernetzt und neue junge Frauen und Männer schließen sich an; ich denke da z. B. an das Aktionsbündnis „Kein Knoten für Zetkin“ in Tübingen https://keinknoten.wordpress.com/.

An welchen Projekten möchtest Du gern noch arbeiten?

Ein Wunsch-Projekt nach meinen Herzen wäre, der jungen Generation Vermittlerin sein zu können über das Leben und die Briefe von Clara Zetkin – seien es Lesungen, Texte, Gesprächsrunden oder andere Formate der politisch-historischen Bildung. Ich möchte sie bekannt machen mit der Vorkämpferin für Frauenrechte als eine Streitende und Schaffende, die sich nach abgeschlossener Sprach-Lehre-

rinnen-Ausbildung – vor mehr als 150 Jahren – aus traditionellen familiären und gesellschaftlichen Fesseln befreite, die sich als selbständig Denkende und Handelnde autodidaktisch weiter bildete im politischen Kampf im Pariser Exil. Und die dort, auf dem Gründungskongress der II. Sozialistischen Internationale im Ausgang des 19. Jahrhunderts, als Rednerin erstmals Ziel und Weg einer internationalen proletarischen Frauenbewegung formuliert, ihr ein Leben lang Maß und Profil gegeben hat und die 1923 vor dem Faschismus warnte. Wenn Erfolg und Sieg auch ausblieben, Clara Zetkin wurde nicht müde, national und international AnhängerInnen für den gemeinsamen Kampf zu werben und zu schulen, gegen männliche Bevormundung in den Arbeiterparteien zu opponieren, sich immer weiterzubilden, um sich mit den Entschlossensten der internationalen proletarischen Arbeiterbewegung in Theorie und Praxis anzuschließen und sie voranzutreiben.

Wie schätzt Du den gegenwärtigen Stand der Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR ein?
Im Verbund der Rosa Luxemburg-Stiftungen in Berlin und Brandenburg habe ich, in ABM und freiberuflich, aktiv Anteil nehmen dürfen an Forschungen zur Geschichte der DDR und der deutschen Arbeiterbewegung im Veranstaltungs- und Publikations-Bereich zahlreicher Konferenzen und Editionen zum Thema. Der Vorwurf der etablierten Parteien gegenüber der PDS und deren parteinaher Stiftung, die eigene Geschichte nicht ausreichend aufzuarbeiten, schien mir absurd, hinsichtlich der wachsenden Zahl von Forschungsprojekten und Publikationen zur DDR- und Partei-Geschichte und zur Arbeiterbewegung.

Den gegenwärtigen Stand kann ich nicht wirklich einschätzen, nur scheinen mir die Geschichte der innerparteilichen Brüche seit den ersten Arbeiterparteien-Gründungen und das endlose Band von undemokratischer innerparteilicher Regenten-Herrschaft mit den stets wiederkehrenden Zersplitterungen und Neugründungen und – nicht zuletzt – der Mangel an gelebter Solidarität in ihren nationalen und internationalen Vereinigungen wohl dokumentiert, dennoch unzureichend aufgearbeitet.

Wir danken Dir für den anregenden Meinungsaustausch!

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

Besondere Zeitdokumente

Punks, Skinheads, Gruftis und der Generationenkonflikt in der DDR

In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre machten sich deutliche Erosionserscheinungen innerhalb der FDJ bemerkbar. Immer mehr nicht mehr von der FDJ erfasster jugendlicher Gruppen schossen aus dem Boden. Gemeinsam war diesen Gruppierungen,

dass sie die bürgerliche Lebensweise verherrlichten und nachahmten sowie antisozialistische Einstellungen vertraten;

westliche Forderungen nach Beseitigung der Grenzsicherungsanlagen, uneingeschränkte Reisefreiheit und Genehmigung von Übersiedlungen unterstützten;

eine mangelnde Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Aufgaben und Pflichten zeigten.[1]

Erst im Oktober 1989 kam der Zentralrat der FDJ den Hintergründen für die Erosionserscheinungen in der FDJ auf die Spur, wie Eberhard Aurich in seinen Erinnerungen bekannte. In einer Vorlage von Anfang Oktober 1989, die am 10. Oktober im Politbüro behandelt werden sollte, wurde eine sehr kritische Lageanalyse vorgenommen. Erich Honecker bezeichnete den Text dieser Vorlage als den „größten Angriff der FDJ auf die Parteiführung seit 1949".[2] Zugleich forderte Honecker von Egon Krenz, den Leiter der Abteilung Jugend, Gerd Schulz, von seiner Funktion zu entbinden. Die Vorlage der FDJ wurde am 10. Oktober 1989 nicht behandelt. Erst beim Schreiben seiner Erinnerungen brachte Aurich das Wesen des Konflikts auf den Punkt: „Es wird nicht erkannt und deshalb auch nicht benannt, dass es offensichtlich einen tiefgreifenden Generationenkonflikt in der DDR gibt."[3] Der Text der im Politbüro nicht behandelten Vorlage „Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend" wurde von Aurich erstmals in seinen Erinnerungen veröffentlicht. Auf zwei Passagen sei hier hingewiesen:

Entscheidungen der Führung für die Jugendlichen undurchschaubar

„Viele Jugendliche meinen, dass unsere Propaganda (in Reden und Medien) den Sozialismus in der DDR schöner und besser darstellt, als sie ihn empfinden. Deshalb gibt es eine starke Ablehnung der Berichterstattung in den Medien und des derzeitigen Umgangs mit Statistik. Die Grundthese des VIII. Parteitags über den Sinn des Sozialismus, alles für das Wohl des Volkes zu tun, wird für viele Jugendliche durch ständige Wiederholung zur Phrase. Jugendliche verstehen nicht,

1 Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2258, Bl. 105.

2 Eberhard Aurich: Zusammenbruch. Erinnerungen, Dokumente, Einsichten. Berlin 2020, 2. (korr.) Auflage, S. 177.

3 Ebenda, S. 178.

warum man für das, was man selbst leistet, sich bei Partei und Staat bedanken soll, zumal viele meinen, es könnte mehr geleistet werden. Der personengebundene Dank an den Generalsekretär der Partei für die Politik wird abgelehnt.[4]

Als eine entscheidende Ursache für den ungenügenden Dialog der Parteiführung mit der Bevölkerung sehen Jugendliche die Tatsache, dass Mitglieder der Parteiführung, aber auch leitende Genossen in den Bezirken zu alt und nicht dynamisch genug sind. Die Diskussion um Privilegien von Funktionären ist anhaltend und wird auch durch bestimmtes Verhalten einzelner genährt. (Debatten um ‚Sonderläden', Häuser, PKW, Protektion bei der Berufswahl und Wohnungen für eigene Kinder, nicht um Gehälter). Viele regt auf, dass Besuche von Funktionären so vorbereitet werden, dass ein geschöntes Bild der Realität vermittelt wird (Protokollrundgänge, Spalier, Straßen werden repariert, Begleitung durch eine Vielzahl weiterer Funktionäre).

Jugendlichen erscheinen viele Entscheidungen der Gesellschaft und ihrer Führung undurchschaubar. Für sie ist immer ‚oben' etwas entschieden oder beschlossen. Sie fühlen sich bei fast keiner Angelegenheit gefragt. Unter jungen Abgeordneten gibt es aufgrund der erlebten Praxis viele Unsicherheiten und teilweise Resignation hinsichtlich ihrer tatsächlichen Verantwortung und der realen Möglichkeiten als Interessenvertreter. Abgeordnete der FDJ-Fraktion der Volkskammer sind empört darüber, dass sie von SED-Kreisleitungen und aus der Aktuellen Kamera davon erfahren, dass im nächsten Jahr Volkswahlen sein sollen. Sie halten diesen Termin außerdem für unklug, weil ihrer Meinung nach keine Zeit für eine wirkliche Volksaussprache bleibt. Junge Abgeordnete sehen sich in ihrer Verantwortung vor den Wählern getäuscht, wenn die ihnen rechenschaftspflichtigen Räte und Organe etwas anderes tun, als von den Volksvertretungen beschlossen. Sie wissen oft nicht, mit welchen Mitteln sie gegen solche Verletzungen der sozialistischen Demokratie vorgehen können."[5]

Nichtbefriedigung berechtigter Bedürfnisse Jugendlicher

„Generell verstehen Jugendliche nicht, warum man mit Ausnahme des Grundbedarfs nicht zielgerichtet einkaufen gehen kann, sondern immer ‚auf Achse' danach sein muss, ob es ‚was gibt'. Sie finden deshalb das Konsumgüterangebot und den Handel in kapitalistischen Ländern in höchstem Maße attraktiv, wo die Losung ‚Gut einkaufen – schöner leben' gilt. Argumente, die darauf verweisen, dass wir im Gegensatz zur ‚kapitalistischen Verschwendung' bedarfsgerecht produzieren, werden nicht akzeptiert. Grundsätzlich abgelehnt werden die Argumentationen der Parteiführung, dass die DDR über einen höheren Lebensstandard als die BRD verfügt. Sie verweisen auch auf solche Tatsachen wie die oft grauen Häuser, schlechte Straßen, verschmutzte Eisenbahnzüge, den Zustand der Sanitäreinrich-

4 Ebenda, S. 195.
5 Ebenda, S. 197.

tungen, die schlechte Versorgung auf Zeltplätzen und in Urlauberzentren.[6]

Verschärft wird das ganze Problem dadurch, dass man für Westgeld (Schwindelkurs zurzeit 1:10) im Intershop oder im Schwarzhandel zu all diesen begehrten Artikeln Zugriff hat. Diese ‚zweite Währung' ist für viele Anlass, die durch die Verwandtensituation bedingte ‚Ungerechtigkeit' zu beklagen. PKW und Telefonanschluss liegen für viele Jugendliche auf legalem Wege in ferner Zukunft (Kauf eines neuen PKW mit 32 Jahren frühestens!)."[7]

Bereits am 2. Februar 1988 hatte das Politbüro eine 14 Seiten umfassende Vorlage des Zentralrats der FDJ zur Lage der Jugend in der DDR behandelt. Die Vorlage führte Fehlentwicklungen ausschließlich auf „Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluss auf die Jugend zu nehmen",[8] zurück. Ursachen für Fehlentwicklungen in der DDR-Gesellschaft wurden ausgeblendet. Von Interesse ist indes der damalige Erkenntnisstand über die seinerzeit in der Jugend der DDR neben der FDJ wirkenden Gruppierungen. Diese Passagen aus der Vorlage des Zentralrats der FDJ werden im Folgenden als Dokument abgedruckt.

Als Resümee fasste der ZR der FDJ in der Politbüro-Vorlage zusammen: **„Insgesamt ist jedoch einzuschätzen, dass die politisch-ideologische Arbeit noch nicht alle Jugendlichen erreicht.** Insbesondere darf nicht zugelassen werden, dass sich ein Teil der Jugendlichen dem ideologischen Einfluss der FDJ, der Schule, des Arbeitskollektivs und des Elternhauses entzieht."[9]

Wahrlich ein frommer Wunsch!

Siegfried Prokop

Dokument
(Quelle: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2/2258, Bl. 101, 106-108)

Siehe die 4 folgenden Seiten

6 Ebenda, S. 204.
7 Ebenda.
8 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/2258, Bl. 101.
9 Ebenda, Bl. 112.

Anlage Nr. 8 zum Protokoll Nr. 5 vom 2. Februar 1988

Betreff: - Information des Zentralrates der FDJ über Versuche des Klassenfeindes, verstärkt politisch-ideologischen Einfluß auf die Jugend zu nehmen.

- Maßnahmen der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit a l l e n Jugendlichen.

Beschluß:

1. Die Information und die Schlußfolgerungen des Zentralrates der FDJ zur Verbesserung der politisch-ideologischen Arbeit mit a l l e n Jugendlichen werden zur Kenntnis genommen.
(Anlage)

2. Die Bezirksleitungen der SED beschließen Maßnahmen zur Unterstützung der FDJ für die politisch-ideologische Arbeit im "FDJ-Aufgebot DDR 40".

3. Die Information und die Maßnahmen erhalten
- die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED,
- die Leiter der Abteilungen des Zentralkomitees,
- der 1. Sekretär des Zentralrates der FDJ.

Gruppierungen haben in der Regel einen sogenannten harten Kern und einen größeren Kreis von Sympathisanten, die sowohl in ihrem Äußeren als auch in ihren Verhaltensweisen nicht in extremer Form in Erscheinung treten. Es gibt Jugendliche, die nur in der Freizeit ihr Äußeres verändern und sich nur kurzzeitig und weniger intensiv einer Gruppierung zuwenden.

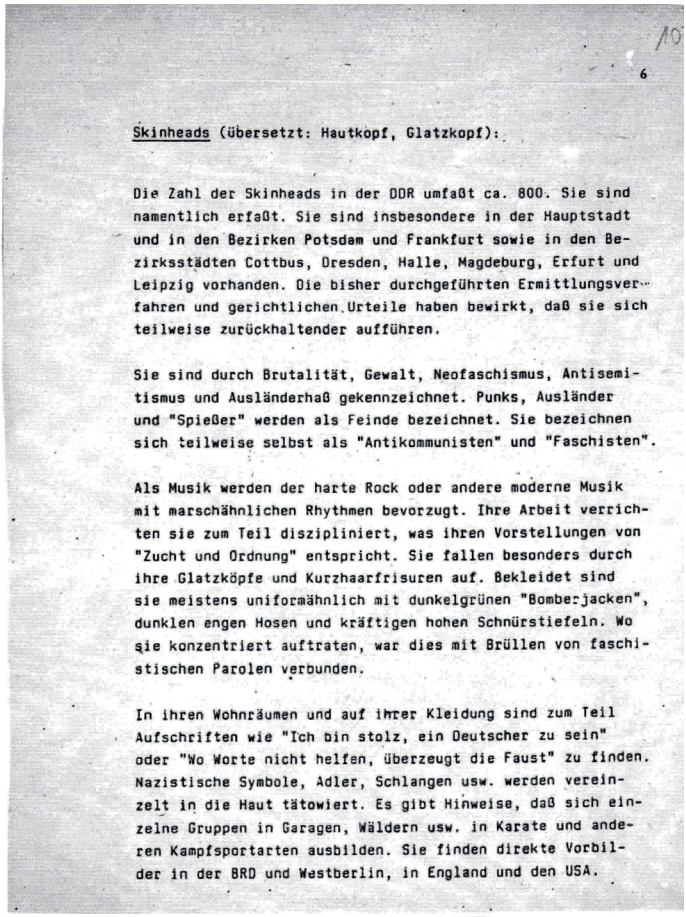
Die FDJ bleibt dabei, jeden Jugendlichen vor allem an seiner Haltung und seinen Leistungen für den Sozialismus und nicht an seiner äußerlichen Erscheinung zu messen.

2. Durch den westlichen Einfluß zeigen sich in der DDR unter bestimmten Teilen der Jugend auch folgende Erscheinungen, deren Anhänger sich überwiegend in Gruppierungen zusammengeschlossen haben:

Punks (übersetzt: Dreck oder Mist)

Sie sind in ihrem Verhalten betont auffällig und provozierend. Anarchieauffassungen sind zunehmend feststellbar. Sie protestieren gegen jeden und alles, verbreiten eine Stimmung des Unverstandenseins und der Perspektivlosigkeit. Sie haben gering entwickelte gesellschaftliche Interessen. Ihr Lebensideal sehen sie im Alkoholtrinken, im Herumgammeln und im Hören von Punkmusik. Sie tragen vorwiegend zerschlissene und abgetragene Kleidung. Sie wird meistens ergänzt durch Nieten, Hundehalsbänder, Riemen, Ketten, Anstecker mit Aufschriften, wie "no future" - keine Zukunft, "hate" - Haß. Meistens färben sie ihre Haare in auffälligen Farben und tragen Phantasiefrisuren.

Zum Teil treten sie in kirchlichen Einrichtungen auf. Die Zahl nahm in letzter Zeit durch ein Überwechseln zu den Skin-



6

Skinheads (übersetzt: Hautkopf, Glatzkopf):

Die Zahl der Skinheads in der DDR umfaßt ca. 800. Sie sind namentlich erfaßt. Sie sind insbesondere in der Hauptstadt und in den Bezirken Potsdam und Frankfurt sowie in den Bezirksstädten Cottbus, Dresden, Halle, Magdeburg, Erfurt und Leipzig vorhanden. Die bisher durchgeführten Ermittlungsverfahren und gerichtlichen Urteile haben bewirkt, daß sie sich teilweise zurückhaltender aufführen.

Sie sind durch Brutalität, Gewalt, Neofaschismus, Antisemitismus und Ausländerhaß gekennzeichnet. Punks, Ausländer und "Spießer" werden als Feinde bezeichnet. Sie bezeichnen sich teilweise selbst als "Antikommunisten" und "Faschisten".

Als Musik werden der harte Rock oder andere moderne Musik mit marschähnlichen Rhythmen bevorzugt. Ihre Arbeit verrichten sie zum Teil diszipliniert, was ihren Vorstellungen von "Zucht und Ordnung" entspricht. Sie fallen besonders durch ihre Glatzköpfe und Kurzhaarfrisuren auf. Bekleidet sind sie meistens uniformähnlich mit dunkelgrünen "Bomberjacken", dunklen engen Hosen und kräftigen hohen Schnürstiefeln. Wo sie konzentriert auftraten, war dies mit Brüllen von faschistischen Parolen verbunden.

In ihren Wohnräumen und auf ihrer Kleidung sind zum Teil Aufschriften wie "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein" oder "Wo Worte nicht helfen, überzeugt die Faust" zu finden. Nazistische Symbole, Adler, Schlangen usw. werden vereinzelt in die Haut tätowiert. Es gibt Hinweise, daß sich einzelne Gruppen in Garagen, Wäldern usw. in Karate und anderen Kampfsportarten ausbilden. Sie finden direkte Vorbilder in der BRD und Westberlin, in England und den USA.

Skinheads treten durch Störungen der Ordnung und Sicherheit, insbesondere auf Fußballplätzen, bei Volksfesten, in Gaststätten und einzelnen Jugendklubs in Erscheinung. Sie schlagen oftmals grundlos auf Bürger, Angehörige der Sicherheitsorgane und andere Ordnungskräfte ein.

Heavy-metal-Fanklubs (übersetzt: Schwermetall):

Ausgeprägt ist die Verherrlichung von Gewalt. Vereinzelt gibt es auch Auffassungen des Neofaschismus. Sie hören fast ausschließlich und fanatisch westliche Musik im Heavy-metal-Stil. In einigen Bezirken bildeten sich "Heavy-metal-Fanklubs".

Die Anhänger dieser Richtung tragen schwarze Phantasiekleidung die an faschistische und militärische Uniformen erinnert (mit vielen Metallnieten, zum Teil auch Ketten und Schlagringen). Einzelne Gruppierungen haben Namen von westlichen Musikgruppen und terroristischen Gruppen des westlichen Auslandes, wie z.B. RAF.

In der DDR haben sich noch andere Gruppierungen, wie z. B. der "Popper", "New Romantics" und "Gruftis", herausgebildet. Diese lehnen Gewalt ab. Pazifistische Tendenzen und politisches Desinteresse sind vorherrschend. Die "New Romantics" bezeichnen sich als "Aussteiger". Die "Gruftis" glauben an eine "Seelenwanderung" bei Toten. Sie versammeln sich auf Friedhöfen und setzen sich oftmals in den Besitz von Sarg- und Urnenteilen.

Bei allen Richtungen gibt es Abweichungen. Es gibt auch Verwischungen zwischen den einzelnen Gruppierungen. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen kommt es oftmals zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern dieser Gruppen.

Vortrag

Teure Kaffeekränzchen oder Beitrag zur Emanzipation? Das Internationale Jahr der Frau 1975 im geteilten Deutschland[1]

Auf der 29. Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNO) 1972 wurde für 1975 ein ‚Jahr der Frau' beschlossen. Es sollte unter dem Motto „Gleichheit, Entwicklung, Frieden" stehen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik waren 1973 den Vereinten Nationen (UNO), einem Zusammenschluss von 193 Staaten, beigetreten. Seit 3. Oktober 1990 ist das vereinte Deutschland ein Mitgliedsstaat. Die wichtigste Aufgaben der UNO sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, der Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Wie entstand das Internationale Jahr der Frau?

Der Vorschlag, das Jahr 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau" (IWY) zu erklären, kam von der dem Ostblock nahestehenden NGO „Women's International Democratic Federation" (WIDF), der auch der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), die Frauenorganisation der DDR angehörte. Ausgangspunkt war die unbefriedigende Lage von Frauen in allen Ländern der Welt und die Bedrohung des Weltfriedens. Wobei sich die Situation in den Industriestaaten und in den sog. „Entwicklungsländern" unterschiedlich darstellte, es jedoch viele Probleme gab, die sich für alle Frauen gemeinsam stellten. Übereinstimmend herrschte in der UNO die Überzeugung, dass Frauen bis dahin noch in keinem Land voll in die jeweilige Gesellschaft integriert sind. Und zwar unabhängig von der jeweiligen Gesellschafts- und Staatsform. Die Frauenbewegungen in den beiden deutschen Staaten setzten eigene Akzente.

Als Symbol für das Internationale Jahr der Frau wurde eine stilisierte (Friedens-)Taube auf blauen Grund gewählt, in die ein Venussymbol und ein Gleichheitszeichen eingebracht wurden. Es wurde von der New Yorker Grafikerin Valerie Pettis (geb. 1946) gestaltet.

Präsidentin des Internationalen Vorbereitungskomitees war die australische Kommunistin, Feministin und Aktivistin Freda Brown (1919-2009). Die finnische Politikerin und Frauenrechtlerin Helvi Sipilä (1915-2009), die bereits 1972 als erste Frau stellvertretende Generalsekretärin der UNO geworden war, wurde Generalsekretärin.

Gleichzeitig zum Jahr der Frau wurde von der UNO der 8. März als „Tag

1 Gekürzter und überarbeiteter Vortrag vom 13. März 2025 im Bundesarchiv in Berlin.

der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ etabliert. Schließlich tobte nicht nur der Krieg in Vietnam, sondern auch der Kalte Krieg, der mit zunehmender Aufrüstung und Drohungen zwischen West und Ost ausgetragen wurde.

Was wollte das Internationale Jahr der Frau?

Die Ziele des Internationalen Jahres der Frau waren klar formuliert und umfassten die Förderung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen, die volle Integration der Frauen in die Entwicklungsanstrengungen der Vereinten Nationen und die Anerkennung des wachsenden Beitrags von Frauen zu freundschaftlichen Beziehungen, Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Weltfrieden.

Auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene sollten Programme entwickelt werden, um neue Aktionspläne für Frauenrechte voranzutreiben. Die Frauenkommission und der Wirtschafts- und Sozialrat der UN betonten dabei die Verbindung zwischen Frauenrechten, Menschenrechten, wirtschaftlichen Rechten, Familienrechten und politischer Teilhabe. Ein besonderes Ziel war die Bekämpfung des Analphabetismus und eine Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit. Die Vereinten Nationen strebten nicht nur eine größere Beteiligung der Frauen in den Industriestaaten an, sondern wollten auch in den sogenannten „Entwicklungsländern“ eine stärkere Einbeziehung der Frauen in die gesellschaftlichen und politischen Prozesse erreichen. Im Kontext der Friedensförderung sollten Frauen motiviert werden, sich „für die internationale Entspannung sowie für die Bekämpfung des Kolonialismus, Neo-Kolonialismus, ausländische Beherrschung und Unterdrückung wie Apartheid und Rassendiskriminierung auszusprechen“.

Während des Jahres fanden in zahlreiche Ländern Veranstaltungen statt, die sich mit der weltweiten Situation der Frauen beschäftigten. Hier soll über die beiden großen Kongresse in Mexiko-Stadt und in Berlin, der damaligen Hauptstadt der DDR, berichtet werden.[2] Anschließen wird auf die Feierlichkeiten in der BRD, damals war die Bundeshauptstadt Bonn, eingegangen werden, und abschließend wird gefragt, was das für uns heute bedeutet.

Die erste UN-Weltfrauenkonferenz

Vom 19. Juni bis zum 22. Juli 1975 wurde in Mexiko-Stadt im Rahmen des UNO-Jahrs der Frau die erste sechstägige UN-Weltfrauenkonferenz abgehalten. Warum Mexiko? Als Frauen von New Yorker NGOs erfuhren, dass die zentrale Veranstaltung des IWY in Ost-Berlin – „hinter dem Eisernen Vorhang“, stattfin-

2 Siehe auch Gisela Notz: Vor 50 Jahren: Das Internationale Jahr der Frau 1957, in: Sozialistische Zeitung (SoZ) vom 1. Juni 2025.

den würde, setzte sich das US-Außenministerium für eine internationale Konferenz in Mexiko-Stadt ein.

Ausgerechnet Mexiko-City, die Hauptstadt des lateinamerikanischen Machismo. Aber offensichtlich war kein Land erpicht darauf, eine Frauenkonferenz durchzuführen. Mexikos Präsident bot den Tagungsort angeblich an, weil er mit dem Posten des UN-Generalsekretärs liebäugelte. Mexiko-City hat aber auch eine dynamische Frauen- und feministische Bewegung, die durch die Frauenkonferenz noch lebendiger wurde.

Während der offiziellen Weltkonferenz diskutierten etwa 6.000 Delegierte aus 133 Staaten, 31 zwischenstaatlichen und 113 nichtstaatlichen Organisationen sowie von sieben nationalen Befreiungsbewegungen über „Gleichheit, Entwicklung und Frieden". Fast fünf Sechstel der Teilnehmenden waren Frauen. BRD und DDR hatten jeweils eigene Delegationen geschickt. Die DDR-Delegation unter Leitung von Johanna Töpfer (1929-1990), stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, war durch Ministerratsbeschluss vom 15. Mai 1975 angehalten, die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Frau und die bedeutende Rolle der Frauen für die Gewährleistung des Friedens und der internationalen Sicherheit etc. im real existierenden Sozialismus darzustellen. Die neun weiteren Delegierten, zu denen Ilse Thiele (1920-2010), die Bundesvorsitzende des DFD gehörte, und sechs Männer, wurden angewiesen, mit der Delegation der UdSSR und denen anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Sie bekamen auch Verhaltensregeln bei „möglichen Verleumdungsversuchen der Bundesrepublik gegenüber der DDR".

Die Konferenz wurde von der finnischen Diplomatin und Frauenrechtlerin Helvi Sipilä (1915-2009) organisiert und geleitet. Ilse Thiele wurde zu einer der Vizepräsidentinnen des Welttreffens gewählt. In ihrer Eröffnungsrede führte die Hilvi Sipilä vor Augen, welche Schlüsselstellung die Frau bei der Lösung dringender Probleme wie der Bevölkerungsentwicklung und der Ernährungsfrage in der sogenannten „Dritten Welt" einnimmt. Ohne die Einbeziehung der Frauen könnten die Entwicklungsprogramme die Probleme in den sog. „unterentwickelten" Ländern nicht eingelöst werden. Es gälte daher, Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen wie Bildung, Beschäftigungsmöglichkeiten, politischer Teilhabe, Gesundheitsdienstleistungen, Wohnungsbau, Ernährung und Familienplanung zu sichern. Es bot sich das bunte Bild einer großen Welt-Schwesternschaft. Die Euphorie der großen Gemeinsamkeit wich jedoch bald einer gewissen Ernüchterung: Der Wunsch nach internationaler Solidarität passte nicht zur Heterogenität des Meinungsspektrums der zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen aus aller Welt. Zu unterschiedlich waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen in ih-

ren Herkunftsländern. Interessierten sich Feministinnen aus USA und Westeuropa eher für das Abtreibungsverbot und freie lesbische Liebe, ging es Teilnehmerinnen aus Lateinamerika und afrikanischen Ländern eher um die Überwindung von Analphabetismus, Kinderheirat oder Genitalverstümmlung. Andere plädierten für eine stärkere Ausrichtung auf Entwicklung und Frieden. Lateinamerikanische Aktivistinnen prangerten das Verschwindenlassen von Menschen unter den Militärdiktaturen und sozio-ökonomische Ungleichheiten im Landbesitz und Einkommen an, während Afrikanerinnen vor allem das Ende kriegerischer Konflikte auf ihrem Kontinent ersehnten.[3] Die Unterschiede in Bezug auf Herkunft, Ideologie und Erfahrung unter den Teilnehmerinnen wurden schon vor ihrer Ankunft in Mexiko-Stadt deutlich und führten während des gesamten Planungsprozesses zu Spannungen. Man konnte sagen: die bolivianischen Minen-Arbeiterinnen waren nur schwer mit den west-deutschen Feministinnen unter einen Hut zu bringen. Es war Domitila, eine bolivianische Bergmannsfrau, die den Frieden störte, indem sie ins Mikrofon fragte: „Wie können wir von Gleichheit unter Frauen sprechen? ... Wir können nicht von Gleichheit zwischen Canasta-Spielen sprechen. Frauen können nicht gleichberechtigt sein, genauso wenig wie arme und reiche Länder." Diese Diskussion fand in ähnlicher Form auch auf der parallel in Mexiko-Stadt fünf Kilometer weiter südlich stattfindenden NGO-Tribüne statt.

Der Schein der internationalen Solidarität konnte die Heterogenität des Meinungsspektrums und der gelebten Realität der Frauen aus aller Welt nicht überdecken.

Trotz aller Auseinandersetzungen gelang es am Ende, eine Abschlusserklärung zur Gleichberechtigung der Frau, einen „Weltaktionsplan" sowie 34 Entschließungen zu verabschieden. In der Abschluss-Erklärung wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass die Konferenz einen Präzedenzfall für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern bei allen zukünftigen internationalen Treffen schaffen würde, sei es in Bezug auf politische oder wirtschaftliche Angelegenheiten, auf Abrüstung, Handel oder menschliche Besiedlung.

In vielen Ländern, auch in der DDR und in der BRD, wurden anschließend nationale Programme aufgestellt.

Der Weltfrauenkongress in Berlin (DDR)

Er fand vom 19. bis 24. Oktober 1975 in der Werner-Seelenbinder-Halle statt. Auch in Berlin lautete das Motto: Gleichberechtigung, Entwicklung, Frieden.

3 Rita Schäfer, Resolution des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit (2000), in: Quellen zur Geschichte der Menschenrechte, herausgegeben vom Arbeitskreis Menschenrechte im 20. Jahrhundert, September 2016, https://www.geschichte-menschenrechte.de/schluesseltexte/resolution-des-un-sicherheitsrats-zu-frauen-frieden-und-sicherheit-2000/

Vorbereitet wurde der Kongress vom DFB. Präsidentin des Internationalen Vorbereitungskomitees war die australische Politikerin, Vorsitzende der Kommunistischen Partei und Aktivistin, Freda Brown (1919-2009), Vizepräsidentin des Kongresses war auch in Berlin Ilse Thiele vom DFD. Fast 2.000 Delegierte aus über 200 nationalen und internationalen Organisationen kamen nach Berlin.[4] Der Kongress war gleichzeitig der VII. Kongress der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF), eine 1945 gegründete Dachorganisation antifaschistischer Frauenorganisationen unter maßgeblicher Beteiligung sowjetischer und französischer Frauen. Der Erste Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, eröffnete den Kongress in der Werner-Seelenbinder-Halle. Der Kongress sollte den Teilnehmenden einen positiven Eindruck über die Rolle der Frau in der sozialistischen Gesellschaft vermitteln.

Die sozialistischen Länder waren keinesfalls unter sich, wie oft berichtet. Delegierte kamen auch aus westlichen Ländern wie Schweden, Frankreich, Niederlande, Spanien, Schweiz, Dänemark, BRD, und aus den USA. Die offiziellen Kongresssprachen waren Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch, Russisch und Arabisch. Auch hier gab es Delegationen aus beiden deutschen Staaten. 52 Frauen umfasste die Delegation der DDR. Sie wurde geleitet von Inge Lange (1927-2013), Kandidatin des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, sowie Mitglied der Volkskammer. Die Frauen kamen aus allen möglichen Berufen und aus dem DFD. 17 Delegierte aus der BRD kamen von der eigens zu diesem Zweck gegründeten, selbständig organisierten Initiative Internationales Jahr der Frau ’75. Während die sozialliberale Bundesregierung den Kongress ignorierte, waren Frauen aus den westdeutschen Frauenfriedensbewegungen aktiv an der Organisation beteiligt. Die Initiative war ein selbständig organisierter Zusammenschluss, der Veranstaltungen und Aufrufe mit Hilfe von Spendengeldern finanzierte. Sie forderte die Bundesregierung auf, die UNO-Ziele für 1975 vollständig umzusetzen.[5]

An der Spitze der Delegation stand Alma Kettig (1915-1997), eine Linkssozialistin, die zwischen 1953 und 1965 für die SPD im Deutschen Bundestag saß und dort gegen Wiederbewaffnung, atomare Bewaffnung, NATO-Doppelbeschluss und Notstandsgesetze, zuletzt auf verlorenem Posten kämpfte. Es gab neun verschiedene Kongresskommissionen und ein umfangreiches Rahmenprogramm, das den Teilnehmerinnen Einblicke in den Alltag der DDR-Frauen vermitteln sollte. Grußbotschaften überbrachten Internationale Verbände etlicher Gewerkschaften, Genossenschaften, die Weltfriedens-Esperanto-Bewegung und viele mehr.

Meinungsverschiedenheiten gab es auch auf diesem Kongress. Während die

4 Nationales Organisationsbüro der DDR für den Weltkongress im Internationalen Jahr der Frau (Hrsg.): Dokumente des Weltkongresses im Internationalen Jahr der Frau in Berlin, 20. bis 24. Oktober 1975, Berlin 1975.

5 Vgl. hierzu: Lea Börgerding: Der Kalte Krieg im Internationalen Jahr der Frau 1975, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, H. 2/2021, S. 109-124.

Regierung der DDR die Errungenschaften der Frauen und Männer, die gleichberechtigt am Aufbau des Sozialismus, der Überwindung internationaler ökonomischer Ungleichheiten und der Erhaltung des Weltfriedens hervorhob, bemängelten informelle Frauengruppen in osteuropäischen Ländern Sexismus und patriarchale Strukturen. Amnesty International machte erstmals auf geschlechtsspezifische Misshandlungen von Frauen als politische Gefangene in Ost und West aufmerksam.

Veranstaltungen in der BRD

In der BRD wurde das Internationale Jahr der Frau von staatlicher Seite vom Deutschen Frauenrat organisiert. Die damalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Katharina Focke (SPD, 1922-2015), die am 19. November 1974 in Bonn das Kuratorium vorstellte, versäumte nicht zu versichern: „Das Internationale Jahr der Frau ist keine Kampfansage an die Männer." Und der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) versicherte seinerseits, er habe „etwas für die Frauen übrig". Kritisiert wurde, dass Focke in das Kuratorium auch Vertreter von Institutionen berufen hatte, an denen Schritte zur Gleichberechtigung bislang gescheitert waren. Dazu gehörte ein katholischer Bischof, der Präsidenten der Arbeitgeberverbände und der Intendant der Deutschen Welle.

Das Programm der Bundesrepublik umriss Focke mit der geplanten Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation der Frauen. Sie verwies auf die Solidarität der Bundesregierung, die der UNO bei den Entwicklungsprogrammen zur Seite stünde. Die Schirmherrschaft für die Veranstaltungen hatte Annemarie Renger (1919-2008), damals als erste Frau Präsidentin des Deutschen Bundestags. In ihrer Rede zur Eröffnungsveranstaltung am 9. Januar 1975 in der Beethovenhalle in Bonn, zu der der Deutsche Frauenrat eingeladen hatte, betonte auch sie ihre Loyalität gegenüber den Männern, durch deren Votum sie ihr Amt bekommen habe. Sie appellierte an die Zusammenarbeit von Parlament und Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und sonstigen Organisationen und Verbänden, Schulen und Wissenschaft, Betrieben und Familien. Von den Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung, die sich in den 1970er-Jahren gebildet haben, war keine Rede. Die Veranstaltungen fanden im Saale statt, nach sorgfältiger Auswahl der Geladenen. Kein Wunder, dass dieselben die Aktionen zum Internationalen Jahr der Frau nicht unterstützten.

„Wir sind die Mehrheit, aber wir haben sie nicht!"

Die Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung empfanden die Veranstaltung, die nach sorgfältiger Auswahl der Geladenen im Saal stattfand, als Verhöhnung. Sie

waren nicht eingeladen und bekamen auch keinen Zutritt. Mitglieder des „Frauenforums Bonn“ (gegr. 1972) und andere Frauengruppen verkleideten sich als Putzfrauen, statteten sich mit Eimern, Kochtöpfen und Kochlöffeln aus und ketteten sich an ein Geländer vor der Beethovenhalle. Unter ohrenbetäubendem Lärm sangen sie: „Schöne Reden sprengen unsere Ketten nicht!“ und: „Kinder, Küche und Fabrik, wir scheißen auf dies Frauenglück!“ sowie: „Wir sind die Mehrheit, aber wir haben sie nicht!“ Annemarie Renger drückten sie einen offenen Brief in die Hand, in dem sie unter anderem darauf hinwiesen, dass die Gleichberechtigung in der BRD „nur ein Recht auf Papier“ sei. Von der Regierung, dem zuständigen Ministerium und den Verbänden verlangten sie, Konzepte vorzulegen, die das Recht auf Gleichberechtigung endlich Alltagswirklichkeit werden lassen sollten.

Alle Rundfunksender begannen ihre Berichterstattung mit dem Kochgeschirr-Konzert, 18 überregionale Tageszeitungen berichteten über das Ereignis, zum großen Teil mit Fotos. Annemarie Renger stritt in ihrer Rede die noch bestehenden vielfältigen Diskriminierungen der Frauen nicht ab. Der Staat müsse die Voraussetzungen dafür schaffen, das sich jeder entwickeln und frei entscheiden könne, aber „die Kraft sich zu verwirklichen muss jeder selbst aufbringen“, sagte die Politikerin und gab die Verantwortung an die Frauen zurück. Titel wie „Feilschen um den Schlusstext“ oder „Ein teures Kaffeekränzchen“ zeigten, wie negativ die Weltfrauenkonferenz von der Presse aufgenommen wurde.

Heute, 50 Jahre nach den großen Konferenzen und nach drei weiteren Weltfrauenkonferenzen (1980 in Kopenhagen, 1985 in Nairobi, 1995 in Peking), erleben wir weltweit eine zunehmende Ungleichheit. Nicht nur junge Menschen sorgen sich um ihre Zukunft angesichts von Umwelt- und Klimakrisen und kriegerischen Auseinandersetzungen, die täglich ungezählte Menschenleben kosten. Der Weltfrieden, der vor 50 Jahren gefordert wurde, ist in weite Ferne gerückt.

Gisela Notz

Aus der Forschung

Die ‚Frauenfrage' in der Medienpolitik der USPD. Theorie und Praxis. (AT)

Werkstattbericht zum Promotionsprojekt[1]

Die Presse als „unentbehrliche Waffe im Kampf" der Arbeiter:innenbewegung

„[W]elch unentbehrliche Waffe im Kampf für die Aufklärung die Presse ist",[2] konstatierte Luise Zietz (1865-1922) auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im März 1919 in Berlin. Dass die Presse als Agitations- und Verständigungsmittel eine entscheidende Rolle für den Erfolg der Arbeiter:innenbewegung und ihrer Organisationen im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert spielte, lässt sich am Beispiel der USPD anschaulich zeigen. Die Partei gründete sich im April 1917 in Gotha als Abspaltung von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Die Spaltung brachte ein Ringen um bestehende Organisationsstrukturen wie der Presse mit sich, das vielfach zu Ungunsten der kleineren USPD ausging. So wurden Redakteur:innen von parteieigenen Organen für einen Anschluss an die USPD unmittelbar mit Kündigungen sanktioniert. Zuvor waren sie der SPD-Parteiführung aufgrund differenter Haltungen zum Ersten Weltkrieg (1914-1918) bereits unbequem gewesen – sie hatten trotz kriegsbewilligender Parteilinie konsequent an einem sozialistischen Antimilitarismus festgehalten. Prominente Betroffene waren Clara Zetkin (1857-1933), die seit 1892 *Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen* redigiert hatte, sowie Karl Kautsky (1854-1938), der die Neue Zeit verantwortete.[3] Die Spaltungskämpfe der Partei wurden folglich inhaltlich und

1 Das Promotionsprojekt ist Teil des Forschungsprojektes „Öffentlichkeit und Arbeiterbewegung: Demokratischer Diskurs als Ideal und Gefahr" unter der Leitung von Jun.-Prof. Dr. Niklas Venema (Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, Universität Leipzig). Es wird mit dreijähriger Laufzeit seit April 2024 durch ein Promotionsstipendium der Gerda Henkel Stiftung gefördert. Die Zweitbetreuung der Arbeit erfolgt durch Prof. Dr. Maren Möhring (Institut für Kulturwissenschaften, Universität Leipzig).

2 Geschäftsbericht der Zentralleitung. In: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin. In: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, 1917-1919. Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten im Taunus, 1975, S. 47-54, hier: S. 49.

3 Vgl. Koszyk, Kurt; Eisfeld, Gerhard: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Eine Bibliographie. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 2., überarb. u. erw. Aufl., 1980, S. 24.
Vgl. Wurms, Renate: Krieg dem Kriege – Dienst dem Vaterland: Frauenbewegung im Ersten Weltkrieg. In: Hervé, Florence (Hg.): Geschichte der deutschen Frauenbewegung. Pahl-Rugen-

organisatorisch über ihre Presse ausgetragen, was die Relevanz derselben als bewegungsinternes Verständigungsmittel sowie als Agitationsmittel für die eigenen Belange illustriert. Entsprechend bilanzierte Zietz auf dem o. g. Parteitag zwei Jahre nach der USPD-Gründung im Geschäftsbericht der Zentralleitung:

„Wo wir […], wie in Leipzig, in Halle, am Niederrhein, in Thüringen, mit der Presse und unserem alten Organisationsapparat arbeiten konnten, ist es überall glatter und leichter vorwärts gegangen als dort, wo uns die Presse und der Organisationsapparat fehlte."[4]

Mein Promotionsprojekt widmet sich diesem entscheidenden Faktor, der Presse der USPD. Es rekonstruiert die Presselandschaft der Partei als komplexes Gefüge, indem es nach Herstellungspraktiken und Strategien fragt. Im Fokus stehen dabei die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in der Parteipresse und die Präsenz frauenpolitischer Inhalte. Zugrunde liegt die Annahme, dass die parteieigene Aushandlung der sog. Frauenfrage medienpolitische Konsequenzen zeitigte. Besonderes Augenmerk richte ich auf die sog. Frauenpresse der USPD, die in der Vielzahl der Presseerzeugnisse quantitativ marginal war. Ich untersuche, wieso die universalistisch-emanzipatorisch ausgerichtete Partei, die für Gleichberechtigung der Geschlechter eintrat und deren Mitglieder beinahe zu einem Viertel weiblich waren (Stand März 1919),[5] überhaupt eine separate Presse für Frauen hervorbrachte. Theorie und Praxis der Frauenagitation und -organisation in der USPD werden nachvollzogen, um die Frauenpresse der Partei zwischen Marginalisierung und Selbstermächtigung zu beleuchten. Dabei sind Forschungsfragen: Wie wurden Funktionen und Notwendigkeiten einer (partiellen) Separierung von Frauen in der Partei und ihrer Presse besprochen? Welche Auswirkungen hatte das auf die inhaltliche Ausgestaltung verschiedener Presseorgane? Wer schrieb in Frauenpresseorganen und wo schrieben Frauen? Als Quellen dienen der Untersuchung Parteitagsprotokolle, programmatische Schriften, Archivbestände wie Personennachlasse sowie Presseerzeugnisse der USPD.

---

stein Verlag, Köln, 3., erw. u. überarb. Aufl., 1987, S. 84-118, hier: S. 110.
Zeitgenössisch beanstandeten Gleichgesinnte diese Vorgänge als „Zeitungsraub" und als Raub des geistigen Eigentums und Lebenswerks. (Prager, Eugen: Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. J.H.W. Dietz Verlag, Berlin/Bonn 1978 [1921], S. 154; vgl. ebd. S. 154 f.).

4 USPD Parteitagsprotokoll März 1919, S. 47. Des Weiteren heißt es: „Ueberall dort, wo wir eine Presse hatten, sehen wir auch rein zahlenmäßig den Fortschritt […]." (Ebd. S. 49.) Der Historiker Hartfrid Krause stellt darüber hinaus fest, dass die neugegründete USPD dort, wo sie auf bestehende Strukturen wie Presseorgane zurückgreifen konnte, schnell gar erfolgreicher war als die SPD. (Vgl. Krause, Hartfrid: Die USPD 1917-1931. Spaltungen und Einheit. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 2021, S. 451.)

5 Vgl. Krause, Hartfrid: Die Genossinnen in der USPD. USPD-Frauen in leitender Stellung. Westfälisches Dampfboot, Münster 2025, S. 29.

Kartierung der Presselandschaft der USPD

Eine vollständige Sammlung der Presseerzeugnisse der USPD liegt der Forschung nicht vor. Sehr aufschlussreich als Überblick ist aber das von Gerhard Eisfeld vorgelegte Titelverzeichnis der sozialdemokratischen Presse, das auch eine Vielzahl von Organen listet, die mindestens zeitweise der USPD zugerechnet werden.[6] Nicht alle Werkangaben lassen sich in anschließenden Archiv- und Bibliotheksrecherchen verifizieren, die Beschaffung der Quellen birgt Herausforderungen. Ansatzpunkte für die Kartierung der Parteipresse ergeben sich zudem aus den Parteitagsprotokollen der USPD. Dem Protokoll von März 1919 hängt ein „Verzeichnis der Parteizeitungen der U.S.P.D."[7] an, das 45 Organe mit Herausgabeadressen listet. In der alphabetisch nach Erscheinungsort sortierten Liste findet sich zuoberst die in Berlin verlegte Freiheit, die als Zentralorgan[8] fungierte. Die meisten hier verzeichneten Parteiorgane waren regionale Zeitungen, die sich mit Schwerpunkten in Mitteldeutschland über den Raum von Kiel bis München und Düsseldorf bis Danzig verteilten. Die Parteileitung äußerte im März 1919 ihre Hoffnung auf Neugründungen insbesondere weiterer Tageszeitungen.[9] Erst nach der Umwandlung der Verhältnisse durch die Novemberrevolution 1918 war der USPD überhaupt eine offene Agitation und die Gründung neuer Presseorgane möglich.[10] Eine Möglichkeit, die die Mitglieder intensiv nutzten. Die Zeitungsgründungen erfolgten so rasant, dass die Parteileitung auf dem Parteitag im November/Dezember 1919 in Leipzig angesichts von Materialnot und erheblichen Kosten bereits vor weiteren Gründungen warnte und kontrollierend einzugreifen versuchte. Im Geschäftsbericht der Parteileitung war von einer Verdopplung der Parteiblätter seit März 1919 die Rede, 55 Tageszeitungen gäbe es nun.[11]

Erste Ergebnisse sind nebst der geografischen Verteilung und dem Schwerpunkt in der Regionalpresse der sich abzeichnende Gründungseifer, den es zu erklären gilt.

6 Eisfeld, Gerhard: II. Titelverzeichnis der sozialdemokratischen Presse 1863-1945. In: Koszyk; Eisfeld (1980): S. 59-206.

7 USPD-Parteitagsprotokoll März 1919, S. 272.

8 Vgl. z. B. Krause, Hartfrid: Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 5, Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten im Taunus 1976, S. 2.

9 Vgl. USPD-Parteitagsprotokoll März 1919, S. 49.

10 Vgl. Krause (2021), S. 453.

11 Vgl. Geschäftsbericht der Parteileitung. In: Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", Berlin. In: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 2, 1919-1920. Verlag Detlev Auvermann KG, Glashütten im Taunus 1976, S. 79-87, hier: S. 81.

Auffallend in der Menge der Organe ist die Marginalität der sog. Frauenpresse.

Die Frauenpresse der USPD

Nachdem Zetkin ab Juni 1917 nicht weiter als Redakteurin der Gleichheit arbeiten durfte und die Zeitschrift zum Frauen-Organ der Mehrheits-SPD wurde, gab es seitens der USPD unmittelbar die Bestrebung, in der eigenen Organisation für Ersatz zu sorgen. Der Gründung einer neuen Zeitschrift für Frauen, die im Sinne des internationalen Sozialismus gestaltet werden sollte, stellte sich allerdings das Kasseler Generalkommando in den Weg. Lediglich wurde die Publikation einer Beilage durch die „Gastfreundschaft" der Leipziger Genossen möglich, so Zietz im Geschäftsbericht von März 1919. Doch sie hoffte, „[s]obald die Papierkalamität behoben ist […] in Übereinstimmung mit dem Verlag – auch in Übereinstimmung mit der Genossin Zetkin – eine eigene Frauenzeitung herauszugeben."[12]

Seit Juni 1917 gab es als Frauenorgan der USPD zunächst die von Zetkin redigierte *Frauenbeilage*, die der *Leipziger Volkszeitung*. *Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes* beilag. Im April 1919 wurde Die Kämpferin. Zeitschrift für die Frauen und Mädchen des werktätigen Volkes als eigenes Hauptblatt für Frauen eingeführt.[13] Auch gab es die Beilage *Feierstunden der Frau* in der *Volksstimme für Westfalen und Lippe sowie die Frauen-Welt*, die unter anderem in *Die Freiheit. Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands* beilag.[14] Ob weitere Frauenbeilagen in USPD-Organen auffindbar sind, ist Gegenstand meiner aktuellen Recherchen.

Die vorwiegende Ansprache von Frauen über das Format der Beilage, auch nach der Zeit der Zensur, lässt Rückschlüsse auf eine geringe Priorität der separaten Frauenagitation in der Partei zu. Doch beharrten Genossinnen auf der Relevanz einer eigenen Zeitschrift. Die Aushandlung der Relevanz einer separaten Frauenagitation und -organisation innerhalb der USPD und ihre medienpolitischen Konsequenzen zwischen Marginalisierung und Selbstermächtigung, wie ich sie im Projekt untersuche, möchte ich abschließend mit einem Quellenbei-

12 USPD-Parteitagsprotokoll März 1919, S. 48; vgl. ebd.

13 Zetkin hatte die USPD zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen und sich der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angeschlossen. Sie übernahm nicht die redaktionelle Leitung, trotzdem erschien die erste Ausgabe der Kämpferin mit einem Leitartikel von Zetkin. (Vgl. Wheeler, Robert F.: German Women and the Communist International: The Case of the Independent Social Democrats. In: Central European History, Vol. 8, Issue 2, Cambridge University Press, 1975, S. 113-139, hier: S. 134.)

14 Vgl. Boltzendahl, Sabine; Wimmer, Walter: Frauen in der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Bestandsverzeichnis von Zeitungen, Zeitschriften, Protokollen und Geschäftsberichten in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. Vorgelegt auf der XXXIII Konferenz der International Association of Labour History Institutions, Stockholm, September 2002, S. 15 f.; vgl. Eisfeld (1980), S. 151 f.

spiel illustrieren.

Im Geschäftsbericht der Parteileitung vom Parteitag im November/Dezember 1919 verwies Wilhelm Dittmann (1874-1954) auf die „[f]ür die Agitation unter dem weiblichen Proletariat“[15] eingeführte Zeitschrift *Die Kämpferin*. Er bemängelte eine noch zu geringe Zahl der Abonnements und forderte mit dem Einschub „ich wende mich hier besonders an die Genossinnen“[16] zur systematischen Agitation für die Zeitschrift auf.[17] In der anschließenden Diskussion ergriff, laut Protokoll, Marie Wackwitz (1865-1930) das Wort:

„Genossin **Wackwitz**, Weißenfels: […] Ich hätte gewünscht, daß er [Dittmann] sich nicht nur an uns Frauen gewendet hätte, sondern auch an die Genossen. Denn in der Frage des Abonnements wie des Obligatoriums der „Kämpferin“ ist bei den Genossen noch nicht die volle Klarheit vorhanden. Vielfach meint man, es solle damit den Frauen wieder eine Extrawurst gebraten werden. Ich muß das aussprechen, damit man nicht meint, es seien die Frauen nicht auf dem Posten.“[18]

Wackwitz betonte also das Einende: die *Kämpferin* agitiere Frauen im Gesamtinteresse der Partei, weshalb alle Genoss:innen gleichermaßen ein Interesse an ihrer Verteilung haben sollten. Trotzdem die Kämpferin Frauen separat adressierte, handele es sich hier laut Wackwitz nicht um eine Sonderbehandlung. Im Quellenzitat zeigt sich, dass eine Notwendigkeit der separaten Ansprache von Frauen vorausgesetzt wird, diese aber nicht als Separierung der Interessen verstanden wurde. Ihren Hinweis griff Dittmann in seinem Schlusswort auf und scherzte darüber, obgleich er Wackwitz in der Sache zustimmte:

„Die Genossin Wackwitz war der Meinung, daß es gut gewesen wäre, wenn ich in meinem Referat die Mahnung, für die „Kämpferin“ mehr Agitation zu entfalten, auch an die Adresse der männlichen Genossen gerichtet hätte. Ich wollte nicht so unhöflich sein (Heiterkeit), den Genossinnen diesen Appell an die Männer vorwegzunehmen. Daß er von unseren Genossinnen kommen würde, das wusste ich ja schon vorher. (Heiterkeit.) Ich will aber nun ausdrücklich betonen, daß ich den Appell der Genossin Wackwitz nachdrücklich unterstreichen möchte, daß also die Genossinnen u n d Genossen angelegentlich für die bessere Verteilung der „Kämpferin“ tätig sein müssen!“[19]

Die in Klammern vermerkte „Heiterkeit“ lässt auf die Stimmung im Saal schließen. Wackwitz’ in der Sache unstrittig behandelter Hinweis wurde mit einem Witz quittiert, der ihre Seriosität infrage stellte sowie im Allgemeinen die Belange

15 USPD-Parteitagsprotokoll November/Dezember 1919, S. 82.
16 USPD-Parteitagsprotokoll November/Dezember 1919, S. 82.
17 Vgl. ebd.
18 Ebd. S. 98. (Hervorhebung aus dem Original übernommen.)
19 Ebd. S. 108. (Hervorhebung aus dem Original übernommen.)

von Frauen in der Partei verspöttelte. Es ist folglich anzunehmen, dass Wackwitz mit ihrer Einschätzung recht behielt, dass „bei den Genossen noch nicht die volle Klarheit vorhanden“[20] und weitere Aushandlung geboten war – auch über die grundsätzliche Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter.

Hilke Hammer

20 Ebd. S. 98.

Miszelle

Das Kriegsende und seine verdrängten Folgen vor 80 Jahren – nicht nur in Lübeck und Holstein[1]

„Bring the Jews last“ (Bosse Lindquist, 1998)

Wenige Tage vor der Kapitulation der NS-Reichsregierung verhandelte Reichsführer SS Heinrich Himmler am 24. April 1945 in Lübeck über einen Separatfrieden mit den Westmächten. Es war das 4. Geheimgespräch mit dem schwedischen Grafen Folke Bernadotte, das in der Eschenburgstraße 7 von Lübeck stattfand und noch einmal zur Rettung von westjüdischen Häftlingen beitrug.

Diese Rettungsaktion mit Bussen und Lastwagen des schwedischen Roten Kreuzes vollzog sich vor den Augen der Bürger in Ostholstein und Lübeck. Auch ich erinnere mich als damals achtjähriger Schüler an die zahlreichen Busse und teilweise offenen Lastwagen, die im April 1945 mehrmals vollbesetzt mit KZ-Häftlingen mitten durch Ahrensbök in Richtung Lübeck oder Plön geleitet wurden. Ein Vorfall, der sich in meinem Gedächtnis ebenso einprägte, wie die ebenfalls erlebte letzte Etappe von zwei Evakuierungs- und Todesmärschen der Häftlinge aus Auschwitz-Fürstengrube und Dora, die vom 12. auf den 13. April 1945 auf dem Weg von Lübeck über Rensefeld, Curau und Ahrensbök in Sarau (Gut Glasau) und in der Feldscheune zwischen Barghorst und Siblin endeten – ohne Wasseranschluss und sanitäre Anlagen. Die Ereignisse verbinden sich in meiner Erinnerung mit der damals in der Bevölkerung und der Wehrmacht immer noch weitverbreiteten Hoffnung, es könne gelingen, die Anti-Hitler-Koalition zu spalten, um über einen Separatfrieden mit den Westalliierten weiter gen Osten gegen die russischen Truppen zu marschieren. Graf Folke Bernadotte war dafür ab Februar / März 1945 der Gesprächspartner von Himmler, um den Kontakt zu den Westalliierten herzustellen. Als Gegenleistung forderte der damalige Vizepräsident des schwedischen Roten Kreuzes, skandinavische Gefangene und Häftlinge in Deutschland im dafür eigens eingerichteten „Skandinavien Lager“ des KZ Neuengamme zu sammeln und vom schwedischen Personal (250 Ärzte und Sanitäter) betreuen zu lassen, bevor sie im März und April 1945 über das Lager Padborg nahe der deutsch-dänischen Grenze mit den Weißen Bussen des Roten Kreuzes die Freiheit in Dänemark und Schweden erlangten.

1 Dieser Text ist ein Auszug aus dem Aufsatz von Jörg Wollenberg: „Der Kalte Krieg begann schon vor dem 8. Mai 1945. Das Kriegsende und seine verdrängten Folgen vor 80 Jahren nicht nur in Lübeck und Holstein“. Der vollständige Text ist aufrufbar unter https://archive.fabgab.de/vorabdruck-wollenberg/.

Graf Bernadotte wohnte während der Verhandlungen in der Regel im Sachsenwald bei der Familie von Bismarck in Friedrichsruhe. Himmler bezog in der Gegend von Lübeck Quartier, u. a. in Kalkhorst und in einem Waggonwagen, auf dem noch heute durch ein Waldgebiet geschützten Nebengleis der Eutin-Lübecker Bahnstrecke mit Bahnübergang zwischen Alttechau und Pansdorf. Als Schüler wurde ich im April 1945 zufällig seiner ansichtig, weil ich diese damals von der Schulpflicht befreite Zeit häufig bei meinen Großeltern verbrachte: der Tischlerei Johannes Dechow in der Bahnhofsstraße von Pansdorf in Nachbarschaft zu dem renommierten Künstler Cesar Klein. Der große Garten meiner Großeltern führte bis zu dem Waldgebiet, das am Sportgelände vorbei parallel zur Bahnlinie Kiel-Lübeck verlief. Hier befand sich im März / April 1945 der Waggonwagen, mit dem Himmler zu dem vierten Geheimtreffen mit dem Grafen Folke Bernadotte nach Lübeck fuhr. Es fand in der Nacht vom 23. auf den 24. April 1945 in Lübeck im Keller der damaligen schwedischen Mission in der Eschenburgstraße 7 statt. Seit dem 20. April 1945 befand sich auf dem Bahnhof in Pansdorf auch der Sitz des NS-Reichsverkehrsministeriums. Von hier aus dirigierte der Staatssekretär Albert Ganzenmüller weiter die „Sonderzüge von und nach Auschwitz" (Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz, Dumjahn Mainz 1981). Auch die Sonderzüge Richtung Schweden mit den Frauen aus Ravensbrück am 22. April 1945, über die Germaine Tillion aus Paris als Zeitzeugin schon 1946 einen eindrucksvollen Augenzeugenbericht vorgelegt hat. Nach dem Umzug der letzten Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz Mitte April 1945 von Berlin nach Plön und Eutin und ab 3. Mai 1945 nach Flensburg setzte der SS-Brigadeführer Walter Schellenberg die Verhandlungen mit Folke Bernadotte auch im Auftrag der Regierung von Dönitz fort – mit einer Vollmacht von Dönitz vom 4. Mai 1945 als Sonderbevollmächtigter der deutschen Reichsregierung mit der schwedischen Regierung –, beraten u. a. durch die Generäle der Waffen-SS Gottlob Berger und Hans Kammler, der im KZ Dora mit Wernher von Braun noch an der „Wunderwaffe" V2 baute. Geschützt wurden diese Verhandlungen durch Léon Degrelle. Dieser belgische Kommandeur der 5. SS-Sturmbrigade Wallonien hatte seine verbliebenen freiwilligen Waffen-SS-Soldaten aus Belgien im Viereck Lübeck-Eutin-Plön-Bad Segeberg zum letzten Kampf für den „Reichsführer" Heinrich Himmler zusammengezogen. Ab 3. Mai 1945 wurden sie von der britischen Armee verhaftet und in den Wiesen unterhalb des Alten Rathauses von Ahrensbök interniert. Täglich erhielten sie – im Auftrag der britischen Besatzungsarmee – Besuch von den befreiten belgischen Zwangsarbeitern in der Gegend von Ahrensbök. Mit Stöcken in der Hand verprügelten sie die SS-Sturmbrigadisten aus Belgien vor unseren Augen.

Anzumerken ist, dass uns Schülern die öffentliche Wahrnehmung dieser Ereignisse dadurch erleichtert wurde, dass die Volksschule in Ahrensbök schon ab

Februar 1945 zum Aufenthaltsort für Vertriebene und Flüchtlinge aus dem Osten umgewandelt worden war. Für meinen Jahrgang fiel deshalb die Schule mehrere Monate aus. Schon am 10. Februar 1945 mussten wir Platz machen für 170 Ostpreußen, die mit der „Cap Arcona" von Königsberg-Pillau kommend Neustadt erreicht hatten und von dort Richtung Eutin-Ahrensbök transportiert worden waren. Der Schnelldampfer „Cap Arcona" hatte am 30. Januar 1945 seine vorletzte Fahrt von „Gotenhafen" (heute Gdynia bei Danzig) mit rund zehntausend Flüchtlingen aus dem Osten Deutschlands aufgenommen und landete in einem seeuntauglichen Zustand vor Neustadt. Lediglich eine weitere Fahrt zur Rettung von tausenden an verwundeten Soldaten aus Hela Richtung Kopenhagen wurde noch zugelassen. Ab 14. April 1945 lag das Schiff wieder vor Neustadt und wurde in der Folgezeit gegen den Willen der Kapitäne Gerdts und Bertram von der SS zu einem schwimmenden KZ umgewandelt – als letzte Station für rund 10.000 Häftlinge u. a. aus Stutthof, Neuengamme und für die Juden der Auschwitz- und Dora-Lager aus der Gegend von Ahrensbök bis zur Bombardierung der Cap Arcona und der Thielbek durch die RAF aus England am 3. Mai 1945 mit über 7.500 Toten.

Das Ergebnis der damit verbundenen Ereignisse dokumentiert, wie Himmler trotz alledem in den letzten Kriegsmonaten den Leiter des schwedischen Roten Kreuzes, Graf Folke Bernadotte, für den Plan eines Separatfriedens mit den Angloamerikanern gewann und dieser so mit seinen „Weißen Bussen" des schwedischen Roten Kreuzes noch Tausenden von jüdischen Häftlingen das Leben retten konnte. Diese Rettungsaktionen waren jedoch nicht frei von Kontroversen, da sie lediglich zur Rettung von Westjuden beigetrugen und die Ostjuden im Konsens mit Himmler davon ausgeschlossen blieben.

Hat Schweden genug getan, um den von Deutschen verfolgten Juden Asyl oder wenigstens eine Zwischenstation auf der weiteren Flucht zu gewähren?

Am 26. Januar 2000 stand diese Frage noch einmal auf der Tagesordnung des Stockholmer Holocaust-Forums. Staatschefs, Ministerpräsidenten und Wissenschaftler aus 45 Ländern waren geladen, darunter die Kabinettschefs aus Israel und der BRD. Zeitungsberichte über die Teilnahme schwedischer Freiwilliger der SS an NS-Kriegsverbrechen und über die Verwicklungen der schwedischen Regierung, Banken und Industrie bei der Ausbeutung des „Nazi-Goldes" gaben Anfang 1997 den Anlass zur späten schwedischen Aufklärung über den Holocaust und zu den umfassenden Recherchen einer Historikerkommission. Die „Politik des Nachgebens" gegenüber den militärischen, ökonomischen und politischen Forderungen Nazi-Deutschlands war das Ergebnis der „Einkreisung" Schwedens infolge der Kollaboration der dänischen Regierung mit der deutschen NS-Re-

gierung. Auch die Politik im besetzten Norwegen und die finnische „Illoyalität" mit den wechselnden Kurssetzungen und Bindungen an Hitler oder Stalin gewannen zusehends Einfluss auf den schwankenden Neutralitätskurs. Kurzum, Schweden „war nicht nur Raoul Wallenberg und die Weißen Busse", wie die schwedische Historikerin Helene Löw auf dem Holocaust-Forum konstatierte. Auch die Weißen Busse des schwedischen Roten Kreuzes, mit denen Graf Folke Bernadotte nicht nur skandinavische KZ-Häftlinge in ihre Heimat transportieren ließ, wurden zunehmend Gegenstand kritischer Nachfragen. Das galt auch für Raoul Wallenbergs legendäre Verhandlungen zur Rettung ungarischer Juden in Budapest.[2] Schwedische Behörden hätten während des Zweiten Weltkrieges versagt, bekannte Ministerpräsident Persson im Januar 2000 vor dem Stockholmer Parlament.

Zum gleichen Zeitpunkt leitete ich nach meiner Rückkehr aus Nürnberg das Lehr- und Forschungsprojekt der Universität Bremen über Ahrensbök in der NS-Zeit und nahm Kontakt zu Zeitzeugen auf, die wie Leo Klüger aus Stockholm, Jan-Kurt Behr aus New York, Benjamin Jacobs aus Boston, Salmon Lubicz aus Bordeaux, Albert van Hoey aus Stekene/Belgien oder Hermann Joseph aus Nürnberg an der letzten Etappe des Todesmarsches von Auschwitz über die Nebenlager des KZ Mittelbau-Dora nach Holstein unter Leitung des aus der Gegend von Ahrensbök stammenden Lagerführers von Auschwitz-Fürstengrube, Max Schmidt, teilgenommen hatten. Sie alle waren auf unterschiedliche Weise an der Rettungsaktion des schwedischen Roten Kreuzes von Mitte bis Ende April 1945 beteiligt.[3]

Mit Erstaunen musste deshalb der schwedische Journalist Bosse Lindquist[4] zur

2 Shlomo Aronson, Die Schlacht um den Balkan und der Holocaust in Ungarn, in: Hüter/Zarusky (Hrsg.); Besatzung, Kollaboration, Holocaust, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Beiheft 97, 2008, S. 151-176. Telegramm vom US-Außenministerium über das OSS an Raoul Wallenberg, unterzeichnet vom Außenminister Hull, in: National Archives and Records Administration, RG 226, entry 125, box 2, zitiert bei Aronson, 2008, S. 175/76. Dazu auch Claude Pierrejean, Les Secrets de l'Affaire Raoul Wallenberg: du Juste de Budapest au premier martyr de la guerre froide. 1998; weiter die Telegramme von Allen Dulles an OSS Washington vom Juni und Juli 1944, zitiert bei K. H. Roth/A. Ebbinghaus (Hrsg.), Rote Kapelle – Kreisauer Kreise – Schwarze Kapellen. 2004, S. 173 ff, 234 ff.; Alexandra-Eileen Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung": Das Konzentrationslager Bergen-Belsen, 2000, S. 272 ff., 284, 302 ff.; Paul A. Levine, Raoul Wallenberg in Budapest, 2009; Bernt Schiller, Raoul Wallenberg. Das Ende einer Legende, Berlin 1993; Josef Wulf, Raoul Wallenberg, Berlin 1958; Christoph Gann, Raoul Wallenberg, So viel Menschen retten wie möglich, 2002; Doerries, 2009, S. 194 ff., 265 ff.; Süddeutsche Zeitung 12./13.9.2009, Nr. 210; S. V2/6.

3 Jörg Wollenberg, Ahrensbök. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus. Bremen 2000, S. 159-259; Jörg Wollenberg, Eine Vergangenheit, die nicht vergeht …Von Holstein über Nürnberg und Bremen nach Auschwitz und zurück zur Gedenkstätte Ahrensbök, Berlin 2021; Gerhard Hoch, Von Auschwitz bis Holstein. Hamburg 1998, S. 108 ff.

4 Bosse Lindquist hatte mit mir im Juni 1998 Kontakt aufgenommen, um über seine viel diskutierte Sendung für den schwedischen Rundfunk Informationen einzuholen: Ta judarna sist. Om

Kenntnis nehmen, dass in Holstein zahlreiche (Ost-)Juden wie Jan-Kurt Behr, Robert Alt oder Benjamin Jacobs die Weißen Busse des Roten Kreuzes nicht besteigen durften. Sie wurden stattdessen von Neustadt/OH mit Barkassen auf die dort auf Reede liegenden „Häftlingsschiffe“ „Cap Arcona“ und „Thielbek“ transportiert. Viele ihrer Mithäftlinge kamen mit über 7.500 KZ-Häftlingen im Gefolge der Bombardierung des schwimmenden Konzentrationslagers in der Lübecker Bucht durch britische Jagdflugzeuge am 3. Mai 1945 ums Leben.[5]

Dass sich unter den insgesamt rund 21.000 geretteten KZ-Häftlingen der Bernadotte-Aktionen von März und April 1945 ca. 5.000 Juden befanden wie Harry Hermann Spitz, Leo Klüger, Ignaz Speiser, Fredy Bauer, Samuel Taube, David Adler aus den Scheunenlagern in der Region von Ahrensbök, lenkt bis heute den Blick von einem Vorgang ab, den offizielle Darstellungen weitgehend ausklammern. Berücksichtigt man dagegen Augenzeugenberichte von Germaine Tillion oder Hermann Joseph[6], die u. a. in der Dauerausstellung zum Todesmarsch von Auschwitz nach Ostholstein in der KZ Gedenkstätte Ahrensbök oder in anderen Darstellungen zu Wort kommen[7], dann gibt die Rettungsaktion des schwedischen Roten Kreuzes zu kritischen Nachfragen Anlass.

Herausragend nicht nur für den hier thematisierten Komplex, sondern für den Gesamtzusammenhang des KZ-Systems ist der dokumentarische Bericht der ehemaligen Lagerinsassin von Ravensbrück, der Ethnologin Germaine Tillion (1907-2008) aus Paris. Sie hatte es zu ihrer Lebensaufgabe gemacht, mit wissenschaftli-

svensk flyktingpolitik och nazityskland, Sveriges Radio Minnen, 25.4.1998. Für die von M. Cohen / I. Persson für die Swedisch Broadcasting Corporation produzierte Sendung „Bring the Jews last“ gewann Lindquist den Prix Italia 1998.

5 Wilhelm Lange, Cap Arcona. Das tragische Ende der KZ-Häftlingsflotte am 3. Mai 1945, Eutin 2005 (4. Auflage); Günther Schwaberg, Angriffsziel „Cap Arcona“, Göttingen 1998.

6 Germaine Tillion, Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, 1998; Hermann Joseph, Der Fall 104338, MS 1967, in Auszügen veröffentlicht in: Jörg Wollenberg, Ahrensbök, Bremen 2000, S. 193-217.

7 Gerald Fleming, Die Herkunft des „Bernadotte-Briefs“ an Himmler vom 10. März 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 26. Jg.,1978, S. 571-600, wieder nachgedruckt in: Walter Schellenberg, Aufzeichnungen. Die Memoiren des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler, 1979, S. 392-425. Dazu als erster H. R. Trevor-Roper, Himmler and Graf Bernadotte, in Atlantic Monthly 1953; Reinhard R. Doerries, Hitler's Intelligence Chief, Walter Schellenberg, New York 2009, S. 296-362; Detlef Korte/Rolf Schwarz, Die Bernadotte-Aktion. Eine Fotodokumentation, in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, 11, 1987, S. 263-283; Detlef Korte, „Erziehung“ ins Massengrab; Kiel 1991; Jörg Wollenberg, Die weißen Busse des Grafen Folke Bernadotte. Kritik am schwedischen Doppelspiel vom März/April 1945, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte (AKENS), Nr. 38, 2000, S. 31-48; Claudia Lenz, Vom Heldentum zum moralischen Dilemma. Die „Weißen Busse“ und ihre Deutungen nach 1945, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, Heft 10, Bremen 2007, S.68-80; Izabela A: Dahl: Die „Weißen Busse“ und Folke Bernadotte, in: Dachauer Hefte, 24. Jg., Heft 24, 2008, S. 203-220.

cher Akribie alle erreichbaren Zeugnisse in ihre auf eigenen Erfahrungen beruhenden Forschungen zu integrieren – als „Projizierung dieser Welt des Wahnsinns in die nicht-reale Dimension des Historischen“ (1998, S. 16). Ihre Einführung zu den „drei Ravensbrück“ beginnt mit der Rettungsaktion des schwedischen Roten Kreuz unter Leitung vom Grafen Bernadotte, die vom 25. bis zum 30 April 1945 zur Befreiung von 3.960 weiblichen Häftlingen aus Ravensbrück (mit Güterzügen in Richtung Schweden) führte. Unter ihnen auch Anna Stiegler aus Bremen, der „Engel aus Ravensbrück“ und die „kämpfende First Lady der Bremer Sozialdemokratie“ (Johann Günther König, Die streitbaren Bremerinnen, 6 Biographien. Brockkamp, Bremen 1981).

Foto von Leo Klüger (Ich) am Morgen des 2. Mai 1945 vor dem Zollhaus in Trelleborg u. a. mit Harry Hermann Spitz, Ignaz Speiser, Bernhard Taube, Freddy Baur und dem 12 Jahre alten Bela aus Ungarn, in: Leo Klüger: Lache, denn morgen bis Du tot, München 1998, S. 193.

Anzumerken ist, um nicht missverstanden zu werden: Weder die Bernadotte-Aktion noch die „Cap Arcona“-Bombardierung durch die englische RAF geben das Recht, geschichtsvergessen die eigene Schuld abzuwälzen. Aber diese Ereignisse könnten den Anlass dafür geben, die Skandinavier auf ihrem Weg aus dem Norden über die neue Brücke am Fehmarnbelt in Zukunft aufzufordern, der Autobahn 1 oder der Bundesstraße in Richtung Lübeck und Hamburg zu folgen und vor der Weiterfahrt über das KZ Neuengamme in der Gedenkstätte Ahrensbök und auf dem von der B 432 und der Autobahnzufahrt Haffkrug durch Lärm bedrohten „Ehrenfriedhof Cap Arcona“ Station zu machen. Hier wäre es möglich, gemeinsam über die so viel beschworene „Wahlverwandtschaft“ zwischen Deutschland und Skandinavien nachdenken, die im Jahre 1998 eine große Ausstellung in Berlin, Oslo und Stockholm ins Gedächtnis zurückrief.

Jörg Wollenberg

Aus dem Vereinsleben

Wir trauern um Prof. Günter Benser (12.1.1931 – 27.3.2025)

Am 27. März 2025 starb Prof. Dr. Benser im 95. Lebensjahr. Mit ihm verliert nicht nur der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung einen engagierten, erfahrenen, klugen und weitblickenden Historiker und Mitstreiter, aber auch einen liebenswerten Menschen. Noch in seinen letzten Lebenswochen unterstützte er den Förderkreis als Berater. Er wird uns fehlen und unersetzlich bleiben.

Günter Benser wurde am 12. Januar 1931 im sächsischen Heidenau geboren. Dem Arbeiterkind war eine wissenschaftliche Karriere nicht in die Wiege gelegt worden. Nach dem Besuch der Volks- und der Mittelschule in Heidenau 1937-1946 prägte die antifaschistisch-demokratische Umwälzung seinen Lebensweg. Von 1946 bis 1949 absolvierte Günter Benser eine Ausbildung zum Industriekaufmann im benachbarten Elbtalwerk. Von 1949-1951 besuchte er, vom Betrieb delegiert, die Arbeiter- und Bauernfakultät in Dresden, dann in Leipzig, und legte dort sein Abitur ab. Von 1951 bis 1955 studierte er Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig und bestand das Staatsexamen als Diplomhistoriker. So war der Weg eines jungen marxistischen Historikers beschritten, und zwar mit Wegmarken, die nur ein sozialistisches Umfeld setzen konnte. Nach dem Studium war er seit 1955 am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) tätig. Von 1956 bis 1959 wirkte er als Leiter des Sektors Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1917. In diese Zeit fielen die Redaktionsleitung des jeweils 1. Bandes der Reihen II und III der „Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ sowie die Editionen des Hochverratsprozesses gegen Karl Liebknecht und der Spartakusbriefe. Von 1959 bis 1969 leitete er den Sektor Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1945 bis zur Gegenwart. Insbesondere die Geschichte der Antifa-Ausschüsse unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ließ ihn nicht los. Im Jahr 1969 wurde Günter Benser zum Ordentlichen Professor für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung berufen und zum stellv. Leiter der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit 1945 ernannt. Ebenso wurde er 1969 Mitglied des Rates für Geschichtswissenschaft der DDR und blieb es bis 1990. 1989 erschien Band 9 der unvollendet gebliebenen Reihe „Deutsche Geschichte in zwölf Bänden“. Hierin verfasste er das 1. Kapitel und gehörte dem Autorenkollektiv an. Zwischen 1969 und 1989 widmete er sich vorrangig der Geschichte der SED, speziell ihrer Entstehung, sowie der Geschichte der DDR, besonders der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Dieses Arbeitsfeld überdauerte die

Zäsur von 1989-1991, als das IML sich als „Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung“ (IfGA) am 4. Januar 1990 neu gründete und mit Günter Benser als frei gewähltem Direktor die Arbeit wieder aufnahm, die jedoch am 31. März 1992 auf Geheiß der Treuhandanstalt zwangsbeendet wurde. Günter Benser hat den Überlebenskampf des IfGA in dem Buch „Aus per Treuhand-Bescheid“ (2013) dokumentiert. Am 6. März 1991 gehörte er mit prominenten Kolleginnen und Kollegen aus Ost und West und Mitstreiterinnen und Mitstreitern des IfGA zur Gründungsversammlung des „Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“. Günter Benser war von 1992-2011 sein Vorsitzender und Herausgeber der halbjährlich erscheinenden Mitteilungen. Nach 2011 blieb er dem Vorstand als Beisitzer und zuletzt als Berater erhalten.

Er war von Januar1993 bis September 2021 stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv und vertrat stets konsequent die Interessen der Einbringer und achtete darauf, dass die geltenden Verträge eingehalten wurden. Dass die SAPMO nach schwierigen Auseinandersetzungen nicht in einem Monstrum „Archivzentrum SED-Diktatur“ untergehen würde, begrüßte er nachdrücklich. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kuratorium begleitete er die Entwicklung der SAPMO und unterstützte die Arbeit der ihm Nachfolgenden mit Rat und Tat.

Günter Benser ist als Historiker in der DDR aufgewachsen und hat in ihrer Geschichtswissenschaft eine erkennbare Spur hinterlassen. Nach dem Ende der DDR hat er stets einen differenzierenden Blick auf ihre Geschichte und ihre Entwicklung besessen, aber auch den entsprechenden Umgang mit ihrem Erbe eingefordert. Pauschalen und populären Abwertungen trat er stets mit Fakten und Argumenten entgegen. Eines seiner bedeutendsten Bücher ist „DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht“ aus dem Jahr 2000. Wir gedenken Prof. Günter Bensers mit Respekt und Dankbarkeit.

Der Vorstand des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Berlin

Dr. Holger Czitrich-Stahl

Protokoll der 34. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 26.04.2025

Im Kieztreff Leipziger Straße, Leipziger Straße 58, 10117 Berlin
Tagesordnung:
1. Regularien
1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
1.2 Wahl einer Versammlungsleitung
1.3 Bestätigung des Protokolls der 33. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
2.1 Erläuterungen zum Geschäftsbericht 2024
2.2 Kassenbericht
2.3 Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
4.1 Wahl einer Wahlleitung
4.2 Wahl der/des Vorsitzenden und des Vorstandes
4.3 Wahl der Kassenprüfer
5. Informationen
- zur Entwicklung der SAPMO
- des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen*
Anschließendes Gespräch und Diskussion
6. Schlusswort

Anwesend: 12 Mitglieder + 2 Beiratsmitglieder

1. Regularien

1.1 Der Vorsitzende Holger Czitrich-Stahl eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.
1.2 Als Versammlungsleiterin wird Elke Reuter einstimmig gewählt.
1.3 Das Protokoll der 33. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit dem Mitteilungsheft 66 erhalten haben, wird einstimmig bestätigt.

2. Berichte

2.1 Geschäftsbericht 2024
Holger Czitrich-Stahl würdigte in einem Nachruf Prof. Dr. Günter Benser, Gründer und langjähriger Vorsitzendender des Förderkreises, der am 27. März

2025 gestorben ist. Mit ihm verliert nicht nur der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung einen engagierten, erfahrenen, klugen und weitblickenden Historiker und Mitstreiter. Noch in seinen letzten Lebenswochen unterstützte er den Förderkreis als Berater. Er wird uns fehlen und unrsetzlich bleiben.
Die Mitglieder gedachten in einer Schweigeminute der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder.
Im Geschäftsbericht des Vereinsjahrs 2024, der im Heft 67 der *Mitteilungen* (März 2025) abgedruckt ist, konnte erneut auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückgeschaut werden. Veranstaltungen des Förderkreises wurden realisiert. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich 2024 sowohl auf die wissenschaftliche und kulturelle Publizistik als auch auf die Begleitung der Debatte um die Zukunft der SAPMO. Über die Veränderungen in der Organisationsstruktur des Bundesarchivs seit dem November 2024 und die sich daraus ergebenen Fragen für die Rechtsstellung der unabhängigen Stiftung SAPMO und den Umgang mit deren Beständen informierte ausführlich der Beitrag von Claudia Gohde und Holger Czitrich-Stahl im Heft 67 der *Mitteilungen*. Holger Czitrich-Stahl ergänzte diese Informationen durch die Mitteilung, dass es auf den darin erwähnten Brief von Gregor Gysi im Namen des Vorstands der Linkspartei vom 28. Januar 2025 an die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Claudia Roth, bisher keine offizielle Antwort gibt. Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, hat für den 20. Mai 2025 die Vorsitzende der Linkspartei, Ines Schwerdtner, zum Gespräch eingeladen.

2.2 Kassenbericht

Der von Kassenwartin Elisabeth Ittershagen erstellte detaillierte Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises im Jahr 2024 wurde vorgestellt:

Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der *Mitteilungen* betrug 2.697,36 € (Gesamtsumme der Einnahmen). Dem stehen Ausgaben in Höhe von 2.752,05 € gegenüber. Im Jahr 2024 überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 54,69 €.

Der Kontostand betrug am 31.12.2024 661,65 €, der Kassen-Barbestand 702,67 €.

Zu Beginn des Jahres 2024 gehörten dem Förderkreis 98 Mitglieder an. Am 31.12.2024 zählte der Förderkreis 97 Mitglieder. Der detaillierte Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

2.3 Bericht der Kassenprüfer

Die Kassenprüfung wurde durch Dagmar Goldbeck und Andreas Grunwald

am 24. März 2024 vorgenommen. Der Bericht über die Kassenprüfung wird erstattet. Es besteht keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden. Der Einsatz der Mittel entsprach der satzungsgemäßen Aufgabe.

3. Diskussionen und Abstimmung über die Berichte

In die Diskussion über die Berichte wird der Tagesordnungspunkt 5 Informationen zur Entwicklung der SAPMO und des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen* mit einbezogen. Von Seiten des Wissenschaftlichen Beirats wird hervorgehoben, dass die Zeitschrift ihrem „Markenkern" Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten" vorzustellen, mit qualitätsvollen Beiträgen entspricht. Es wurde angeregt, Kontakte zu den Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften und zu Geschichtswerkstätten in Berlin auszuweiten und die Leser der Zeitschrift zur Mitwirkung aufzurufen.

Der Förderkreis wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen im Bundesarchiv aufmerksam verfolgen und bewerten. Auf der Kuratoriumssitzung am 26. Juni 2025 wird die Gelegenheit genutzt werden, die rechtlichen und organisatorischen Fragen erneut zu stellen und deren Beantwortung im Protokoll schriftlich zu fixieren.

Die vorgelegten Berichte werden einstimmig bestätigt.

4. Wahlen

4.1 Wahl einer Wahlleitung:
Als Wahlleitung werden Heinz Sommer und Marga Voigt einstimmig gewählt.

4.2 Wahl des Vorsitzenden und des Vorstandes
Dr. Holger Czitrich-Stahl wird zum **Vorsitzenden** gewählt.
Zur **Stellvertretenden Vorsitzenden** wird Dr. Elke Reuter gewählt.

Außerdem werden gewählt:
Kassenwart: Elisabeth Ittershagen
Schriftführer: Andreas Grunwald, Julia Pietsch (stellv. Schriftführerin)
Beisitzer/innen: Dr. Stefan Heinz, Dr. Rainer Holze, Ottokar Luban, Julia Pietsch

4.3 Wahl der Kassenprüfer
Dagmar Goldbeck und Dr. Michael Klein werden in offener Wahl einstimmig zu Kassenprüfern gewählt und nehmen die Wahl an.

5. Informationen
Der Tagesordnungspunkt wurde unter Punkt 3 abgehandelt.

6. Schlusswort
Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Berlin, 26.04.2025

Andreas Grunwald
(Schriftführer)

Leserbriefe

Das Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Ich wurde gebeten, mein „Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ vorzustellen. Im Heft 18 der Mitteilungen (Sept.2000) erfolgte schon einmal eine Vorstellung, doch nach einem Vierteljahrhundert ist ein „Update“ gerechtfertigt.

Ich sammle bereits seit über 50 Jahren quasi als „Einzelkämpfer“ alles mir interessant Erscheinende aus der linken Bewegung. Ich war selbst zwölf Jahre Betriebsrat und in linken Organisationen aktiv, so dass sich nicht nur hieraus eine Menge Material ergab. Inzwischen ist meine Bibliothek auf über 10.000 Titel angewachsen, wozu noch rund 400 Zeitschriften aus allen Teilen der Welt gehören, bis hin nach Indien oder Mexiko. Oft nur Einzelexemplare, doch weit mehr als noch vor 25 Jahren erwähnt.

Nachdem mein damaliger Bericht erschienen war, meldete sich Gerd Callesen vom Kopenhagener Arbeiterarchiv, um mir Dubletten anzubieten, und mehr als einmal hielten LKWs aus Dänemark, um Europaletten mit bis zu 4 ½ Zentnern „Altpapier“ abzuliefern. Zuvor hatte ich eine „Pflicht“ empfunden, das, was aus dem ehemaligen IML wenigstens den Weg in die Antiquariate gefunden hatte, von dort zu erwerben, so dass es der linken Bewegung nicht vollends verloren ging. Kontakte zum IML bestanden zwar seit Langem, und ich habe auch zwischen 1979 und 1995 eine bescheidene Anzahl „grauer“ Literatur, etwa Jahrgänge von Zeitschriften von Arbeitslosen-Initiativen und -Ativen oder Seminararbeiten abgeliefert, aber das war meist einseitig. Und ich durfte sogar einmal ein im Antiquariat erworbenes Werk, das die Bibliothek unrechtmäßig verlassen hatte, zurückgeben.

Kurz: Mein Verhältnis zur Wilhelm-Pieck-Straße war ein solidarisch-freundschaftliches, was mich berechtigt, im Folgenden auch Kritik an der SAPMO zu äußern bzw. weiterzugeben. Ein Kollege berichtete von zunehmend schwierigeren Arbeitsbedingungen dort, bis hin, dass man nicht einmal mehr Stift und Papier mitbringen dürfe – ein Zustand, gegen den die Arbeitsbedingungen im IML 1988 ff. geradezu paradiesisch erscheinen mussten. Und die Schilderung schien nicht übertrieben, nachdem ich im Dezember 2024 in einem Feature im Deutschlandfunk ähnliche Klagen vernahm. Was mich ärgert – um es gelinde zu sagen –, sind die Berichte in den Mitteilungen über die Erschließungsarbeiten der SAPMO. Da wird bspw. in Heft 64 berichtet, dass die VE (Verzeichnungseinheiten) um 6.200 gesunken sind, „was auf die intensive Kassationstätigkeit zurückzuführen ist“. Die „Kassationsquote von 24,4 %“ erscheint mir einfach grotesk, besonders wenn ich

bedenke, wer da was der Vernichtung anheimgibt – nach Heft 62 waren es 187 Meter Schriftgut oder „nur“ 20 % Kassation.

Im Jahr 2013 gab die SAPMO unter dem Titel „Einsichtnahme“ einen Bericht über die ersten 20 Jahre ihrer Tätigkeit. Darin findet sich folgendes Zitat: „Kassationen wurden […] nur sehr zurückhaltend vorgenommen“. Kassiert wurden Mehrfachüberlieferungen, Zeitungsausschnitte oder Materialsammlungen (S. 50) – was immer damit gemeint war. Aus der eigenen Praxis darf ich erwähnen, dass ich in den 1990ern antiquarisch erwarb: Eine umfangreiche Sammlung an Zeitungsausschnitten über Soldatenmisshandlungen im Kaiserreich sowie zwei Mappen betreffs „Staat-Sozialismus“ von 1892, versehen mit den Besitzstempeln des legendären Parteiarchivs der SPD!

Wenn im Heft 62 (S. 7) sogar das Marx-Engels-Archiv erwähnt wird, gehen bei mir die Alarmglocken an. Zufällig durfte ich dem bereits erwähnten (2023 verstorbenen) Kollegen Callesen bei drei Briefbänden mit Korrespondenz von Friedrich Engels helfen, darunter der erste Band der MEGA, und zusammen mit Marga Voigt 2022 einen Brief Clara Zetkins an Engels erstveröffentlichen. Es darf also nicht verwundern, wenn ich hellhörig werde und mich persönlich angesprochen fühle. […]

Ich habe vor zehn Jahren begonnen, an einer Neuauflage einer „Discografie der proletarischen Schallplatten“ aus der Schellackära zu arbeiten, wie sie Inge Lammel 1980 publiziert hatte. Ich habe auf der Suche nach Standorten derartiger Tondokumente auch die SAPMO angeschrieben und gebeten, mir ihre Bestände zu nennen. Was auch geschah.

Wenn ich allerdings gleich anfangs („Gliederung des Findbuches“) den ehemaligen Staatspräsidenten der DDR unter „Wilhelm und Elly Winter (geb. Pieck)“[1] aufgeführt finde, kann ich mir nur noch an den Kopf fassen. Und das geht so weiter, denn wenn die betroffenen Bearbeiter zu „denken“ anfangen, wird so mancher Name „angepasst“. Da wird aus dem Bundesführer des Rotfrontkämpferbundes Willi Leow ein W. Loew (also Löwe statt Leo). Eine etwaige Recherche nach diesem Stalinopfer wird dadurch fürchterlich „erleichtert“.

Generell scheint die Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung abzunehmen. Wenn bspw. das altbekannte „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ zwar nur noch selten am 1. Mai zu hören ist, allerdings bereits 2018 mit einem eigenen Buch gewürdigt wurde,[2] heißt das nicht, dass den Bearbeitern der Unterschied zwischen einem Liedtitel und einem technischen Hinweis auffallen müsste: TONY I Sign. 2992 verzeichnet es unter Fern-Aufnahme.[3] Ich hatte dem SED-Tonarchiv zwar

1 Findbuchauszug TONY 1 SED wurde der Redaktion beigelegt.

2 Eckhard John: Brüder zur Sonne, zur Freiheit. Die unerhörte Geschichte eines Revolutionsliedes (mit einer CD). Christoph Links Verlag, Berlin 2018.

3 Dem ist ein Findbuchauszug beigefügt.

nur eine Schellackplatte überspielen können (TONY I, 3134), dafür aber von einem „Hinterbänkler" der SPD, den man ignorieren könnte, hätte er nicht Friedrich Ebert jun., dem späteren Oberbürgermeister Ost-Berlins, im 2. Weltkrieg Unterschlupf auf seiner Datsche geboten.

Aber das ist nun wirklich Spezialwissen, das nicht vorausgesetzt werden kann. Ebenso wie bei Max Hoelz, der seine Rede nicht schon zur Reichstagswahl 1928 halten konnte, da er da noch im „Knast" saß. Ich beschränke mich auf die wenigen Beispiele, um nicht zu langweilen. […]

Es gibt Geschichtswerkstätten, Initiativen usw. (in Bochum etwa ein DDR-Kabinett), sogar in den USA, die Dubletten abnehmen würden. Es ist also nicht einzusehen, warum hier Schriftgut vernichtet wird, während gleichzeitig Säcke voller geschreddertem Altpapier mühsam für teures Geld rekonstruiert werden sollen. Ein Unterfangen, das – so stellte der Rechnungshof fest –, „Arbeit für 847 Jahre" bedeute![4] […]

Es ist gleichfalls unverständlich, wenn im Bericht im Heft 66 es heißt: „So wurden 5,5 lfd. Meter Archivgut der KPD nach Koblenz abgegeben." So wird ein Bestand nun wirklich zerrissen, der zusammengehört. Für den potenziellen Benutzer bedeutet das ein unnötiges Hin- und Herfahren, aber das scheint nicht unbeabsichtigt zu sein, wie gewisse Pläne in den letzten Jahren vermuten lassen. Wenn schon 2012 ein Parteimitgliedsbuch von Walter Ulbricht auf einer Auktion auftauchte, kann man wirklich froh sein, wenn derartige Dokumente nicht gleich im Reißwolf landen.

Auch, dass Bücher abgegeben wurden, ohne einen Abnehmer zu finden, ist wenig glaubhaft. Ich wäre jederzeit bereit, kann aber finanziell keine großen Sprünge mehr machen.

Beispiele dafür, was im Antiquariat auftauchte: Vor 20 Jahren Plakate mit Stempel „Historisches Archiv der KPD", oder drei Bände mit Stempel „Marx-Engels Nachlaß" im „Roten Antiquariat" in Berlin. Und so weiter. Bevor ich mich weiter aufrege, meine Anregung an die Berliner Freunde, die Augen und Ohren doch selber offen zu halten, was vor Ort leichter sein dürfte als von hier am Ende der Welt.

Da ich gebeten wurde, etwas über mein Archiv zu schreiben: Ich bin nur schriftlich erreichbar, beantworte Anfrage aber möglichst gleich. Es bedarf eh einer Suchaktion, wenn etwas gewünscht wird, ich arbeite ausschließlich analog. Die Arbeiterbewegung begann schon etwas früher als das Internet.

Ich habe noch Fotos angefügt, die Berichte aus den Mitteilungen der letzten Jahre illustrieren können. In den Heften 58 und 65 wurde über den „Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock" berichtet. Dazu noch ein Hinweis: Seit 1977 habe ich

4 Junge Welt, 22./23.4.2023.

die Kundgebungen zum Antikriegstag lückenlos auf Band dokumentiert.[5] In Heft 61 war der Aufruf zum Ostermarsch Bielefeld abgedruckt, auch hiervon liegen Fotos vor.[6] Heft 62 brachte einen Artikel über die Mahnmale im Dortmunder Rombergpark in der Bittermark. Auch davon habe ich Fotobeispiele der jährlichen Kundgebung am Karfreitag.

Meine Postanschrift: Peter Mönnikes, Henriettenstraße 13, 33104 Paderborn.

Ergänzungen eines Rezensenten zu Klaus Leesch: Eduard Bernstein

Die Vortragsversion seines Opus Magnum, vollständig veröffentlicht in den Mitteilungen des FAuBzGdAB e.V., bedarf einer Ergänzung meiner Rezension dieser verdienstvollen Biografie in BzG II/25. Denn die Vortragsfassung, die den Extrakt des Autors vermittelt, ist nicht nur eine theoretisch-methodische Absurdität, sondern auch Schattenboxen gegen eine ur-linke Position, die wieder einmal totgesagt ist und sich offenbar tatsächlich politisch vorerst erledigt hat. Dennoch bleibt aber das Erkenntnisproblem, die Logik der realitätsfernen Feststellung, Bernstein, sei „der eigentliche ‚große politische Reformator, nicht Marx.'" (S. 41) Diese Aussage, die als Kern der Botschaft von Klaus Leesch verstanden werden soll und kann, relativiert die von der Redaktion im Editorial so berechtigte wie unhistorische Begründung, „Bernstein eilte der Ruf eines Renegaten voraus, eines Gegners der Revolution und Vaters sozialdemokratischer Realpolitik. Dass dieses Bild viel zu schematisch ist und Bernstein teils missverstanden und reduktionistisch dargestellt wird, zeigt Leesch auf." Ja, das tut der Autor ohne Frage sehr exzellent! In einer Gegenwart, in der die Verwirrung des gesellschaftspolitischen und historischen Bewusstseins System ist, sollte aber wenigstens das einmal erreichte wissenschaftlich-soziologische Niveau, wie in der Naturwissenschaft, Bestand haben. Einstein ist ja mit der Entdeckung des Higgs-Teilchens auch nicht so billig widerlegt worden! Der Grund, weshalb sich die Gesellschaftswissenschaft im Gegensatz zur Naturwissenschaft in den Krisenzyklen der historischen Epochen so vergewaltigen lässt, ist allein die Ideologie, die aber die beiden Dioskuren der materialistischen Geschichtsauffassung schon zu Beginn ihrer „Karriere" hinter sich gelassen hatten, als sie meinten, von der Philosophie werde nur die Logik übrigbleiben.

Niemand hat hatte jemals den „politischen Reformator" Bernstein je in Frage

5 Gemeint ist Ton- bzw. Magnetband. Hinzugefügt wurden mehrere Fotos aus dieser Zeit, die der Redaktion vorliegen.

6 Zu den Fotos siehe Fn. 5.

gestellt. Marx war hingegen der Erste, der die Dialektik der Revolution in der Geschichte der Produktionsweisen und Produktionsverhältnisse in der Expropriation des Gemeineigentums und der Expropriation der Expropriateure entdeckt hat. Allerdings war Marx nur der Erste, der darauf den Anspruch erhob, revolutionär zu sein. Seine historische Endabrechnung mit den kleinbürgerlichen Sozialreformern enthält leider den Fehlercode, seine revolutionären Ideengeber im jakobinischen und junghegelianischen Milieu unter zu belichten. Das revolutionäre sozialwissenschaftliche Bewusstsein als Spiegelbild der Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft ist so sehr Teil derselben, das die „Erfindung des Marxismus" (Christina Morina) bereits geraume Zeit vor Marx begann. Das Primat der Produktionsweise, der Produktivkräfte und -verhältnisse; Geschichte als Politik, die primär Handel, Industrie und Technik zum Inhalt hat; Staat als Garant für den Welthandel; Klassenkampf als Ausdruck der Enteignung des Gemein-, individuellen und kleinen Eigentums an Grund und Boden, die ursprüngliche Kapitalakkumulation, das Mehrwertgesetz, das Proletariat als neue revolutionäre Klasse, war der große Schritt der Menschheit vor Marx, dem nur noch der kleine Schritt des Genies folgte, nachdem dieses sich von der Rechtsphilosophie der Ökonomie zuwandte. Und dazu bedurfte es sogar noch eines Lewis Morgan. Und auch die Philosophie der Praxis, die Gramci zugerechnet wurde, ist erstmals von Moses Hess formuliert worden, der damit die 11. Feuerbachthese inspirierte. Die finale revolutionäre Abgrenzung vom Reformsozialismus war die letzte große Kollektivtat eines revolutionären Bürgertums, dessen Erbe der Liberalismus ausgeschlagen hat. Der Begriff Sozialismus (Gesellschaftlichkeit der Arbeit) ist keine Kopfgeburt, sondern ein realer historischer Vorgang, wie der Gegensatz von Kapital und Arbeit von der Industrialisierung 1.0 bis heute für jeden erkennbar ist, der die manipulierten Vermögensstatistiken und die Hintergründe der Globalpolitik hinterfragt. Wenn Klaus Leesch am Ende seines 2. Bandes dem Sozialdemokratismus die Zukunft zuweist und dabei feststellt, die SPD habe leider das Endziel ein wenig aus den Augen verloren (S. 1.695), erübrigt sich weiteres Orakel über Sozialreformismus.

Klaus Leesch wird wahrscheinlich vorerst der letzte Biograf des großen, zweifellos integren und tragischen Einzelgängers Bernsteins sein. Leesch hat Bernstein biografisch quellenmäßig vollständig gescannt. Das ist sein Verdienst ebenso wie die Bibliografie dessen Werkes, das tatsächlich eine wissenschaftliche Edition verdient. Denn die Interpretation seiner Schriften gibt der Analytik noch Raum, die auch die historische Bernstein- und Reformismus-Debatte noch bereichern kann, insbesondere in einer Gegenwart, die so sehr von dem Streit-Niveau zurzeit Bernsteins entfernt ist.

Hartmut Henicke

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Éric Pineault: Die soziale Ökologie des Kapitals. Dietz, Berlin 2025, 192 Seiten, 25 €. ISBN 978-3-320-02423-9.

Profite kennen keine Grenzen

Materiell sind Gesellschaften und ihre Ökonomien in Form von Stoffwechselprozessen – wie sie bereits Marx im Kapital beschrieb – mit den Ökosystemen des Planeten Erde verflochten. Unter kapitalistischen Bedingungen vermitteln gesellschaftliche Verhältnisse, Institutionen, Ideologien und Machtstrukturen diese Stoffwechselprozesse, die der an der Wiener Universität für Bodenkultur lehrende Humanökologe Helmut Haberl als „soziale Ökologie" bezeichnet (18 f.). Als dialektische Kategorie vermittelt Pineault zufolge der soziale Stoffwechsel biophysikalische Prozesse, die den Gesetzen der Irreversibilität unterliegen, mit gesellschaftlichen Prozessen und diese wiederum mit biophysikalischen Prozessen.

Der soziale Stoffwechsel umfasst die vier Stufen Extraktion, industrielle Aufbereitung, konsumtiver Verbrauch sowie Dissipation. Pineault analysiert diesen biophysikalischen Fluss erstens als Durchsatz – eine der essentiellen Kategorien der sozialen Ökologie – von Strömen der Energie und Materie (24). Zweitens bewirkt der soziale Stoffwechsel eine Akkumulation von Beständen wie Gebäuden, Geräten und Maschinen (26) sowie gemeinsam genutzten Infrastrukturen wie Straßen, Wasserleitungen oder Kläranlagen (27). Drittens annektiert und exploitiert der soziale Stoffwechsel ganze Ökosysteme. Diese drei Kapazitäten sind mit historisch-konkreten kapitalistischen Akkumulationsregimen verknüpft (28). Das Akkumulationsregime ist ein zentraler Begriff der französischen Regulationsschule. Sie analysiert die Produktion und die erweiterte Reproduktion des Kapitals, zu der Pineault auch die Care-Arbeit zählt, als Totalität und Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung (39).

Der wertmäßige Output (z. B. Investitions- und Konsumgüter, Services, Bauwerke), wie ihn das BIP ermittelt, gilt in kapitalistischen Gesellschaften als Maß der Wirtschaftsleistung. Für Pineault hingegen ist der Durchsatz – eine Flussgröße – die „umfassendere Kategorie und Realität als die Wirtschaftsleistung" (45). Biophysikalisch betrachtet nimmt der Durchsatz die Formen von Materie und Energie an, die aus „Ökosysteme(n), geologischen Formatione(n), Atmosphäre (und) Ozeane(n)" entnommen werden, dann als linearer, irreversibler Strom durch gesellschaftliche Produktions-, Verwertungs- und Konsumbeziehungen fließen und schließlich als Müll abgelagert werden (47).

In Anlehnung an Haberl sind in Pineaults Ansatz Material- und Energieflüsse (Biomasse, fossile Brennstoffe, Metalle und Sand) sowie Materialbestände (Bauwerke und produzierte Artefakte sowie Anlagen) und soziale Praxen (bezahlte und Care-Arbeit, Freizeit, Normen und Regeln) in einer Triangel-Beziehung miteinander verzahnt (65). Die jeweiligen Pole bedingen, begrenzen, ermöglichen und vermitteln die Verhältnisse. In einer kapitalistischen Gesellschaft wird dieser Nexus zwischen Flüssen, Beständen und Praxen von Eigen-

tumsverhältnissen dominiert (65). Sind die sich wechselseitig konstituierenden Flüsse zwischen den Polen einmal in Gang gesetzt, nimmt der Akkumulationsprozess seinen nur durch Krisen gebremsten Lauf. Auch dann, wenn sich die Ressourcenknappheit deutlich abzeichnet, nehmen kapitalistische Gesellschaften dies nicht einfach hin, sondern versuchen aus Gründen der weiteren Profitgenerierung – und mit Unterstützung durch Finanzinvestoren – immer wieder die Grenzen mit Hilfe neuer Technologien zu verschieben.

In den Begriffen der Mainstream-Ökonomie ist der Wirtschaftsprozess in Ökosysteme und biochemische Kreisläufe eingebettet. Gerade an der Grenze zwischen ökonomischen Prozessen und der natürlichen Umwelt werden die Auswirkungen der biophysikalischen Aktivitäten organischer Systeme sichtbar (81). Die rücksichtslose, von Profitinteressen getriebene Extraktion biotischer und organischer Stoffe sowie der Abbau von Produkten aus geologischen Kreisläufen beeinflussen die Beziehungen in den Ökosystemen, wirken häufig regressiv und können zum Kollaps ganzer Ökosysteme führen (81 f.). Ökomarxisten wie John Belamy Forster bezeichnen solche Konstellation daher als „ökologischen Riss" (82).

Historisch betrachtet analysiert Pineault zwei Stoffwechselregime: den agrarischen und den fossil-industriellen Metabolismus, wobei diese Klassifikation in ihrer Abfolge nur bedingt mit den Pfaden der kapitalistischen Produktionsweise einhergehen (88). Für das agrarische, weitgehend auf Subsistenzwirtschaft beschränkte Stoffwechselregime sind zwei Aspekte bedeutsam: Erstens wird dabei ein biophysikalisches Mehrprodukt erzeugt bzw. angeeignet, das auf der Nettoprimärproduktion basiert. Zweitens wird dieses Mehrprodukt im Rahmen von nicht-landwirtschaftlichen Beziehungen – etwa einer städtischen Bevölkerung – konsumiert und entsorgt (94 f.).

Das fossil-basierten Stoffwechselregime hat sich im Laufe der Zeit von der Bindung an ökologische Kreisläufe gelöst. Die Anfänge dieses Stoffwechselregimes reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück, der große Durchbruch kam mit der industriellen Revolution ab dem 19. Jahrhundert. Vor allem die Nutzung von Kohle, um mehr Kohle für den Antrieb von Maschinen zu gewinnen, machte den Unterschied: „Die rekursive Anwendung von extrahierter Energie und Materie auf die extraktive Tätigkeit vergrößert den Bestand an zugänglichen Quellen für Materie und Energie" (105). Genau dieses Prinzip wird heute bei der Erschließung bisher unrentabler Öl- und Gasvorkommen angewandt und verschärft die ökologischen und klimatischen Probleme.

Charakteristisch für den kapitalistischen Stoffwechsel sind extensive und intensive Akkumulation, wie sie die Regulationsschule seit den 1970er-Jahren als einander ausschließende Formen beschrieb. Für Pineault hingegen sind sie in einem Akkumulationsregime eng miteinander verwoben (133, Fn. 8). Die biophysikalischen und ökologischen Kräfte der extensiven Akkumulation steigern z. B. das Wachstum und den Durchsatz der extraktiven und agroindustriellen Industrien. Das größere Angebot führt zu größerer Nachfrage, die wiederum in einem rekursiven Effekt zu größerer Extraktion führt: Stoffwechselpro-

zesse und ökonomische Prozesse verstärken sich gegenseitig (133). Die intensive Akkumulation führt zu einer qualitativen Veränderung des Stoffwechsels: Anstatt einzelne Elemente zu extrahieren, werden der Natur nun komplexere Stoffe entzogen, und damit steigt auch der Energieverbrauch pro Arbeitseinheit (135).

In vorkapitalistischen Gesellschaften dominierte der Stoffwechsel von Biomasse, mit der industriellen Revolution setzte sich der fossile Stoffwechsel durch und nach 1950 kam es Pineault zufolge zu einem bedeutenden Umbruch, den er als „große Beschleunigung" (ein Begriff aus der Anthropozän-Forschung) bezeichnet (143). In dem damit verbundenen Akkumulationsregime sind extensive und intensive Akkumulation aufs Engste verknüpft und bewirken ein exponentielles Wachstum des fossil-industriellen Stoffwechsels. Aufgrund ihrer ökonomischen Macht profitieren davon Oligopole in Form wachsender materieller Bestände. Dieses Wachstum wiederum führt in einer Art Tretmühleneffekt zu immer höheren Investitionen und weiterer Akkumulation – und einer weiteren Ballung wirtschaftlicher Macht. Die Schlussfolgerung von Pineault: „Eine ökologische und gerechte Gesellschaft muss … mit einem Großteil der Materialität und der Stoffwechselmuster brechen" (169).

Fazit: Pineault liefert in seiner Studie einen kompakten, empirisch gesättigten und argumentativ schlüssigen Überblick über die Arbeitsweise und die zentralen Stoffwechselprozesse im Kapitalismus. Er verknüpft aus dialektischer Sicht eine naturwissenschaftlich fundierte Material- und Energieflussanalyse mit einer Einschätzung des fortgeschrittenen Kapitalismus. Pineaults Ansatz einer sozialen Ökologie bietet einen ersten Rahmen für die Analyse und Erklärung der sich gegenseitig konstituierenden und bedingenden geophysikalischen Entitäten und der kapitalistischen Produktionsweise sowie der jeweils spezifischen geophysikalischen und kapitalistisch-ökonomischen Antagonismen. Offen bleibt erstens die Rolle des Staates, zweitens eine Verknüpfung mit den Vorschlägen der Degrowth-Bewegung und drittens eine Analyse der Vergabe, Steuerung und Auswirkungen von Krediten, Staats- und Unternehmensanleihen für Investitionen in bio- und geophysikalische Projekte. Meine Leseempfehlung zum Thema Degrowth: Matthias Schmelzer, Aaron Vansintjan, Andrea Vetter: The Future Is Degrowth. A Guide to a World beyond Capitalism, London 2022. Eine erste Orientierung über die Bedeutung des Finanz- und Kreditsystems für die Akkumulation bietet Stefano Breda: Kredit und Kapital, Würzburg 2019.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Peter Pistorius: Rudolf Breitscheid 1874-1944. Kampf um Wahrheit und Macht. Schüren Verlag, Marburg 2024, 232 Seiten, 28 €. ISBN 978-3-7410-0290-8.

Lang ist es her, dass Peter Pistorius 1968 mit dem Titel „Rudolf Breitscheid 1874-1944. Ein biografischer Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte" seine Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln vorgelegt hat. Im Jahre 2024 jährte sich Breitscheids Geburt am 2.11.1874 zum 150. Male, ebenso wie sich sein Tod im KZ

Buchenwald am 24.8.1944 zum 80. Mal jährte. Mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung kann Pistorius' Dissertation nun einer breiteren, fachlich interessierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, zumal – wie der Autor feststellt – zum Erkenntnisstand über das Wirken Breitscheids seitdem „wenig umstürzend Neues hinzugekommen" ist (S. 217).

Das aktuell verfasste Vorwort des Autors weist schon unausgesprochen darauf hin, dass es im roten Faden des politischen Lebens des Kölners Rudolf Breitscheid einige Parallelen zu Georg Ledebour gab. Wie dieser eine Generation zuvor, begann Breitscheid seine politische Laufbahn im Links- und Sozialliberalismus, konkret in der „Freisinnigen Vereinigung". Enttäuscht vom matten Linksliberalismus des Kaiserreichs schloss er sich 1912 der SPD an wie schon Ledebour 21 Jahre zuvor. Und genauso war er wohl ein oft dickköpfiger Streiter für die Werte, die ihm am Herzen lagen: Freiheit, Demokratie und Persönlichkeitsrechte. Ein „Diener einer reinen Idee", auch das eine Übereinstimmung.

Breitscheid legte in Köln das Abitur ab und nahm in München das Jurastudium auf, um schnell nach Marburg zu wechseln, um Nationalökonomie zu studieren. Er engagierte sich in einer Burschenschaft, promovierte über koloniale Wirtschaftspolitik, orientierte sich am Linksliberalismus und wurde zum Journalisten. Das Kapitel „Der Demokrat (1903-1912)" zeichnet die Stationen der ersten Etappe von Breitscheids politischem Engagement nach (S. 21-66). In Kolonialfragen dachte er zunächst durchaus imperialistisch. Gleichzeitig öffnete er sich der politischen Kooperation mit der Sozialdemokratie und folgte hier, wie Pistorius herausarbeitet, Theodor Barth, eine der Leitpersönlichkeiten der „Freisinnigen Vereinigung". Die Schnittmengen wuchsen ständig, sei es der Kampf für ein demokratisches Preußenwahlrecht, jener gegen die Schutzzollpolitik oder das Eintreten für eine tiefgreifende Demokratisierung der politischen Ordnung. Seit 1903 strebte Breitscheid einen „Block der Linken" als Alternative zum „Bülow-Block" an, eine Frage, die seine Partei zerriss und zur Gründung der „Demokratischen Vereinigung" führte, deren Vorsitzender Breitscheid wurde. Doch mit den marginalen Wahlergebnissen bei den Reichstagswahlen 1912 hatte sich diese Parteigründung, wie einst schon Ledebours „Demokratische Partei" von 1885-1887, als politische Sackgasse erwiesen. Im Frühjahr 1912 trat Breitscheid der SPD bei. Pistorius dazu: „Sein Eintritt in die SPD war ein Parteibuchwechsel, nicht eine Änderung der Gesinnung" (S. 66).

Das nachfolgende Kapitel trägt die Überschrift: „Der Sozialist (1912-1922)". Dass Pistorius in seinen einleitenden Bemerkungen darauf verweist, dass Breitscheid politische Konflikte in der eigenen Partei nicht scheute, sie sogar voranzutreiben half, was oft in Spaltungsprozesse einmündete, kennzeichnet ihn als den angesprochenen „Diener einer reinen Idee". Sein Aufstieg in der SPD verlief dann auch alles Andere als geräuschlos. Kontakte besaß er über das Café Josty am Potsdamer Platz, wo sich Genossen wie Friedrich Stampfer, Ludwig Frank, aber auch Karl Liebknecht, Rudolf Hilferding, Philipp Scheidemann und weitere häufig trafen. Dies führte ihn zur Mitarbeit in der Partei-

presse und ließ ihn gleichzeitig Beiträge für Kautskys „Neue Zeit“ verfassen. 1915 stieß er zur sich bildenden innerparteilichen Opposition gegen die Politik des „Burgfriedens“. Die Zeitschrift „Sozialistische Außenpolitik“, gegründet 1915 und während der Revolution 1918/19 umbenannt in „Der Sozialist“, sollte ein publizistischer inhaltlicher Sammelpunkt der Opposition in der SPD sein und über die Kriegsfronten hinweg auch internationale Repräsentanten des Sozialismus zu Wort kommen lassen, was allerdings stets an der Zensur scheiterte. Damit waren seinen schon aus linksliberalen Zeiten stammenden Versuchen erhebliche Grenzen gesetzt, die Beispiele weitergehender Demokratisierung wie in Großbritannien oder den skandinavischen Ländern zu popularisieren, um Deutschland und insbesondere Preußen auf diesem Weg voranzutreiben. Als Vertreter eines Verständigungsfriedens mit einem Faible für eine Außenpolitik, die die Sicherheitsinteressen der Gegner zu verstehen versuchte, machte er sich durchaus unbeliebt bei den Befürwortern des „Burgfriedens“ und ließ ihn zur USPD hinzu stoßen, die im April 1917 in Gotha gegründet wurde, während Breitscheid zum Kriegsdienst an der Westfront eingezogen worden war. Seine publizistische Arbeit übernahm seine Frau Tony Breitscheid, mit der er seit 1901 verheiratet war. Sie repräsentierte die radikale Frauenbewegung in Deutschland und engagierte sich ebenfalls in der USPD. Die Revolution machte ihn kurzzeitig zum preußischen Volksbeauftragten und Innenminister und zum Pendant des späteren Ministerpräsidenten Paul Hirsch. Nach dem Bruch zwischen USPD und SPD um den Jahreswechsel 1918/19 blieb er in der USPD ein Vertreter eines demokratischen Sozialismus, der 1922 die Wiedervereinigung mit der SPD begrüßte.

„Der Republikaner“ ist das die Jahre von 1922-1933 thematisierende Kapitel benannt, das Breitscheids Wirken als Außenpolitiker der SPD und als führender Parlamentarier und seit 1928 Fraktionsvorsitzender untersucht (S. 119-165). Als sozialdemokratischer Experte und als Verständigungspolitiker gerade in Richtung Frankreich gewann er Ansehen und ergänzte sich auch auf internationalem Parkett mit Reichsaußenminister Gustav Stresemann. Als Parlamentsredner war er geachtet wie gefürchtet. Doch seine Versuche, die sich wieder heftig streitende Partei und Fraktion in Fragen wie dem Panzerkreuzerbau oder der Tolerierung der Präsidialregierung Brüning zu einen, waren zum Scheitern verurteilt. Wie so viele Repräsentanten beider Arbeiterparteien verkannte er das Gewaltpotenzial und die Brutalität des Machtwillens des Hitlerfaschismus. Es blieb den Breitscheids nur den Weg über die Schweiz ins französische Exil.

„Am Abgrund“ stehend (S. 167-212) mussten sie erleben, wie sich die NS-Diktatur festigte und ein erfolgreicher Arbeiterwiderstand nicht zu erwarten war. In Paris nahm Breitscheid am Versuch der Bildung einer Volksfront gegen Hitler teil und wirkte hier im „Lutetia Kreis“ mit Heinrich Mann als Sprecher. Doch die Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten blieben unüberbrückbar, so dass dieser Versuch im Laufe des Jahre 1936 scheiterte. Vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris nach Marseille geflohen,

lieferte das Vichy-Regime Breitscheid an die Gestapo aus. 1942 steckte das NS-Regime die Breitscheids ins KZ Sachsenhausen, im September 1943 ins KZ Buchenwald. Hier kam Breitscheid am 24.8.1944 bei einem Luftangriff ums Leben; ob er verschüttet wurde und starb oder bei dieser Gelegenheit ermordet wurde, ist nicht aufzuklären, da seine Frau Tony den Angriff überlebte, aber bewusstlos war und sich nicht erinnern konnte. Ihre Briefe aus Kopenhagen an Peter Pistorius sind in Auszügen abgedruckt. Sie starb dort 1968.

Eingeleitet wird dieser Band durch ein Gespräch von Martin Schulz (Vorsitzender der FES) mit Peter Pistorius und Sabine Hering. Ein Epilog, eine kurze Erläuterung der Entstehungsgeschichte dieses Buches, dem durchaus einige Mängel in den Fußnoten anzukreiden sind, und der übliche Anhang beschließen die Lektüre.

Holger Czitrich-Stahl

Wilhelm Wehner – Anarchist, Syndikalist, Antimilitarist, Freigeist und Naturfreund. Initiative gegen das Vergessen Schweinfurt (Hrsg.). Verlag Rudolph Druck, Schweinfurt 2025, 140 Seiten.

Die Geschichte des Metallarbeiters und Anarcho-Syndikalisten Wilhelm Wehner soll gemäß Herausgeberin, der „Initiative gegen das Vergessen Schweinfurt“, ein Dokument sein wider das Vergessen der Aktivisten, die die soziale, kulturelle und politische Arbeiterbewegung prägten. Anhand von Wehners außerordentlichem Nachlass aus ca. 600 Fotografien und verschiedenen Dokumenten zeichnet der Autor Norbert Lenhard den politischen und wirtschaftlichen Kontext von Wehners Wirken in Schweinfurt und darüber hinaus nach. In zwölf Kapiteln stellt er biografische Abschnitte neben die Schilderung wesentlicher Ereignisse der Schweinfurter Arbeiterbewegung und ihres Netzwerks sowie entscheidender überlokaler Entwicklungen um die Weltkriege herum.

Wilhelm Wehner, geboren 1885, trat bereits mit 17 Jahren der sozialdemokratischen Partei bei und arbeitete an verschiedenen anarchistischen Zeitschriften mit. Mit 21 ging er nach Berlin, wo er sich der Anarchistischen Föderation und dem Sozialistischen Bund (SB) Gustav Landauers anschloss, und später u. a. nach Mannheim und Stuttgart. Wohin immer er kam, warb er für den SB. 1913 kehrte er zurück nach Schweinfurt, gründete ein Jahr später die Ortsgruppe der Naturfreunde und 1915 eine Familie mit dem Stuttgarter Dienstmädchen Maria Luise Dengler und ihrem 4-jährigen Sohn. Schon früh verbüßte er erste Gefängnisstrafen für Veröffentlichungen, die er redaktionell verantwortet hatte, wegen „sicherheitsgefährdender Umtriebe“ und mehrfach wegen seiner antimilitaristischen Überzeugung, für die er während des Ersten Weltkriegs standhaft den Wehrdienst verweigerte. Nach Kriegsende begann er, in Schweinfurt eine syndikalistische Gewerkschaft aufzubauen und rief 1919 die Schweinfurter Räterepublik aus. In den 1920er-Jahren engagierte er sich maßgeblich in der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD), musste jedoch zeitweise außerhalb Schweinfurts nach Arbeit suchen, weil er wegen Beteiligungen an Streiks auf einer Schwarzen

Liste stand. Nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die Stadt als bedeutender Standort der Rüstungsindustrie stark zerstört wurde, hatte Wehner Mühe, über die Runden zu kommen. Die kleine Invalidenrente und die Entschädigung als politisch Verfolgter reichten nicht, so dass er auf seinen alten Genossen Rudolf Rocker zurückgreifen musste, der in den USA im Exil lebte und sich sehr um die Unterstützung der europäischen Anarchisten bemühte. Trotz Krankheit hielt Wehner es für nötig, nach der NS-Diktatur wieder politisch tätig zu sein, trat gegen seine Überzeugung in die 1945 gegründete IG Metall ein und schloss sich der Föderation Freiheitlicher Sozialisten an. Bis in die 1960er hinein traf er sich weiter zu Diskussionen mit Genossen, darunter Rudolf Keinholz. Er starb 1968 in einem Seniorenheim.

In Schweinfurt formierte sich schon Ende des 19. Jahrhunderts eine organisierte Arbeiterschaft. 1883 schlossen sich zunächst die Schuhmacher zusammen, 1889 wurde die Gewerkschaft der Metallarbeiter gegründet, der weitere folgten, und 1895 entstand eine Konsumgenossenschaft. Die Arbeiter verbanden sich in Parteien, Kultur-, Sport- und Sozialvereinen, wie den Naturfreunden und der Freigeistigen Gemeinde. Die Anarchisten organisierten vielfältige Bildungsveranstaltungen, in denen auch Wehner Vorträge hielt. Sie setzten sich für die vollständige Gleichberechtigung von Frauen ein, propagierten Familienplanung und Empfängnisverhütung ebenso wie praktischere Frauenkleidung.

Zu den großen politischen Aktionen, von denen das Buch berichtet, zählt der Schweinfurter Bierkrieg 1910, der ganz Bayern erfasste, da es um ein Grundnahrungsmittel ging, aber auch um ein wesentliches Element der Wirtshauskultur, die der Autor als Fluchtmöglichkeit aus beengten Wohnverhältnissen beschreibt, einen Ort der Entspannung aber auch der politischen Debatten und der Klassensolidarität – freilich, wie er eher nebenher bemerkt, nicht für Frauen. Dieser Protest, ebenso wie der gegen den Lohnsteuerabzug, der 1920 zur Finanzierung der Kriegsschulden eingeführt wurde, oder der große Streik in der Schweinfurter Kugellagerindustrie im gleichen Jahr, endeten in Niederlagen, obwohl sie von großer Solidarität unter den unmittelbar Beteiligten und Unterstützern getragen waren.

Ähnlich scheiterten auch die Bemühungen um eine politische Neuordnung nach der Revolution 1918 trotz großen Engagements. Der von Kurt Eisner Ende 1918 ausgerufene Freistaat Bayern, der erhebliche Fortschritte brachte, so das allgemeine und v. a. auch das Frauenwahlrecht, die Trennung von Staat und Kirche und den 8-Stunden-Tag, währte nur knapp 5 Monate. Die nach seiner Ermordung ausgerufenen Räterepubliken in mehreren bayrischen Städten überdauerten nur wenige Tage. Zwischen 1920 und 1932 warb der Ortsverein Schweinfurt der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) mit vielfältigen Veranstaltungen, darunter auch Gastvorträgen, etwa Rudolf Rockers und Emma Goldmanns, für den Anarcho-Syndikalismus. 1921 gründete sich auch eine Ortsgruppe des syndikalistischen Frauenbundes. Der anarcho-syndikalistische Gedanke, der freiheitliche Sozialismus, der Wehner vorschwebte, hatte seine Blüte in der Zwischenkriegszeit und ging schon

gegen Ende der 1920er-Jahre dem Abstieg entgegen – nicht zuletzt auf Grund der Weltwirtschaftskrise. Wehners Bemühen, ihn nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu beleben, hatte wenig Chancen und konnte den wirtschaftlichen Aufschwung der 1960er-Jahre nicht überstehen.

Das Buch wird abgerundet durch einen sehr persönlichen Bericht der Historikerin Gisela Notz über ihren Großvater, den Schweinfurter Anarchosyndikalisten und Freund Wehners, Rudolf Keinholz. Der engagierte Gewerkschafter und Freidenker war u. a. 1917 an der Gründung einer Baugenossenschaft beteiligt, die bis 1920 eine Arbeitersiedlung am Stadtrand errichtete, die Schweinfurter Gartenstadt, in der Gisela Notz selbst aufgewachsen ist.

Kurze Einführungen in die Ideen der zwei Denker, die Wehner wesentlich beeinflussten, ergänzen das Bild. Gisela Notz stellt die Utopie Gustav Landauers, des Gründers des Sozialistischen Bundes, vor. Der Historiker Helge Döhring, Mitbegründer des Instituts für Syndikalismus-Forschung, erläutert die Grundüberzeugungen Rudolf Rockers, des Ideengebers des Föderalismus.

Eine ausführliche Zeittafel bietet zum Schluss einen Überblick der Ereignisse von 1885, dem Geburtsjahr Wehners, bis zu seinem Tod 1968. Verzeichnisse der vorkommenden Personen und separat der Schweinfurter Anarchisten, der damals herausgegebenen Zeitschriften und der verwendeten Literatur vervollkommnen das inhaltsvolle, reichlich bebilderte schmale Buch, das auch für Leser:innen ohne speziellen Bezug zu Schweinfurt interessant ist.

Eveline Linke

Hartfrid Krause: Die Genossinnen in der USPD. USPD-Frauen in leitender Stellung. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2015, 201 Seiten, 25 €. ISBN 978-3-89691-133-9.

Hartfrid Krause, der sich bereits 1975 mit einer Arbeit über die Geschichte der USPD zu Wort gemeldet hatte, setzt mit diesem Buch die Ernte seiner Forschungen im 21. Jahrhundert fort. Er legte 2021 eine Gesamtdarstellung der Geschichte der USPD für die Jahre 1917-1931 vor. Er setzte ich mit den Biografien bedeutender Persönlichkeiten in der Entwicklung der Partei auseinander (Rosa Luxemburg, Paul Levi, Arthur Crispien, Ernst Däumig, Georg Ledebour, Theodor Liebknecht). Großer Dank gebührt ihm für seine maßgebliche Rolle bei der Neuherausgabe der Protokolle der Parteitage und Reichskonferenzen der USPD in fünf Bänden, mit der ein leichter Zugriff auf diese parteigeschichtlichen Quellen, die sonst nur schwer zugänglich wären, ermöglicht wird. Gleiches gilt für die bibliografische Aufarbeitung von Flugschriften und Broschüren der USPD.

Nachdem Krause 2024 über die Jugend in der USPD und deren Organisation „Sozialistische Proletarierjugend“ publiziert hatte, wendet er sich in dem hier anzuzeigenden Buch den Frauen in der USPD zu. Seit Langem wird in der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung beklagt, die Rolle der Frauen werde generell zu wenig erforscht, die Arbeiterbewegung erscheine als eine Angelegenheit des männlichen Geschlechts. Die tatsächlich viele Jahrzehnte andauernde Männerdominanz aber verzeichnete nicht nur das reale Bild,

sondern hatte auch eine die Forschung erschwerende Wirkung auf die Quellenüberlieferung über die Frauenbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung und in ihren politischen Parteien. Davon ist auch das Buch von Hartfrid Krause betroffen. So lesen wir hier keine in sich geschlossene Monografie, sondern haben das Arbeitsbuch eines Forschers vor Augen, der aufklären will, woher die Frauen in der USPD kamen, welche Ausbildung sie hatten, wie sie sich im Spaltungsprozess der USPD verhielten und wie und wo sie sich nach dem Ende der USPD 1922, nach 1933 und nach 1945 engagierten. Krause ermittelte die freilich lückenhaften Personaldaten von fast 360 Frauen, die für die USPD im Reichstag, in Landtagen, im Parteivorstand, als Parteitagsdelegierte oder als Stadtverordnete in Erscheinung getreten sind. Sie sind die Grundlage für die drei Teile, in die das Buch aufgeteilt ist.

Im ersten Teil, der den Aktivitäten der USPD-Frauen in Parlamenten und Parteigremien gewidmet ist, stellt der Autor zunächst in statistischen Tabellen Ergebnisse seiner Berechnungen über ihr Alter, ihre berufliche Qualifikation und ihre Wohnorte dar. Weitere statistische Angaben findet der Leser über ihre Rolle auf Parteitagen, insbesondere über ihre Haltung zu einem an 21 Bedingungen geknüpften Anschluss ihrer Partei an die Kommunistische Internationale sowie zum Übertritt der Mehrheit der weiblichen Parteitagsdelegierten der USPD-Delegierten in die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 1920. Was diesen Aspekt betrifft, so folgert Krause, dass sich über 60 Prozent der unter 35 Jahre alten USPD-Frauen für die VKPD entschieden, während „fast die Mehrheit" der über Vierzigjährigen in der USPD verblieben und 1922 in die SPD zurückkehrte (S. 17).

Im Blick auf die Gesamtmitglieder der USPD nennt Krause für März 1919 die Zahl 300.000, von denen 70.000 Frauen gewesen seien (S. 29). Die dem Buch zugrunde liegende Datenmenge für eine soziologisch-statistische Untersuchung der gesamten weiblichen Mitgliedschaft der USPD ist vergleichsweise sehr klein. Zweifel an der Belastbarkeit der aus den Tabellen gezogenen Verallgemeinerungen können im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden. Der kühne Schritt des Autors, auch aus verhältnismäßig wenigen Daten einen Einblick in die Strukturen der weiblichen Mitgliedschaft zu gewinnen sollte jedoch Ansporn sein, weiter an der Vermehrung des Datenmaterials zu arbeiten.

Die meisten Seiten des ersten Buchteils sind den Aktivitäten von Frauen in Partei- und Parlamentsgremien vorbehalten. Krause analysiert und würdigt die Auftritte der als USPD-Rednerinnen von der Konferenz der SPD-Parteiopposition im Januar und dem Gründungsparteitag der USPD im April 1917, über die Nationalversammlung 1919-1920, die Reichstagssitzungen 1920-1922 bis zu allen Parteitagen und Reichsfrauenkonferenzen der USPD. Das beginnt im Januar 1917 mit Käte Duncker und rückt im Folgenden Luise Zietz, Tony Sender, Mathilde Wurm und Bertha Braunthal in den Mittelpunkt. Ausgelassen ist auch Clara Zetkin nicht, die bereits auf dem Parteitag der USPD im März 1919 ihren Wechsel in die KPD begründet, ein frühes Vorzeichen für den Spaltungsprozess in der USPD im Jahre 1920. Krause

gelingt es, in Form einer kommentierten Wiedergabe von Kernaussagen der USPD-Sprecherinnen überzeugend zu dokumentieren, dass die Frauen in dieser Partei nach ihrem in der Revolution erkämpften Wahlrecht nicht bei der Behandlung von Frauenrechtsangelegenheiten stehen blieben, sondern ihre Gleichberechtigung umfassend einforderten und wahrnahmen, indem sie sich zu allen Grundfragen der Politik engagiert und kompetent äußerten und ihre innen- und sozialpolitischen Forderungen begründeten. Krause zitiert längere Passagen aus ihren Reden und zeigt deren Aktualität, wenn er diese Forderungen zur heutigen politischen Wirklichkeit in Beziehung setzt.

Zugleich werden in diesem Kapitel die sich zuspitzenden Differenzen zwischen den „zentristischen USPD-Frauen" und den „linken USPD-Frauen" hervorgehoben. Gemeint sind einerseits die USPD-Frauen in der linkssozialdemokratische Strömung in der USPD, die an das Erfurter Programm der SPD 1891 anknüpften und zum revolutionären Potenzial in der Revolution von 1918/19 gehörten, aber 1922 in die SPD zurückkehrten, und andererseits jene, die an die Möglichkeit glaubten, das nach der Revolution fortbestehende kapitalistische Gesellschaftssystem durch unbeirrten Kurs auf eine zweite Revolution doch noch stürzen zu können und sich deshalb der KPD annäherten und 1920 zu dieser übertraten. Krause versucht, diese beiden Typen von USPD-Frauen in einer Tabelle (S. 65) gegenüberzustellen. Leider erweist sich diese Methode, historische Vergleiche, zumal für die Entwicklung der politischen Biografien historischer Akteure anzustellen, als ungeeignet. Menschen bleiben auch in der Gemeinschaft immer Individuen. Das sollte bei dem Versuch, eine kollektive Biografie anzustellen, beachtet werden. Diese Tabelle pauschalisiert und vergröbert, so dass Differenzierungen in den beiden Strömungen unsichtbar werden.

Der zweite Teil des Buches (S. 66-174) bietet die mit Quellen belegten Kurzbiografien von 123 Frauen, die alle mehr oder weniger lang, eine Beziehung zur USPD hatten. Die Kurzbiografien fußen auf unterschiedlichen Veröffentlichungen: Biografische Lexika, Parlamentshandbücher, Wikipedia-Einträge usw. Den meisten Kurzbiografien ist ein Porträtfoto beigefügt. Erstmals ist es möglich, die Lebensläufe einer großen Gruppe repräsentativer Frauen aus der Geschichte der USPD im Vergleich miteinander zu lesen. Zu bedauern ist, dass nicht bereits im ersten Datenteil Auskunft über die Zeit der Zugehörigkeit zur USPD gegeben wird und gerade das unter den erfreulich vielen Daten letztlich am Rande notiert erscheint. Größere Lektorats-Aufwendungen hätten überhaupt dem Werk gut getan. Für den Leser wäre es weniger anstrengend, wenn ihm erst die Frauen in der USPD vorgestellt und anschließend ihre Aktivitäten und Personaldaten analysiert werden.

Der dritte Teil des Buches bietet auf den Seiten 177-194 eine tabellarische Übersicht über alle Frauen, deren biografische Daten dem Buch zugrunde liegen, also auch jener, über die nur so geringe Auskünfte bekannt sind, dass eine Kurzbiografie (noch) nicht verfasst werden konnte. Auch diese Tabelle holt viele Frauen in der USPD, zumeist bisher namenlose in der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung, aus dem Ver-

gessen und gibt ihnen ein mehr oder weniger deutlich zu erkennendes Gesicht. Hartfrid Krauses engagierte Detailforschung zeigt Wege, auf denen – freilich mühevoll – die großen Lücken in der Beachtung der Frauen in der Historiografie über die Arbeiterbewegung geschlossen werden können. Das erscheint in der Darstellung der Geschichte der USPD, der Massenpartei mit der kürzesten Lebensdauer, besonders wichtig, ist doch, wie der Autor wiederholt zu erkennen gibt, gerade das Erbe dieser Partei im Erfolg wie im Niedergang Anregung für Positionsbestimmungen heutiger linker Parteien und Organisationen. Hier ergibt sich ein interessantes Feld für die Arbeit lokaler und regionaler Geschichtswerkstätten, von Hobbysammlern und -forschern, die sich mit Hinweisen an Hartfrid Krause wenden sollten.

Gerhard Engel

Siegfried Prokop: Das Doppelte Deutschland. Probleme der Geschichte der DDR. Die Ulbricht Ära (1950-1970). trafo Verlag, Berlin 2024. 2. Auflage, 435 Seiten.

Ausführlich geht Prof. Siegfried Prokop in seiner erweiterten Neuauflage des obigen Titels auf die prinzipiellen Unterschiede zwischen der BRD und der DDR ein. Er hebt hervor, dass es in der DDR keine Existenzangst gab. Ferner betont er, dass das bürgerliche Bildungs- und Eigentumsmonopol gebrochen war. Insbesondere hebt der Autor hervor, dass die Außenpolitik der DDR in allen Etappen ihres Bestehens darin bestand, dass nie wieder von deutschem Boden ein Krieg geführt wird.

S. Prokop unterteilt die Publikation in drei Kapitel. Im ersten Kapitel geht er folgerichtig auf die Gründung der DDR ein und charakterisiert sie als Staat der kleinen Leute. Als besonders positiv erläutert S. Prokop, dass die junge Republik erstmalig in Berlin gegründet wurde im Gegensatz zum Kaiserstaat, der in Versailles gegründet wurde, und der Weimarer Republik. Auf 146 Seiten schildert der Autor den schwierigen Entwicklungsweg des jungen Staates, der im Einzelnen nicht auf Grund der Fülle von exakt Recherchiertem dargelegt werden kann.

Besonders ausführlich schildert S. Prokop die Ereignisse des 17. Juni 1953, angefangen mit Berichten aus unterschiedlichen Betrieben des Landes. In einer zweiseitigen Tabelle belegt er die Betriebe, die an den Streiks und Demonstrationen beteiligt waren. Interessante Fakten zum Ausnahmezustand vermittelt der Autor, warnt zu Recht vor irreführenden Bewertungen des 17. Juni und benennt dazu entsprechende Zeitzeugen wie den Historiker Ernst Niekisch und den Mediziner Theodor Brugsch nebst Bertolt Brecht.

Unter der Überschrift Kultur und Wissenschaft skizziert S. Prokop den Neuen Kurs der Regierung. Wichtige Fakten vermittelt der Autor den Nutzern der Publikation in Bezug auf eine Konföderation zwischen der BRD und der DDR als Zwischenlösung auf dem Weg zur Einheit Deutschlands.

Folgerichtig beschreibt S. Prokop, dass sich die DDR in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre gut entwickelte und einen beachtlichen internationalen Status errang. Zu Recht betont der Autor, dass die Sech-

zigerjahre die erfolgreichste Periode in der Geschichte der DDR waren. Diese These belegt er wiederum mit einer Fülle von Fakten und beschreibt ausführlich, dass Walter Ulbricht einen Lernprozess durchlief. Sehr konkret schildert er, wie wirtschaftliche Probleme bewältigt werden konnten und benennt zugleich die noch vorhandenen Defizite im Land.

S. Prokop unterteilt die Geschichte der DDR in drei Abschnitte nämlich die Zeit von 1949 bis 1961, 1961 bis 1989, 1989 bis 1990. Sehr gründlich erklärt er die Gründe für den Mauerbau und räumt mit der Behauptung auf, dass Walter Ulbricht die Mauer errichten wollte. Er belegt mit exakten Fakten, dass Nikita Chruschtschow den Befehl zum Mauerbau gab.

Die Leserinnen und Leser erfahren, dass das deutsch-deutsche Verhältnis weitgehend einfror, aber Walter Ulbricht bis in die Mitte der 60er-Jahre an dem Konföderationsbegriff festhielt.

Mit dem Programm-Entwurf des VI. Parteitages der SED skizziert S. Prokop den politischen Weg der DDR und zeigt den Unterschied zur Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern auf. Zugleich erläutert er den Sinn des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Wirtschaft und benennt zugleich die negativen Folgen der Breschnewpolitik gegen die Schritte von Walter Ulbricht.

Unter der Überschrift „Das schwierige Ende der Ulbricht-Ära“ analysiert der Autor, dass die DDR sich in allen Lebensfragen der Sowjetunion unterordnete und keinen eigenen Weg zum Sozialismus mehr ging.

In seinem Resümee hebt S. Prokop hervor, dass Walter Ulbricht seinem Nachfolger einen intakten Staat hinterließ mit weltweiter völkerrechtlicher Anerkennung im Gegensatz zum Ende der Ära Honecker.

Der große Vorzug des vorliegenden Buches besteht darin, dass der Autor die Geschichte der DDR von ihren Anfängen analysiert und nicht mit dem Ende der Republik.

Hervorzuheben ist die gute Lesbarkeit der Quellen auf der jeweiligen Seite der Publikation und der ausgezeichnete Anhangsapparat.

Günter Wehner

Katja Hoyer: Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949-1990. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 2023, 576 Seiten, 28 €. ISBN 978-3-455-01568-3.

Christina Morina: Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er-Jahren. Siedler Verlag, München 2023, 400 Seiten, 28 €. ISBN 978-3-8275-0132-5.

Beide Autorinnen der vorliegenden Bücher wurden in der DDR geboren: Christina Morina in Frankfurt/Oder, Katja Hoyer in Guben. Erstere lehrt als Professorin an der Universität Bielefeld, Letztere wirkt als Historikerin und Autorin in London. Beide haben 2023 umfangreiche Monografien mit historisch-politischen Betrachtungen zur DDR vorgelegt.

Katja Hoyer beginnt ihr Vorwort mit einer Skizze aus dem Leben der seinerzeit noch als Bundeskanzlerin amtierenden ehemaligen DDR-Bürgerin Angela Merkel

(CDU). Wie unzählige ehemalige DDR-Bürger auch war sie frustriert darüber, dass ihr früheres Leben in der DDR als unerheblich abgetan wurde. Überhaupt, so Hoyer, existiere ein „Prozess, die DDR aus der nationalen Erzählung herauszuschreiben" bzw. „als eine der deutschen Diktaturen" zu propagieren. Im Gegensatz zur angeblich positiven Kontinuität Westdeutschlands sei Ostdeutschland eine „Anomalie", „Geschichte wird von den Siegern geschrieben – auch die der DDR" (S. 18 ff.). Zurecht lehnt sie es ab, die DDR als statisches Ganzes zu betrachten, stattdessen will sie die verschiedenen Entwicklungsetappen, auf die hier nur kursorisch eingegangen werden kann, und deren gesellschaftliche und politische Wesenszüge und Resultate periodisieren und bewerten. Angesichts des üblichen und selbstgerechten DDR-Bashing ein wohltuender Anspruch. Immer wieder betont sie, wie wichtig ein differenzierter und offener Blick auf die DDR ist, und wie notwendig, das jetzt zu praktizieren.

Sie eröffnet ihre historischen Ausführungen mit einem Blick auf das Schicksal deutscher Kommunistinnen und Kommunisten im Moskauer Exil, viele mit großen Erwartungen in die neue Zeit, vor Hitler in die UdSSR geflohen, manche den Stalinschen Säuberungen zum Opfer fallend. Ihr Fazit: „Solche Muster von Verdächtigungen, Denunziationen und Verrat hinterließen bei den deutschen Kommunisten, die sie überlebten, tiefe Spuren, die sie nach dem Krieg in ihr Heimatland mitnahmen" (S. 42). Soviel zu den psychologisch-politischen Ausgangsbedingungen, die den Aufbau der DDR mitbeeinflussten. Dafür war die in Moskau errichtete „Karl-Liebknecht-Schule", in der auch Wladimir (Wolfgang) Leonhard unterrichtet wurde, eine entscheidende Sozialisationsinstanz, in der sowohl das Streben nach Höherem als auch die Klaustrophobie Hand in Hand gingen. Für diejenigen Kader, die nach dem 8. Mai 1945 nach Berlin bzw. in die Sowjetische Besatzungszone zurückkehrten, sei eine demokratischere Herrschaft als die, die nach 1945/49 errichtet wurde, kaum vorstellbar gewesen, schreibt Hoyer (S. 60) im 1. Kapitel „Gefangen zwischen Hitler und Stalin". Das 2. Kapitel ist mit „Auferstanden aus Ruinen" betitelt und wendet sich der Phase vom 8. Mai 1945 bis zur DDR-Gründung am 7. Oktober 1949 zu. Die quasi gesetzlose Zeit nach dem 8.5.1945 und der Potsdamer Konferenz ab der Julimitte 1945 brachte viel Leid vor allem für Frauen, die das offizielle Bild vom späteren Bruderstaat UdSSR trüben. „Befreiung" blieb mit diesem Beigeschmack für viele Betroffene, so Hoyer: „Ein seltsames Wort" (S. 71). Eine offenere Situation habe allerdings durch die oft spontane Bildung lokaler Antifa-Ausschüsse bestanden, die den Aufbau der zerstörten Kommunen in die eigenen Hände nahmen und so die durch das Naziregime verantworteten Trümmer zu beseitigen begannen. Doch ihre Blüte währte nur kurz, denn das Misstrauen ihnen gegenüber seitens der Mehrheit der deutschen Kommunisten und des NKWD war groß (S. 89 ff.). Die Durchsetzung der politischen Linie oblag bald der am 22.4.1946 gegründeten SED. So arbeitet sich Hoyer von einer historischen Wegmarke zur nächsten, die letztlich, bedingt durch den immer manifester werdenden Kalten Krieg, zur Gründung der BRD (23.5.1949) und der DDR

(7.10.1949) führten. Die DDR war Stalins ungewolltes Kind (S. 108). An jedem Kapitelbeginn steht eine Personifizierung. Bei „Geburtswehen (1949-1952)“ präsentiert Hoyer die Überreichung des Glückwunsch-Blumenstraußes für den frischgebackenen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, durch die FDJlerin Margot Feist, später Honecker (S. 110 ff.). Da die Autorin in der vormaligen „Wilhelm-Pieck-Stadt Guben“ geboren wurde, dürfen Bezüge zum Wirken des einzigen Staatspräsidenten der DDR wohl nicht fehlen, ebenso wenig zu den anderen zentralen Führungspersönlichkeiten Walter Ulbricht und Erich Honecker. Und natürlich zu Erich Mielke.

Doch wird Hoyer ihren selbst gesteckten Ansprüchen gerecht? Jein. Es gelingt ihr durchaus, ein facettenreicheres Bild der DDR zu entwerfen, das sich nicht in die Schwarz-Weiß-Klischees der Bashing-Literatur einordnet. Aber auch sie benutzt den Terminus „SED-Diktatur“, wenngleich sie diese Feststellung der Leninschen Interpretation der „Diktatur des Proletariats“ gleichsetzt (S. 149 ff.). Andererseits verliert sie nicht den Blick dafür, dass es an Schnittstellen der DDR-Entwicklung auch alternative Entwicklungsmöglichkeiten gab, auch wenn sich diese letztlich nicht durchsetzen konnten oder verhindert wurden. Dazu gehörte auch das „Neue Ökonomische System“ eines weniger zentralisierten Sozialismus in der Produktion in der ersten Hälfte der 1960er-Jahre. Überhaupt kommen Frei- oder Spielräume in der DDR durchaus zur Sprache, wenngleich sie nicht in allen Entwicklungsetappen gleichermaßen Entfaltungsmöglichkeiten boten oder besaßen. Der KSZE-Prozess nahm dabei eine Schlüsselrolle ein, doch gleichzeitig eröffnete er auch die Chance, neben den einforderbaren Bewegungsfreiheiten den Westen politisch intervenieren zu lassen. Die Rolle der Kirchen war keineswegs eine unterdrückte und noch weniger die einer „Staatskirche“. Schattierungsnuancen zwischen Schwarz und Weiß kann Hoyer so nachvollziehbar ausleuchten. So gerät wieder die Entwicklung Angela Merkels in den Fokus, die dieses beschreibt. Doch warum ging die DDR unter?

Als in den 1980er-Jahren Stagnation und Krise allgegenwärtiger und als solche empfunden wurden, verhärtete sich der Umgang der Staatsgewalt mit den aufkeimenden Bewegungen der Unzufriedenen: Umwelt- und Friedensgruppen, Menschenrechtsgruppen, Dissidenten der Kultur etc. wurden bespitzelt, unterwandert, polizeilich oder vom MfS angegangen. Das war der falsche Weg zur Pazifizierung der Konflikte und suchte nach seinem Ventil im Jahr 1989. Umgekehrt heißt dies aber auch, Hoyer spricht es nicht explizit an, lässt es aber zwischen den Zeilen durchblicken, hätten die Regierung und ihre Organe auch Handlungsalternativen gehabt. Denn weder waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihrer Regierung gegenüber ablehnend eingestellt, noch – und das hätte sie stärker herausarbeiten können –, gab es qua Verfassung nicht auch für die „große Politik“ Stellschrauben für mehr Demokratie und Reformen. Doch das Misstrauen der unter Stalin sozialisierten Kader verhinderte wirkliche Öffnungsprozesse. Dies wiederum macht die Autorin in Bezug auf die Endphase der DDR deutlich. Die DDR war niemals von vornherein zum Scheitern verurteilt, gravierende politische Fehler,

oft aus Misstrauen und ohne „Checks and Balances“ begangen, führten in die falsche Richtung. Insofern ist dieses Buch (k)eine neue Geschichte der DDR, aber es öffnet den Blick für die Tiefenschichten eines Staates, der immerhin eines kraft seiner Existenz geschafft hat: Er zwang den westdeutschen Kapitalismus, seine Beherrschten sozial und politisch gerechter zu integrieren als sie ständig zu malträtieren, wie es heutzutage immer sichtbarer wird.

Christina Morina hat die DDR noch bis in ihr Pubertätsalter erlebt und besitzt deshalb reale biografische Erinnerungen an die letzten Jahre des zweiten deutschen Staates. Und so kam ihr nach einem Archivbesuch im „Haus der Demokratie“ in Leipzig nach der Sichtung zweier Pappkartons mit Archivalien, die demokratischen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen seit dem Herbst 1989 betreffend, der Gedanke über tausend Aufbrüche, die seinerzeit zu spüren waren. Mit Blick auf politische Verhältnisse in den „neuen“ Bundesländern mit deutlicher AfD-„Unwucht“, wie sie es nennt, stellt Morina die Frage: „Was verbindet diese beiden historischen Entwicklungen – die demokratische Revolution voller positiver Aufbrüche und die überdurchschnittlich hohe Unterstützung für Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus im selben Landstrich?“ Doch will sie einer schematischen Betrachtung nicht aufsitzen, indem sie nur die je ost- oder westdeutsche Erfahrungswelt unter die Lupe nimmt, sondern beide Horizonte aufeinander bezieht (S. 13). Dazu gehört für sie die Aufforderung, dass sich die zeithistorische Forschung endlich von innerdeutschen Selbstverständnisdebatten löst und als „Transformationsforschung den Umbruch von 1989/90 in einem größeren demokratiegeschichtlichen Rahmen untersucht“. Die Krise der westlichen Demokratien sei ein Fingerzeig, nicht nur die deutsch-deutsche jüngere Demokratiegeschichte in den Blick zu nehmen, sondern die europäische Entwicklung ebenfalls zu Rate zu ziehen (S. 14 ff.). Methodisch beschreibt Morina ihren Zugang an die Materie als politische Kulturgeschichte „von unten“ und erweitert ihr Betrachtungsfeld eben auch auf die Westdeutschen, wobei sie viel stärker als Hoyer zusätzlich bislang wenig ausgewertete sozialwissenschaftliche Datensätze heranzieht. Ihr Ziel ist es, „die darin zum Ausdruck kommenden Vorstellungen von Demokratie, (Staats-)Bürgersein, Partizipation und Repräsentation zu analysieren, wie sie in Briefen an die seinerzeitigen Bundespräsidenten, Post an die Staats- und Parteiführung der DDR, teils abgefangen vom MfS, Unterschriftenlisten, Petitionen, Eingaben etc. aus dem Umfeld des „Neuen Forum“ und der Leipziger Bürgerbewegung usw. zum Ausdruck kommen (S. 17 f.). Damit will sie der Frage „nach dem historisch gewachsenen und veränderlichen Demokratieverständnis“ nachgehen. Es ist der anspruchsvolle Versuch der Verbindung einer differenzierten wissenschaftlichen Untersuchung mit einer nicht nur fachdiskursiven, sondern für das interessierte Massenpublikum verständlichen Darstellungsweise.

Schon die Vorstellungen vom Staatsbürger und von staatsbürgerlichen Rechten unterschieden sich in der BRD und der DDR merkbar voneinander, auch in ihren offiziellen Narrativen. Im Westen dominierte das Bild vom freien und gleichen politischen

Subjekt, das sich dem Untertanenstatus entwunden hatte, womit eine Erfolgserzählung konstruiert wurde (S. 32 ff.). Im Osten hingegen drückte der Wahlspruch „Plane mit, arbeite mit, regiere mit!“ die Aufforderung zur Teilhabe an der Gestaltung der real existierenden sozialistischen Gesellschaft aus, hält die Autorin dagegen (S. 36 ff.). Als markanten Unterschied im staatsbürgerlichen Verständnis zwischen hüben und drüben formuliert sie: „Das große Mitwirkungsversprechen des SED-Staates war also stets auch eine Mitwirkungsverpflichtung, eine Aufforderung zur permanenten staatsbürgerlichen Selbstmobilisierung. Ein im Gegensinn staatsfernes Leben, ein Recht des Einzelnen auf Abstand zum Staat, wie es in der schützenden Logik des westdeutschen Grundgesetzes angelegt war, sollte und konnte es hier nicht geben.“ Und so erklären sich der Gemeinschaftssinn und das enge Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in der DDR als eine Art Sozialismus als visionärer Lebensform und pragmatischer Alltagsaufgabe zugleich, der aber nicht mit dem konkreten Staat und seinen Institutionen identifiziert wurde, folgert Morina (S. 40). Obwohl in der Übergangszeit zwischen dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990 noch immer im Grunde sozialistische Vorstellungen präsent waren, führte diese Staatsferne, die sie herausliest, zur Abwendung der Mehrheit eines Staatsvolkes von seinem Staat. Dennoch waren die Bürgerinnen und Bürgern in beiden Staaten durchaus daran interessiert, ihre Anliegen und Verbesserungsvorschläge über Briefe, Eingaben etc. an die zuständigen Stellen bzw. die Staatsspitze zu richten (S. 61 ff.). Damit widerlegt sie das verbreitete Klischee, „die DDR sei in ihrem letzten Jahrzehnt ein stillgelegtes Land gewesen“ (S. 78).

Holzschnittartiges Vorgehen kann man Christina Morina wahrhaftig nicht vorwerfen. Einen Satz wie „Das doppelte Deutschland hatte auch eine doppelte Demokratiegeschichte. Auch wenn mit Blick auf die am 7. Oktober 1949 gegründete Deutsche Demokratische Republik von einer Demokratiegeschichte im engeren Sinne nicht die Rede sein kann, sollte sie als Demokratieanspruchsgeschichte ernst genommen und geschrieben werden“, kann man sich etwa von einem Klaus Schröder kaum vorstellen (S. 81). Das Kapitel „Zweierlei Demokratie: Land der zwei Republiken“ formiert die theoretische und politikwissenschaftliche Klammer zwischen den vorhergehenden und nachfolgenden stärker empirischen Teilen des Buches. Das Kapitelende schließt mit der gewichtigen Formulierung: „Beide Teilstaaten hatten eine auf je eigene Weise streitbare Demokratiegeschichte, und diese zwei Traditionen trafen nach dem Fall der Mauer und im Zuge der Deutschen Einheit folgenreich aufeinander“ (S. 128). Dass sich die öffentlichen Diskussionen über Demokratie und demokratische Praxis gegenseitig beeinflussten und somit bewegten, wird in diesem Kapitel sehr interessant dargelegt. Auf diesem Hintergrund erschließen sich nicht zuletzt die „Tausend Aufbrüche“ zwischen Mauerfall und staatlicher Vereinigung als „Frühling im Herbst“ als folgendes Kapitel, an dessen Ende die unterschiedlichen Demokratievorstellungen anhand von Umfrageergebnissen noch einmal deutlich werden. Eine plebiszitär gestärkte neue Verfassung, so wie sie stärker von den Ostdeut-

schen gewünscht worden war, konnte sich nicht durchsetzen. Das weitgehend unveränderte Grundgesetz blieb die Verfassung des vereinigten Staates, dessen Demokratie repräsentativ bleiben sollte, ohne volksdemokratische Elemente aufnehmen zu müssen.

Das war vor allem eine Machtfrage, die schon nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 entschieden gewesen sein muss, als sich die Regierung Kohl auf die Vereinigung gemäß Art. 23 GG festgelegt hatte (S. 190). All das hinterließ Brüche und Verletzungen, die sich später in der politischen Kultur Ostdeutschlands geltend machten. Besonders der Aufstieg der AfD wird meistens mit ihrer besonderen Stärke in den „neuen" Ländern identifiziert. Ihr Ursprung jedoch liegt bekanntlich im neokonservativen und europaskeptisch-rechtsliberalen Milieu.

Dass sie sich heute als einzige Partei glaubt darstellen zu können, die basisdemokratische Prinzipien verträte, kommt den in die Einheit mitgebrachten Vorstellungen vieler Bürgerinnen und Bürger in Thüringen, Brandenburg usw. entgegen, zurecht macht Morina aber den Parteien links der Mitte den Vorwurf, diese Ideen nicht mehr zu artikulieren (S. 252 f.). Natürlich ist das nur eine Seite des Aufstiegs der Rechtsnationalisten. Damit aber haben sie der AfD eine offene Flanke geboten, die nur allzu gern angenommen wird. Die Migrationspolitik und die Jahre der Pandemie dürfen natürlich nicht vergessen werden.

Und somit sind wir in der Gegenwart angekommen, die Morina mit dem Ende der Ära Merkel 2021 betritt und ihr spannendes Buch dort enden lässt. Sie plädiert dafür, ihre Kanzlerinnenschaft „nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu hinterfragen und die politischen Leerstellen der von ihr geführten Bundesregierungen in Bezug auf Ostdeutschland kritisch auszuleuchten" (S. 288). Nicht ohne Besorgnis mahnen ihre letzten Sätze dazu, die Alltäglichkeit der Demokratie nicht zu sehr als Selbstverständlichkeit zu sehen, ansonsten könne das demokratische Fundament brüchig werden (S. 310).

In der Gesamtschau ergänzen sich beide Bücher recht gut. Hoyers Buch liest sich wie ein historisches Lesebuch, Morinas Buch wie eine spannende Ermittlung auf empirisch dichter Grundlage. Deshalb ist es auch das anspruchsvollere. Beide Bücher geben Einblicke, die einem etwaigen selbstgerechten westdeutschen Blick bislang versperrt waren. Nach den fundamentalen Werken Günter Bensers und Siegfried Prokops können sie zweifellos sehr ans Herz gelegt werden zur Lektüre.

Holger Czitrich-Stahl

Kalender 2026

Im Jahr 2026 erscheint der Kalender „Wegbereiterinnen" in der 24. Ausgabe. Seit er 2003 zum ersten Mal erschienen ist, haben wir 288 Frauenbiografien gesammelt. Weit mehr als 100 HistorikerInnen, PolitikwissenschaftlerInnen, NaturwissenschaftlerInnen, HandwerkerInnen, LehrerInnen und viele andere haben in den Kalendern geschrieben. Auch 2026 stellen wir wieder zwölf berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der emanzipatorischen Frauenbewegung vor.
Wie wir immer wieder hören und lesen, ist der Wandkalender ein wunderbares Geschenk zu Geburtstagen, Weihnachten oder zum Jahresabschluss. Man kann ihn sich auch selbst schenken! Sicher hat der Kalender in vielen Werkstätten, Büros, Buch- und anderen Läden, Wohnzimmern, Wohngemeinschaften und Wohnwagen, selbstverwalteten Projekten und anderswo bereits einen Ehrenplatz. Viele „MultiplikatorInnen" verschenken den Kalender schon lange an FreundInnen und KollegInnen. Sie nutzen die Vorzugspakete und entziehen sich damit dem Geschenkerummel. LehrerInnen, ErzieherInnen, KünstlerInnen und Menschen aus verschiedenen sozialen Bewegungen arbeiten mit den Biografien. Der Kalender vermittelt „Geschichte für alle" und gibt Anregung, an verschiedenen Themen weiterzuarbeiten. Vieles, was den Wegbereiterinnen geschehen ist, sollte nie wieder passieren. Wir wollen aus ihren Geschichten lernen.
Der Wandkalender 2026 im DIN A3-Format gibt unter anderem Auskunft über Ida Altmann, eine der wichtigsten Freidenkerinnen und Gewerkschafterinnen, über Sarah Chapman, die Anführerin des Londoner Zündholzarbeiterinnenstreiks, und über Florence Beatrice Smith Price, eine der ersten afro-amerikanischen Komponistinnen in den USA, sowie über neun andere heute leider weitgehend vergessene Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt.

herausgegeben von Gisela Notz

ISBN 978-3-945 959-76-3

Die im Kalender vorgestellten Wegbereiterinnen sind:

Ida Altmann (1862 – 1935)
Aktivistin der proletarischen Frauenbewegung, Freidenkerin, erste hauptamtliche Gewerkschaftssekretärin. (Gisela Notz, Berlin)

Bettina von Arnim (1785 – 1859)
Plädierte für die Gleichstellung der Frau, die Abschaffung der Todesstrafe und setzte sich für die Armen und Schwachen ein.
(Holger Czitrich-Stahl, Glienicke/Nordbahn)

Sara Berenguer (1919 – 2010)
Anarchistin, Mitglied der Mujeres Libres im Spanischen Bürgerkrieg.
(Vera Bianchi, Hamburg)

Sarah Chapman (1862 – 1945)
Mitgründerin der Gewerkschaft der Zündholzarbeiterinnen und Anführerin des Londoner Zündholzarbeiterinnen-Streiks.
(Hella Hertzfeldt, Berlin)

Jenny Gertz (1891 – 1966)
Tanz und Bewegung für proletarische Kinder – Floh vor den Nazis nach Prag und England und kam zurück in die DDR.
(Henning Fischer, Berlin)

Edith Jacobson (1897 – 1978)
Ärztin und Psychoanalytikerin, aktiv im Widerstand in der Gruppe „Neu Beginnen".
(Gisela Notz, Berlin)

Ida Pfeiffer (1797 – 1858)
Wiener Schriftstellerin, die im 19. Jahrhundert zwei Mal um die Welt, in den europäischen Norden, ins Heilige Land und nach Madagaskar reiste.
(Annette Deist, Berlin)

Pauline Roland (1805 – 1852)
Unermüdliche Kämpferin für die Rechte der Frau – wahrhaftig und unerschrocken bis in den Tod.
(Bernd F. Gruschwitz, Bremen)

Gertrud Rosenmeyer (1904 – 1982)
Arbeiterin, Gewerkschafterin, Kommunistin – im Widerstand gegen die Nazis. (Trille Schünke, Berlin)

Florence Beatrice Smith Price
(1887 – 1953) Eine der ersten afro-amerikanischen Komponistinnen in den USA.
(Inga Höfer, Heidesee)

Phyllis Wheatley-Peters (ca. 1753 – 1784)
Dichterin, Humanistin und Sklavereikritikerin der USA. (Annika Klanke, Berlin)

Wanda Wulz (1903 – 1984)
Experimentelle italienische Fotografin mit eigenem Studio in Triest.
(Brigitte Walz-Richter, Radolfzell)

Wir können die Titelseite des Kalenders 2026 (ab 10 Ex.) auch mit einem **individuellen Aufdruck** versehen (z.B. mit „Ein kleines Geschenk für die gute Zusammenarbeit von ...." oder mit Ihrem Logo).
Dieser Service ist kostenlos! – Fragen? >>> Einfach anrufen! – 07308 / 91 90 94 – digital@leibi.de

Bestellung

Tel.: 07308 / 91 92 61
Fax: 07308 / 91 90 95
Email: spak-buecher@leibi.de
www.agspak-buecher.de

Auch über Ihre Buchhandlung erhältlich!

An
AG SPAK Bücher
Holzheimer Str. 7/1

89233 Neu-Ulm

Absender:

.....

.....

.....

Unterschrift: .....

Lieferung mit Rechnung

Hiermit bestelle ich /wir

..... Ex. **Kalender 2026. Wegbereiterinnen XXIV**
Preis pro Kalender **16,50 €** zzgl. Porto
Bei Abnahme von 10 Kalendern 1 zusätzliches Exemplar kostenlos (10+1) sowie portofreie Lieferung

..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXIV**
Preis pro Set (12 Postkarten) **9,00 €** zzgl. Porto

..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXIII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XXI**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XX**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XIX**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVIII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVII**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XVI**
..... Set **Postkartenset: Wegbereiterinnen XV**

..... Ex. **Wegbereiterinnen – Buch** 28,00 €

..... Ex. **Feministische Theorie nur mit feministischer Solidarität** 16,00 €